Donnerstag, 19. Januar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 16 - 3.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rückhalt für Wörner: Die erste Sitzung des Verteidigungsausschusses zum Fall Kießling hat offenbar die Position von Verteidigungsminister Wörner gestärkt. Sprecher der Koalitionsfraktionen erklärten, Wörner habe sich bei der Entscheidung, Kießling zu entlassen, korrekt verhalten. Die SPD ist noch unschlüssig über ihr weiteres Vorgehen. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Stockholmer Konferenz: Wenige Stunden vor seiner Aussprache mit US-Außenminister Shultz hat der sowjetische Außenminister Gromyko den USA gestern Streben nach militärischer Überlegenheit und Kriegshysterie vorgeworfen. Erst wenn der Westen die neuen US-Raketen abziehe, sei Moskau zur Wiederaufnahme der Genfer INF-Verhandlungen bereit. (S. 1)

Attentat in Beirut: Zu dem Mordanschlag auf den Präsidenten der Amerikanischen Universität, Malcolm Kerr, bekannte sich die proiranische Untergrundorganisation „Islamischer Heiliger Krieg". (S. 6)

Hessen: Die SPD-Spitze hat das Ergebnis der Verhandlungen mit den Grünen über die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung gebilligt und damit den Weg für eine Zusammenarbeit freigemacht. Die CDU erklärte, Ministerpräsident Börner habe sich voll in die Abhängigkeit von den Grünen begeben. (S. 1)

Ersatz für Godesberg: Die SPD solle sich noch in diesem Jahrzehnt ein neues Grundsatzprogramm geben, das das Godesberger Programm von 1959 ablöst, empfiehlt die Grundwertekommission. Das Thema der Wiedervereinigung müsse in der Reihenfolge der Programmaussagen zurückrutschen und herausgestellt werden, daß die Zusammenführung der Deutschen dem Frieden unterzuordnen sei. (S. 1)

Rückkehr Ägyptens?: Starke Unterstützung fand auf der islamischen Gipfelkonferenz in Casablanca ein Antrag Guineas, das vor fünf Jahren ausgeschlossene Ägypten wieder in die „Islamische Konferenzorganisation" aufzunehmen. Widerspruch gab es aus den Reihen der arabischen „Frontstaaten". Entscheidungen müssen einvernehmlich getroffen werden.

Andropow: Erstmals hat Moskau offiziell die schwere Krankheit des Kreml-Chefs bestätigt. Der „Prawda"-Chefredakteur sprach von einem „Nierenleiden" und kündigte an, Andropow werde in etwa zwei Wochen wieder an die Öffentlichkeit treten.

Heute: Polens Primas Kardinal Glemp beendet Rom-Besuch. – Tagung des Zentralbankrats der Bundesbank. – Hessens Staatsgerichtshof entscheidet über Verfassungsklage der CDU gegen das Kredit- und Bürgschaftsgesetz der Landesregierung.

ZITAT DES TAGES



›› Wer unserem Volk Leistungseliten verweigert, der verurteilt es zum Abstieg, der verweigert unserer Jugend die Zukunft und unseren Alten den gesicherten Lebensabend ‹‹

Der FDP-Vorsitzende und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zu seiner Forderung nach privaten Elite-Universitäten FOTO: FERDI HARTUNG

WIRTSCHAFT

Wohnungsbau: Einen Rückgang der Nachfrage befürchtet der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Herion. Er werde um so stärker ausfallen, je später die politischen Entscheidungen über die weitere Gestaltung des Wohnungsbaus getroffen werden. (S. 7)

Tourismus: Im weltweiten grenzüberschreitenden Reiseverkehr wurden 1982 280 Milliarden Dollar umgesetzt. Damit steht der Tourismus an dritter Stelle hinter dem weltweiten Energie- und Autohandel.

SMH-Übernahme: Die britische Lloyds Bank übernimmt in Kürze Teile des kommerziellen Bankgeschäfts und des Wertpapiergeschäfts der in Schwierigkeiten geratenen SMH-Bank.

Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik hat im August 1983 ihren Höhepunkt überschritten, meint das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Im dritten Quartal habe die konjunkturelle Erholung erstmals auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. (S. 8)

Börse: An den Aktienmärkten konnte sich keine einheitliche Tendenz durchsetzen, wenngleich sich in der zweiten Börsenstunde wieder Zuversicht zeigte. Der Rentenmarkt war verunsichert. WELT-Aktienindex 154,2 (154,7). Dollarmittelkurs 2,8170 (2,7860). Goldpreis pro Feinunze 368,75 (367,75) Dollar.

KULTUR

Wallat nach Hamburg: Der Generalmusikdirektor der Städtischen Bühnen Dortmund, Hans Wallat, wechselt mit Beginn der Spielzeit 1985/86 an die Hamburger Staatsoper. Der 54jährige wurde vom Aufsichtsrat der Hamburger Oper bereits zum Staatskapellmeister ernannt.

Kunstpreis: Einen mit 30 000 Mark dotierten internationalen Preis für bildende Kunst stiftet Baden-Württemberg anläßlich der Errichtung der neuen Stuttgarter Staatsgalerie. Der Preis – für Beiträge zur Entwicklung der neuen Kunst – wird alle zwei Jahre verliehen.

SPORT

Handball: Der VfL Gummersbach spielt im Halbfinale des Europapokals der Landesmeister gegen Dukla Prag. Im IHF-Pokal trifft Großwallstadt auf Ungarns Vertreter Tatabanya.

Tennis: Die einjährige Sperre für den Argentinier Guillermo Vilas wurde aufgehoben, er muß lediglich 20 000 Dollar Strafe zahlen. Vilas hatte 60 000 Dollar unerlaubtes Startgeld kassiert. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Circus Krone: Zirkusdirektor Carl Sembach ist gestern im Alter von 75 Jahren gestorben. Wegen eines Bronchialleidens stand Sembach seit längerem nicht mehr selbst in der Manege. Der Zirkus – 400 Mitarbeiter und ebensoviele Tiere – wird von Tochter Christl geleitet. (S. 14)

Katastrophe verhindert: Ein Sturzflug von 6000 auf 1600 Meter hat vermutlich einen Jumbo der „Air France" gerettet, nachdem sich eine Explosion im Frachtraum ereignet hatte. (S. 14)

Wetter: wechselnd bewölkt, zeitweise Schneefall. 2 bis 4 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Fall Kießling: Gab der Chef des Personalrats den ersten Anstoß?

Wörner vor Verteidigungsausschuß / SPD lehnt Polizisten-Anhörung ab

MANFRED SCHELL, Bonn

Die mit Spannung erwartete Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestages zur „Affäre Kießling" hat keine weitere Sachaufklärung gebracht, nachdem sich die SPD aus formaljuristischen Gründen der Anhörung von drei Kölner Polizeibeamten widersetzt hatte. Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) hatte angeboten, die Beamten sollten als „Berichterstatter" Aussagen über die Identifizierung von Kießling in Kölner Homo-Lokalen machen. Dieses Vorgehen hatte Wörner vor der Sitzung mit dem Düsseldorfer Innenminister Schnoor (SPD) verabredet.

Der Vorschlag des nordrhein-westfälischen Bundesratsministers Einert, der Kölner Kripochef Gundelach solle die Ermittlungsberichte vortragen, fand ebenfalls nicht die Zustimmung der SPD. Ihre Abgeordneten begründeten diese Haltung damit, es gehe ihnen darum, den Minister zu hören, und es dürfe keine Verwischung von Zuständigkeiten geben.

Nach der fünfstündigen Sitzung des Verteidigungsausschusses, die heute fortgesetzt werden soll, scheint die Position Wörners gestärkt. Für die Koalitionsfraktion erklärten die Abgeordneten Wimmer (CDU) und Ronneburger (FDP) übereinstimmend, Wörner habe sich bei der Entscheidung, Kießling zu entlassen, korrekt verhalten. Im Interesse der nationalen Sicherheit und bei Beachtung der Gesetzesvorschriften sei ihm außerdem keine andere Wahl geblieben.

Im Anschluß an den Verteidigungsausschuß trat die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) zur Überwachung der Geheimdienste zusammen, um den Fall Kießling zu erörtern. Die SPD scheint noch unschlüssig zu sein, wie sie jetzt weiter

SEITE 3:
Vieles blieb im dunkeln

vorgehen will. Ihr Abgeordneter von Bülow meinte, Untersuchungsausschüsse seien schon immer ein „schönes Grab" für Affären gewesen. In der SPD gibt es offensichtlich zwei Gruppen. Die eine möchte den Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß tätig werden sehen. Die andere denkt an die Einsetzung eines „Ehrenrates", für den die Namen des früheren Generalinspekteurs de Maiziere und des Wehrbeauftragten Berkhan genannt werden. Dieses Gremium hätte allerdings keine Kompetenzen.

Ein besonderer Streitpunkt im Verteidigungsausschuß war die Frage, ob NATO-Oberbefehlshaber Rogers oder der amerikanische Geheimdienst CIA Einfluß auf die Entscheidung Wörners genommen hätten. Wörner versicherte, dies sei zu keinem Zeitpunkt geschehen, allerdings habe es Mißstimmigkeiten zwischen Rogers und Kießling gegeben. Rogers habe aber nicht die Ablösung von Kießling gefordert. Er sei später informiert worden, Kießling komme aus Krankheitsgründen nicht mehr auf seinen Posten zurück.

Die Sitzung des Ausschusses hatte Minister Wörner mit einem einstündigen „Sachstandsbericht" eröffnet. Punkt für Punkt begründete er darin die Gründe für seine Entscheidung. Dabei sei es für ihn nicht um die Frage gegangen, ob Kießling homosexuell veranlagt sei oder nicht. Er habe Kießling in den Ruhestand versetzt, „weil ich nicht mehr das Vertrauen hatte, daß er sein Amt so führen könnte, wie es sein Auftrag erforderte". Wörner: „Die Dringlichkeit meines Handelns war von Sicherheitserfordernissen bestimmt."

Dabei „genügen Umstände, die Anlaß zu Zweifeln an der Vertrauenswürdigkeit des Geheimnisträgers geben". Hierin liege der Unterschied zu einem Straf- oder Disziplinarverfah-

● Fortsetzung Seite 6

Gromyko läßt Tür für Gespräche offen

Er attackiert in Stockholm die USA, macht aber auch Vorschläge zur Zusammenarbeit

R. GATERMANN, Stockholm

Nur wenige Stunden, bevor der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko seinen amerikanischen Kollegen George Shultz traf, machte er in einer zunächst recht scharf gehaltenen Rede vor dem 35-Staaten-Auditorium der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE) die USA für die Entstehung fast sämtlicher Krisenherde in der Welt verantwortlich. Erst gegen Ende seiner Ausführungen wurde Gromyko im Ton etwas zurückhaltender und nannte auch einige Beispiele, wo man sich seiner Ansicht nach in Stockholm schnell einigen könnte. Sie bezogen sich in erster Linie auf eine erweiterte Informationspflicht bei militärischen Manövern.

Gromyko erklärte zu Beginn seiner Rede, die Sowjetunion sei bereit, zu der militärischen Situation zurückzukehren, die vor der Aufstellung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa herrschte, vorausgesetzt, die USA und die NATO würden gleiches beschließen. „Die Plazierung der neuen US-Raketen, mit der in einigen westeuropäischen Ländern begonnen wurde, steigert weder die internationale Sicherheit noch die der Länder, die das Risiko auf sich genommen haben, diese Raketen aufzustellen." Mit den neuen Waffen seien Militarismus, Feindschaft und Kriegshysterie nach Westeuropa exportiert worden.

Der sowjetische Außenminister gab allein Washington die Schuld an den abgebrochenen Verhandlungen in Genf und Wien. Es sei das Ziel der US-Administration, „durch den massiven Ausbau der Nuklearbewaff-

SEITE 3:
KVAE: Tauwetter in Stockholm

nung den USA ein Übergewicht gegenüber der Sowjetunion und der NATO gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes zu verschaffen".

Schließlich wiederholte Gromyko die bekannten Vorschläge vom Abzug aller Kernwaffen aus Europa, vom „Einfrieren" der Kernwaffenproduktion, vom Verzicht auf den nuklearen Erstschlag, vom Allgemeingewaltverzicht und von der Bereitschaft, den Weltraum waffenfrei zu halten.

In seiner Aufzählung von geeigneten Maßnahmen zur Vertrauensbildung führte der Außenminister den Verzicht auf die Plazierung von chemischen Waffen in Ländern auf, in denen es bisher noch keine gibt. Die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen in verschiedenen Teilen Europas. Offenbar als Tribut an die gastgebenden Schweden nannte er vor allem Nordeuropa; weitere Regeln für die Voranmeldung von größeren Manövern und deren Begrenzung auf eine gewisse Stärke, die Frage der militärischen Bewegungen und den Ersatz von Truppen sowie die Voranmeldung von größeren Marine- und Luftmanövern in den Europa umgebenden Gewässern und im Luftraum.

Am Eröffnungstag der Konferenz hatte US-Außenminister Shultz die Teilung Europas als die „Quelle der Instabilität" auf dem Kontinent bezeichnet. Seine Rede geriet zu einer politischen Abrechnung mit der Sowjetmacht, die eine „künstliche Barriere" aufgerichtet und „sogar herzlos eine seiner großen Nationen geteilt" habe. Shultz schloß seine Ausführungen mit dem Satz: „Die Vereinigten Staaten erkennen die Legitimität dieser künstlich auferlegten Teilung Europas nicht an."

König Fahd beherrscht Islam-Konferenz

Saudi-Arabien betreibt die Wiederaufnahme Kairos / Abstimmung hinter den Kulissen

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

Saudi-Arabiens König Fahd ist der entscheidende Akteur hinter den Kulissen auf der seit Dienstag in der marokkanischen Stadt Casablanca tagenden islamischen Gipfelkonferenz. Ein Schlaglicht auf die Bedeutung Riads in Casablanca warfen die Unterredungen des saudiarabischen Königs mit dem syrischen Außenminister Khaddam, der sein Land in Marokko vertritt, und mit PLO-Chef Arafat.

Auch die von Pakistan und Guinea initiierte Wiederaufnahme Ägyptens in die, wie es offiziell heißt, „Islamische Konferenzorganisation" ist gewiß nicht ohne die Mitwirkung Saudi-Arabiens zustande gekommen, zumal Conakry und Islamabad auf die Finanzhilfe Riads angewiesen sind. Gewiß ist ebenso, daß Yassir Arafat nicht ohne die Zustimmung Saudi-Arabiens zu einem der Vizepräsidenten der Konferenz in Casablanca gewählt worden wäre.

Aus dem Scheitern seines Nahost-Plans hat König Fahd gelernt. 1981 hatte der damalige Kronprinz die Bildung eines palästinensischen Staates mit der Hauptstadt Jerusalem in den von Israel besetzten Gebieten angeregt. Der Plan wurde von den meisten arabischen Staaten und Israel abgelehnt. Seither agiert Fahd noch vorsichtiger, er überläßt die Initiative anderen, hilft wenn nötig mit Zahlungen nach, verliert dennoch nicht das Interesse seiner Monarchie aus den Augen. Riads Ziel ist ein Ausgleich im Nahost-Konflikt, zumindest aber eine Beruhigung dieses Spannungsherdes. Auf diese Weise soll die gesamte Region und damit auch der Bestand des eigenen Herrscherhauses stabilisiert werden.

Die Zerschlagung der PLO Arafats in Libanon durch israelische Truppen, später durch syrische und palästinensische Verbände, gibt Fahd erneut Gelegenheit, eine Lösung in seinem Sinn zu suchen. Der geschwächte PLO-Chef scheint nun bereit, mit den als gemäßigt geltenden arabischen Staaten eine Initiative zur Wiedererlangung der von Israel besetzten arabischen Gebiete zu entwickeln. König Hussein ist entschlossen, durch Neuwahlen zur Abgeordnetenversammlung in Amman die staatsrechtliche Voraussetzung zu schaffen. Um die Erfolgsaussichten des Planes zu erhöhen, ist jedoch das politische und militärische Gewicht des größten arabischen Staates, Ägyptens, notwendig.

Eine Aufnahme Ägyptens in die islamische Konferenz könnte für Riad Anlaß sein, seinen Beziehungen zu Kairo nun auch einen offiziellen Charakter zu geben. Es verwundert daher nicht, daß Jordanien in Casablanca die Rückkehr Ägyptens befürwortet. Ob dadurch freilich Syrien für einen Ausgleich mit Arafat gewonnen werden kann, ist mehr als fraglich. König Fahd scheint entschlossen zu sein, es zumindest zu versuchen. Nicht zuletzt um Damaskus' Abhängigkeit von Moskau zu begrenzen.

Die SPD sucht ihr neues Godesberg

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD soll sich noch in diesem Jahrzehnt ein neues Grundsatzprogramm geben, das das Godesberger von 1959 ablöst. Dies ist die Kernaussage eines umfangreichen Berichts, den die Grundwertekommission der Partei jetzt fertiggestellt hat. Nach redaktioneller Überarbeitung in der Bonner SPD-Zentrale will der Parteivorstand am 30. Januar über das Papier beraten, das zur Zeit noch als Verschlußsache behandelt wird. Nach den Vorstellungen der Grundwertekommission soll dann auf dem Bundesparteitag im Mai in Essen die Initiative für eine mehrjährige innerparteiliche Diskussion über ein neues Programm gestartet werden.

Die Mitglieder der Kommission, zu der politisch so unterschiedliche Sozialdemokraten wie die beiden Berliner Politologie-Professoren Richard Loewenthal und Gesine Schwan, Erhard Eppler, Peter von Oertzen, Johano Strasser, Hans Koschnick und Heinz Rapp gehören, betont zwar, daß die Grundentscheidungen von Godesberg nicht in Frage gestellt werden sollen. Dazu sei auch die „Grundwerte-Trias" (SPD-Chef

SEITE 2:
Abschied von Godesberg

Brandt) von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu zählen. Aber da sich seit 1959 viele Veränderungen ergeben hätten, die die Väter des Godesberger Programms nicht hätten voraussehen können, Fehleinschätzungen und Lücken zu konstatieren seien, wäre es ratsam, ein völlig neues Programm aus einem Guß zu entwickeln.

Zu den schon länger von Teilen der SPD beklagten Fehlern und Versäumnissen in Godesberg zählen auch die Mitglieder der Grundwertekommission die Bereiche Wirtschaft und Ökologie sowie die Außenpolitik. Außerdem werde beispielsweise im Godesberger Programm zu Wissenschaft und Forschung ein zu optimistisches Bild gezeichnet.

Die Grundwertekommission hält an der Godesberger Aussage fest, daß „die Sozialdemokratische Partei den freien Markt bejaht: Wettbewerb so weit wie möglich – Planung so weit wie nötig". Aber sie fordert Aussagen über neue Wege, die angesichts veränderter Rahmenbedingungen, zu denen auch die Erkenntnis ökologischer Grenzen für das Wachstum gehöre, zu suchen seien. Ziel sei eine

■ Fortsetzung Seite 6

DER KOMMENTAR

Parteipolitik

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Bevor Wörner in den Verteidigungsausschuß ging, gab der Bundeskanzler persönlich seinem Verteidigungsminister Rückendeckung. Kohl ließ auch erklären, die Öffentlichkeit werde in den allernächsten Tagen rückhaltlos über den Fall des Vier-Sterne-Generals Kießling informiert. Auf diese Art wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, welchen Zweck der Auftritt Wörners im Verteidigungsausschuß aus der Sicht des Kanzlers hat: Der Minister soll die Affäre überzeugend auf ihren dürren sachlichen Kern zurückführen und dem politischen Trara ein Ende machen.

Die Frage ist, ob der Minister überhaupt eine Chance hat, politische Windstille herbeizuzaubern, und das unbeschadet des Fortgangs dieser Angelegenheit auf dem Rechtswege. Er hätte sie, wenn vorausgesetzt werden könnte, daß alle Parteien das Gebot, weiteren Schaden von der Bundeswehr, der NATO und mittlerweile auch von der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden, höher einschätzten als die parteipolitischen Vorteile einer Ministerhatz im Zusammenhang mit einer derart publikumsträchtigen Skandalgeschichte. Es liegt in der Natur der politischen Rollenverteilung, daß sich diese Frage vor allem an die Opposition richtet.

Noch ist nicht klar zu erkennen, wie es die SPD halten will. Wäre sie von vornherein entschlossen gewesen, der politischen Ausuferung entgegenzuwirken, so hätte sie dem Minister die Möglichkeit gewähren müssen, schon am ersten Sitzungstag des Ausschusses einen Schlußstrich zu ziehen. Doch das hat die Opposition nicht über sich gebracht. Dabei erscheint sie selbst nicht im besten Licht. Sie beklagt wortreich, der Minister habe keine neuen Tatsachen auf den Tisch gelegt, aber sie selbst war es, die es mit Formaleinwänden nicht zuließ, daß die ermittelnden Polizeibeamten den Abgeordneten über ihre Erkenntnisse berichten konnten. Mit anderen Worten: Die SPD läßt den Minister zunächst einmal schmoren. Andererseits fiel auf, daß sie gestern das Wort „Untersuchungsausschuß", das sie am Vortag mit beziehungsreichem Stirnrunzeln in die Debatte geworfen hatte, vorsichtig vermied.

Wenn die SPD sich selbst noch nicht im klaren ist, ob sie sich den Wählern als staatstragend oder als parteipolitisch beutegierig vorstellen will, dann braucht man noch nicht alle Hoffnung fahren zu lassen. Ohnehin muß die Opposition ins Kalkül ziehen, daß die kompakte Darstellung, die Wörner gestern vorlegte, ihre Überzeugungskraft nicht verfehlt.

SPD in Hessen entscheidet sich für die Grünen

dpa, Wiesbaden

Einer Zusammenarbeit von SPD und Grünen in Hessen und damit der Duldung einer SPD-Minderheitsregierung steht nichts mehr im Weg. Der Landesvorstand der hessischen SPD unter Leitung des Landesvorsitzenden und geschäftsführenden Ministerpräsidenten Holger Börner hat das Ergebnis der Verhandlungen mit den Grünen über die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung einstimmig gebilligt. Bereits am vergangenen Samstag hatte die Landesmitgliederversammlung der hessischen Grünen in Usingen den Verlauf der bisher fünf Gesprächsrunden mit den Sozialdemokraten positiv beurteilt und sich zu einer längerfristigen Zusammenarbeit bereit erklärt.

Börner sagte in Wiesbaden, der Landesvorstand erwarte, daß bereits in den Plenarsitzungen des Landtags in der kommenden Woche der Haushalt 1983 mit Unterstützung der Grünen verabschiedet werde. Den Entwurf für den Etat 1984 werde die Landesregierung so rechtzeitig beraten, daß er bereits vor Ostern zur ersten Lesung im Parlament eingebracht werden könne. Das Führungsgremium seiner Partei habe die Verhandlungskommission beauftragt, die Gespräche mit den Grünen zügig zum Abschluß zu bringen.

Das von den Landesvorsitzenden der CDU und FDP, Walter Wallmann und Wolfgang Gerhardt, erneuerte Angebot zu Gesprächen über eine „rasche Beendigung der Regierungskrise in Hessen" hat Börner in einem Antwortschreiben an Wallmann abgelehnt.

Karlsruhe ermittelt nicht gegen Grass

DW/dpa, Karlsruhe

Der Generalbundesanwalt hat den Strafanzeigen gegen Günter Grass und andere Autoren wegen verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr und Störpropaganda gegen die Bundeswehr keine Folge gegeben. Die Anzeigen waren im Zusammenhang mit der sogenannten Heilbronner Erklärung erstattet worden, in der sich am 17. Dezember 1983 Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler dafür ausgesprochen hatten, wegen der Stationierung der Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik öffentlich zur Wehrdienstverweigerung aufzurufen.

Rebmann teilte mit, der äußere Tatbestand der Strafvorschriften Paragraph 89 und 109 d Strafgesetzbuch sei im wesentlichen erfüllt. Die in diesen Strafvorschriften aufgestellten Erfordernisse zur inneren Tatseite ließen sich „jedoch nicht mit der zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens erforderlichen Sicherheit feststellen". Wenn Paragraph 89 greifen solle, müsse die Aufforderung zur Wehrdienstverweigerung in der Absicht erfolgen, sich „für Bestrebungen gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen". Diese subjektive Voraussetzung lasse sich jedoch nicht feststellen.

Die Behauptungen, die Pershing-Raketen seien Erstschlagwaffen, ließen auf teilweise Unwissenheit oder auf Voreingenommenheit gegenüber einem NATO-Partner schließen. Sie seien also zwar leichtfertig, aber nicht im „Bewußtsein der Unwahrheit" aufgestellt und verbreitet worden, wie es der Paragraph 109 erfordert.

In Kabul gefangener Rekrut schwört dem Kreml ab

Sowjetsoldat wurde in Pakistan der Presse vorgestellt

AFP, Peschawar

Mit verängstigten großen Augen, so als verstünde er gar nicht recht, was das alles bedeuten soll, steht der 18jährige sowjetische Landarbeiter Mohammed Razekolowitsch Akramow einer Gruppe von Journalisten gegenüber. Er war am 5. Januar in Kabul den Volksmudschaheddin in die Arme gefallen – 16 Tage nach seiner Einberufung in die Rote Armee. In Peschawar, wohin ihn die afghanischen Freiheitskämpfer überführt haben, hat er jetzt nur den einen Wunsch, in Pakistan zu studieren und später vielleicht in Saudi-Arabien Arbeit zu suchen. Ob er nicht nach Hause, in die Sowjetunion zurück wolle? „Njet, dort sind die Menschen nicht frei."

Akramow stammt aus Tadschikistan, war dort Landarbeiter auf einer Staatsfarm, bis er vor drei Wochen eingezogen und mit einem Militärflugzeug nach Kabul gebracht wurde. Dort absolvierte er zusammen mit 140 anderen jungen Rekruten eine Schnellausbildung. Er wurde einem Spähtrupp zugeteilt. Die jungen Soldaten sind in einem zur Kaserne umfunktionierten großen Palast im Südosten Kabuls untergebracht, nahe dem afghanischen Verteidigungsministerium. Eines Abends bekommt Mohammed Lust auf Schnupftabak. Er überredet einen Posten, ihn kurz auf die Straße zu lassen. Der kleine Laden liegt nur 300 Meter entfernt. Akramow kommt nicht mehr zurück. Er war einem Widerstandskämpfer aufgefallen, der ihn kampflos überrumpelte.

Für die afghanischen Freiheitskämpfer liefert Akramow einen Beweis mehr dafür, daß die Rote Armee nicht unschlagbar ist. Die Freischärler, die noch vor kurzem die allergrößten Vorsichtsmaßnahmen trafen, wenn sie einen Gefangenen der Presse gegenüberstellten, scheinen ihrer Sache immer sicherer zu werden. Den jungen Rekruten fahren sie ohne Furcht vor der pakistanischen Polizei oder sowjetischen Spitzeln am hellichten Tag mit dem Auto durch Peschawar zur Pressekonferenz. Sie wollen ihren Gefangenen dem Roten Kreuz übergeben in der Hoffnung, ihn gegen einen der Ihren austauschen zu können.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Generalstreik

Von Manfred Neuber

Der Umschwung in Argentinien ist eine große Ermutigung für die politischen Kräfte in den Nachbarländern, die noch unter einem Militärregime stehen. Nicht nur der Abgang der Generale, sondern auch die resolute Art und Weise, wie Präsident Alfonsin die zivile Kontrolle über die Streitkräfte sicherstellt, geben ein Lehrstück für Südamerika ab.

Jenseits des La Plata findet der demokratische Wandel in Buenos Aires bisher den stärksten Widerhall. Uruguay hat heute einen beträchtlichen Nachholbedarf, nachdem es früher Argentinien in puncto parlamentarischer Demokratie und sozialer Gesetzgebung stets voraus war. Die Militärs, die seit einem Jahrzehnt in Montevideo herrschen, haben das Land weit zurückgeworfen.

Ihr Zeitplan für den Rückzug in die Kasernen – Wahlen im November mit ausgesuchten Kandidaten aus den Reihen allein genehmer Partein, Regierungsübergabe im März 1985 – dürfte überholt sein. Denn nach den monatlichen Protestaktionen, die gemeinsam von geduldeten und verbotenen Parteien organisiert wurde, haben die Gewerkschaften für gestern zum ersten Generalstreik gegen das Militärregime aufgerufen.

Geht es den Gewerkschaften zu allererst um die Linderung der wirtschaftlichen Notlage in Uruguay, das einmal als Musterstaat galt, so verlangen die bürgerlichen Parteien die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte und freie Wahlen.

In Brasilien findet eine harte Haltung keinen Rückhalt mehr. Dort geht die selbsteingeleitete Öffnung des Militärregimes in eine entscheidende Runde. Staatschef Figueiredo hat zwar gerade, nach langem Finassieren, eine Direktwahl seines Nachfolgers abgelehnt, aber den Kurs der Öffnung bekräftigt.

Der Süden Brasiliens, mit seinem Gaucho-Stil den Argentiniern und Uruguayern eher verwandt als den tropischen Regionen, blieb in den zwanzig Jahren der Militärherrschaft ein Hort demokratischer Opposition. So fand der alte politische Haudegen Ulysses Guimaraes große Resonanz mit dem Aufruf, die Generale abzuhalftern: „Wir haben den Marsch zum Sturm auf die Bastille begonnen."

Abschied von Godesberg

Von Peter Philipps

Die Sozialdemokraten wollen sich von Godesberg verabschieden. Das Grundsatzprogramm von 1959 soll im Parteiarchiv neben seinen Vorgängern aus Gotha und Erfurt, Görlitz und Heidelberg abgelegt werden. Denn, so die Grundwertekommission jetzt in ihrer Bilanz: Die Väter von Godesberg haben manches zu optimistisch gesehen, einiges falsch eingeschätzt und vieles, was den Heutigen wichtig erscheint, nicht gewußt und damit auch nicht aufgenommen.

Die Grundwerte-Päpste liegen damit voll auf der Linie der Parteiführung, von der sie vor zwei Jahren auch den Auftrag erhielten. Bundesgeschäftsführer Peter Glotz wird gerade in jüngster Zeit nicht müde, ein „neues Godesberg" zu fordern. Doch die Probleme, die sich mit der angestrebten großen Aufgabe stellen, haben sich schon in der Kommission gezeigt, die Vertreter aller Parteiströmungen vereinigt:

Das, was heute vielen als brandaktuell und wichtig erscheint, rückt stark in den Vordergrund. Grünes und Friedensbewegtes wird schwergewichtig, obwohl abzusehen ist, daß vieles davon in wenigen Jahren schon sich relativieren wird. Anderes, wie die Deutschlandpolitik, die einst Paradestück für die Sozialdemokraten war, soll auf ein Minimum reduziert werden, obwohl das Bewußtsein von Nation und Zusammengehörigkeit wieder eine stärkere Kraft entwickelt.

Ein Grundsatzprogramm muß weit über den Tag hinausweisen, darf nicht zu einer verhinderten Regierungserklärung degenerieren, wenn es Bedeutung und so langen Bestand wie der Wurf von Godesberg haben soll.

Und es muß die breite Basis sein, auf der alle Parteimitglieder stehen können. Bei der Suche nach diesem Fundament haben die Kommissionsmitglieder im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik das Handtuch schnell geworfen und sind in der Wirtschaftspolitik, dem Zentralstück des Programms, mangels hinreichender Perspektiven und Erkenntnisse steckengeblieben.

Der Abschied von Godesberg sollte Mut zeigen. Doch wenn nicht noch viel Fleisch an den Kommissionsknochen kommt, könnte sich dies als tollkühn erweisen.

Konferenz-Pläne

Von Jürgen Liminski

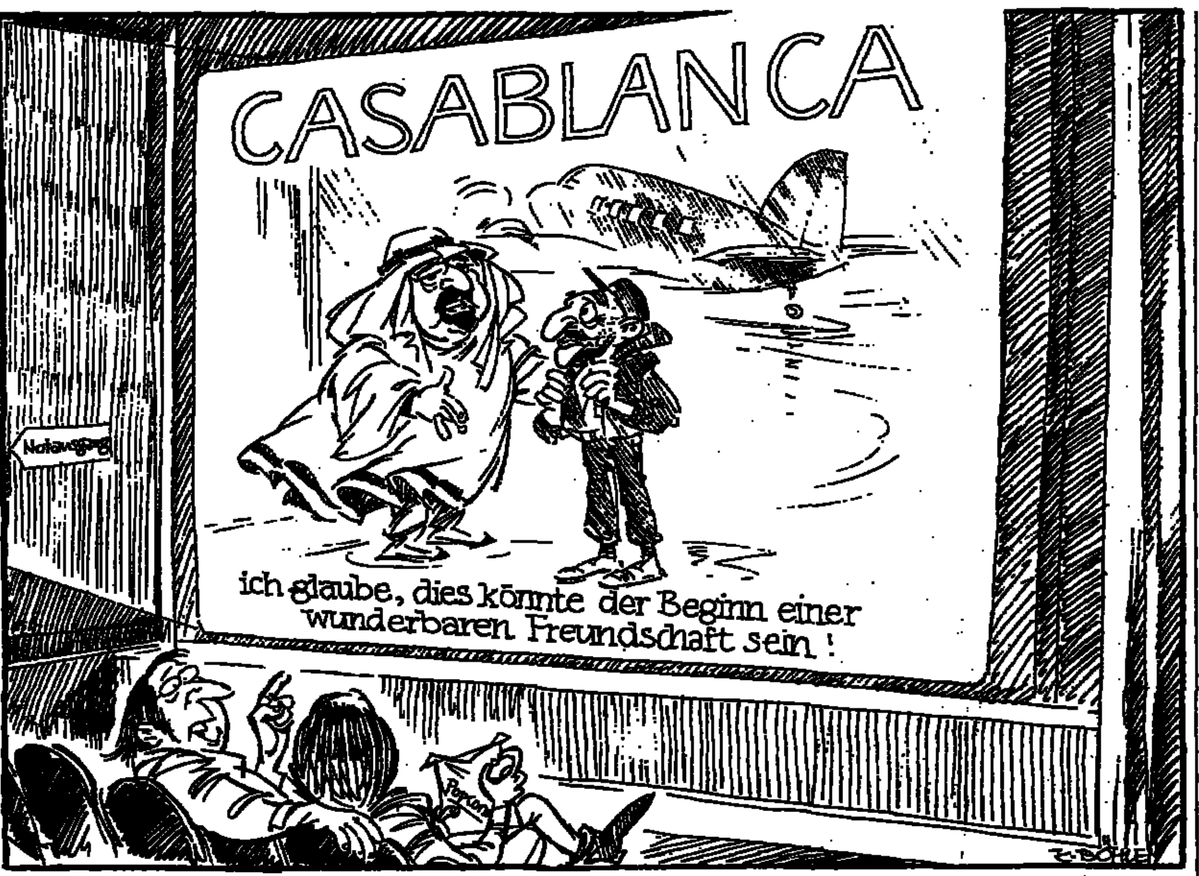
Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, hat dem Sicherheitsrat seiner Organisation schriftlich vorgeschlagen, eine große Nahost-Konferenz einzuberufen, etwa nach dem Genfer Modell, bei der sich dann freilich vor allem die Vertreter Washingtons und Moskaus gegenübersitzen würden. Auch der jordanische König Hussein hat sich kürzlich vor dem Europa-Parlament in Straßburg für eine solche Nahost-Konferenz unter Beteiligung der Sowjetunion ausgesprochen, und Ägypten hat bereits wiederholt diesen Vorschlag unterbreitet.

Die Häufung der gleichgearteten Vorschläge läßt aufhorchen. Das Interesse der Sowjets an einer solchen Konferenz darf man voraussetzen, das Desinteresse Washingtons ebenso. Man kann aber auch mit einigem Fug vermuten, daß nur der UNO-Generalsekretär es wirklich ernst meint mit seinem Vorschlag – aus Unkenntnis der Lage wohl.

Es liegt weder im Interesse Jordaniens noch Ägyptens, mit einer Mammutkonferenz die schwierige Situation im Mittleren Orient noch weiter zu komplizieren. Beide Länder müssen eher Druck auf Europäer und Amerikaner ausüben wollen, damit diese die Israelis zu Konzessionen bewegen.

Die Zeit drängt. Denn die Wirklichkeit holt die Vorschläge womöglich bald ein. Die Sowjets sind in Nahost bereits wieder präsenter und beteiligter, als Europäern und Amerikanern sowie deren Verbündeten lieb sein kann. Ein Beispiel: Der *prosyrische Drusenführer Dschumblatt* besuchte dieser Tage Moskau. Nach seiner Rückkehr belegte die Artillerie der Drusen die Beiruter Stadtviertel der prowestlichen Christen mit heftigem Feuer. Auch die Position der Syrer, derzeit stärkste Verbündete der Sowjets in der Region, bleibt unverändert. Diese starre Haltung und die Angriffe der Drusen vereiteln bis jetzt das Zustandekommen des Sicherheitsplans in Libanon.

Der im Wahljahr wachsende Erfolgs- oder Abzugszwang für Reagan gibt den Friedensgegnern einen langen Atem. Ihr Ziel ist der Abzug der Marines, ihre Hoffnung, daß der Prestigeverlust die amerikanische Position so sehr schwächen würde, daß eine internationale Konferenz sich dann erübrigt.



„. . ., damals hat Humphrey Bogart genau diesen Satz gesagt!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Nur der erste Schritt

Von Peter Gillies

Der finanzpolitische Chronist, dem schon manches über die Maßen windige Staatsbudget als „stocksolide" verkauft wurde, ist in *arger Verlegenheit: Soll und darf* er eine Sensation eine „Sensation" nennen? Gebietet es die freudlose Politsprache, etwas tiefer zu stapeln und dem Bundesfinanzminister kühl erste Erfolge seiner Sparpolitik zu bescheinigen? Nun, diese Unsicherheit in der Bewertung dieses erstaunlichen Vorgangs hängt mit dessen Seltenheit zusammen.

Im Jahre 1983 hat der Bund seine Neuverschuldung um rund ein Viertel drosseln können. Den Überraschungscharakter dieser Nachricht vermag nur zu werten, wer die letzten Jahre Revue passieren läßt. Stets wurden Etats aufgestellt, mit ungewissen, oft schönfärberischen Erwartungen unterlegt, und schon im Sommer des Rechnungsjahres stellte sich heraus, daß das Geld nicht ausreichte, daß ein oder mehrere Nachtragshaushalte nachgeschoben werden mußten. Stets waren die Zahlenwerke der Regierung mit der markigen Versicherung versehen, diesmal werde mit dem Schuldenabbau nun wirklich Ernst gemacht. Dann aber kamen tausendundeine Rechtfertigungen, warum es gerade diesmal mit dem Sparen nicht klappe und die Verschuldung weiter steigen müsse – zum allgemeinen Wohle, versteht sich.

Die Summierung der gepumpten Wohltaten war denn auch die Hypothek der neuen Bundesregierung. Sie beginnt diese abzutragen, weit zügiger als erwartet. Dabei kam dem Bundesfinanzminister gewiß mancher glückliche Umstand zupaß. Zum einen spülte die konjunkturelle Erholung wieder höhere Steuern in die Staatskassen, zum anderen kletterten die Bundesbankgewinne als Folge von Zins und Dollarkurs auf zweistellige Milliardensummen (was sich auch für 1984 wiederum abzeichnet). Aber beide glückhaften Umstände allein hätten die Sparerfolge nicht bewirkt.

Es war vor allem die politische Energie, den Staatshaushalt ins Lot zu bringen, damit die private Wirtschaft mehr Raum gewinnt, auch um letztlich wieder mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Diesem Ziel ist der Bund durch Beharrlichkeit und Stetigkeit einen Schritt näher gekommen. Durch realistische und im Zweifel vorsichtige Unterstellungen widerstand man der Versuchung, sich reich zu rechnen. *Ausgabendisziplin zog ein, Kürzungen* wurden trotz zähen Gruppenwiderstandes durchgezogen; es soll sich selbst in Amtsstuben herumgesprochen haben, daß ein Beamter nicht zwingend ein guter Beamter ist, wenn er seinen gesamten Etat auch ausgibt.

Sind wir über den Berg? Die Versuchung, die Frage zu bejahen, ist *übermächtig. Gleichwohl bleibt es* gefährlich, ihr zu erliegen. Vorab: Die Staatsverschuldung ist um keine müde Mark gesunken. Der Erfolg liegt lediglich darin, daß sie weniger rasch steigt – eine Parallele zum Arbeitsmarkt; auch dort sinken die Arbeitslosenzahlen noch nicht, wohl aber klettern sie weniger schnell als erwartet.

Die Bundesbank hat gerade in dieser Woche den Schuldenberg vermessen: Bund, Länder und Gemeinden standen Ende 1983 mit 670 Milliarden Mark in der Kreide. Gegenüber 1977 – das ist eigentlich nicht so lange her – hat sich der Kreditberg mehr als verdoppelt. Daß der Bund auf diesen Berg statt der geplanten vierzig nur dreißig *Milliarden drauflegte, nennen* wir bereits eine Sensation – offenbar weil Derartigem entwöhnt. Die expansivsten Ausgabeposten sind dabei nicht etwa die Aufwendungen für Soziales, die Verteidigung, die Entwicklungshilfe oder die Technologieförderung, sondern die Zinsen. „Für die kommenden Jahre bilden die Zinsen auf die erhöhte Staatsschuld für die öffentlichen Haushalte eine strukturelle Dauerlast," meint die Deutsche Bundesbank. Und der Finanzminister ergänzt zutreffend: „Die Haushaltsgesundung ist noch längst nicht erreicht."



Aufstieg mit angesägten Sprossen: Bundesfinanzminister Stoltenberg FOTO: J. KNIPPERTZ / AP

So vertrauensstiftend dieser erste Schritt auf einem langen Wege wirkt, für kräftige Steuersenkungen, für ein Erziehungsgeld, für höheres Mutterschaftsgeld, für allerlei Aufbesserungen und Nettigkeiten ist die Zeit noch lange nicht reif. Nur wer den ersten Schritt fälschlich für die ganze Reise nimmt, kann zu dieser Fehleinschätzung kommen. Sie ist in allen Parteien mit abgestufter Vehemenz zu finden. Das schließt freilich nicht aus, daß man sich auch längerfristige Gedanken macht, wie der rigide Steuerzugriff auf den Bürger gelockert werden kann.

Dabei vermischen sich politische mit finanziellen Erwägungen. Eine Regierung, die den Abbau der Arbeitslosigkeit zu ihrem Hauptziel erklärt hat, wird die nächsten Wahlen nur gewinnen, wenn sie auf diesem Felde den Test besteht. Da auf jeden Aufschwung auch wieder ein Abschwung folgt, kommt es entscheidend darauf an, gewappnet in die Talsohle zu schreiten. Zur Zeit verfügt die Finanzpolitik über so gut wie keinen Spielraum, belebend in die Konjunktur einzugreifen. Mit jeder ersparten Milliarde gewinnt sie jedoch ein Quentchen zurück. Genau das ist das Ziel: Abbau der strukturellen Defizite, um wieder Defizite zum Zwecke der Belebung machen zu können, und zwar guten finanzpolitischen Gewissens.

Die Aussichten dafür sind besser geworden, ohne schon gut zu sein. Dazu bedarf es mehrere Jahre hindurch der erwähnten „Sensation". Da erfahrungsgemäß der Konsolidierungsehrgeiz mit der Nähe des Wahltermin schmilzt, harrt der Regierung noch so manche Anfechtung. So wagt Stoltenberg den Aufstieg mit einer Leiter, deren Sprossen angesägt sind.

IM GESPRÄCH Reinhard Metz

Für Bremen und die Küste

Von Winfried Wessendorf

Sein Herz hängt politisch am Gesprächskreis Küste. Das ist eine Runde von 25 CDU-Bundestagsabgeordneten aus Norddeutschland, die sich zu einem Jour fixe in Bonn trifft. Die Parlamentarier kommen jeweils am Donnerstag einer Sitzungswoche in einer der vier Landesvertretungen von Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen zusammen. Ihr Vorsitzender stammt aus dem kleinsten Bundesland, aus Bremen, und heißt Reinhard Metz (46).

Der CDU-Parlamentarier: „Wir beschäftigen uns mit einer Fülle von Themen – von der UNO-Seerechtskonferenz über die Ölunfall-bekämpfung bis zur Versalzung der Elbe und Weser, vom Küstenprogramm bis zum Neubau des Forschungsschiffes 'Meteor'. Natürlich standen im vergangenen Jahr die Werft- und Schiffahrtsprobleme im Vordergrund." So wurden beispielsweise in der Abgeordnetenrunde auch die Weichen für die Wiedereinführung von sogenannten Zinsbeiträgen in Höhe von 80 Millionen Mark für Reeder gestellt, die im Bundeshaushalt erscheinen. „Wir werden uns noch intensiver den Umweltschutzfragen im Bereich Nordsee/Ostsee zuwenden müssen", meint der gelernte Journalist.

Metz läßt durchblicken, daß er mit der Zusammenarbeit der norddeutschen Küstenländer nicht zufrieden ist. Stichwort „Strukturprogramm". Aber er fügt hinzu: „Wir können dabei nicht die Politik der Länder machen, sondern nur flankierend helfen." Der Parlamentarier, der zugleich Mitglied im wichtigen Haushaltsausschuß des Bundestages ist, – zuständig für den Verkehrsetat –, läßt keinen Zweifel daran, daß ein in Bonn vorgelegtes Programm mit Prioritäten und einem Finanzierungsplan versehen sein muß. Im Februar geht es in dieser Frage vor dem Bundeswirtschaftsministerium in die nächste Runde. Im übrigen betont Metz: „Wir müssen das Bewußtsein schärfen, daß Küstenprobleme nicht nur eine regionale, sondern auch eine nationale Bedeutung haben."



Engagement, doch keine Hausmacht: CDU-MdB Reinhard Metz FOTO: DIE WELT

Zu Hause spielt der Vater von zwei Kindern ab und zu Klarinette und Saxophon, in der Bremer CDU ist er als stellvertretender Landesvorsitzender verankert, und in Bonn gehört er dem Vortand seiner Fraktion an. Aus dem kleinen Bremen stammend, gibt er sich bescheiden, denn er kann sich in Bonn auf keine Hausmacht stützen. Deshalb hat er sich der niedersächsischen Landesgruppe angeschlossen. Pfiffig meint er: „Ich heimse lieber im stillen Erfolge ein. Freudengeheul gefährdet den nächsten Erfolg."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Das Blatt befaßt sich mit der günstigen Entwicklung des Bundeshaushaltes:

Gerhard Stoltenberg ist in Kohls Mannschaft derjenige, der am deutlichsten beweisen kann, daß sich in seinem Ressort etwas zum Besseren geändert hat. Freilich ist der staatliche Kreditbedarf noch immer viel zu hoch, und das noch keineswegs aufgearbeitete strukturelle Defizit hindert den hohen Zins daran, auf das allseits erwünschte niedrigere Niveau zurückzugehen. Immerhin – ein Ansatz ist gemacht, und er zahlt sich aus. Freilich gewinnt der Finanzminister damit nicht nur Ansehen, sondern weckt auch Begehrlichkeit, auch in der eigenen Koalition. CDU, CSU und FDP überbieten einander mit *Terminansagen und Forderungen* nach einer Steuersenkung. Diese ist zwar im Hinblick auf die Überbesteuerung ganzer Arbeitnehmerschichten grundsätzlich notwendig. Aber noch ist die Haushaltssanierung, von der finanz- wie wirtschaftspolitisch alles abhängt, noch keineswegs erledigt und darf nicht vorzeitig verfrühstückt werden.

KURIER

Die Zeitung aus Wien bemerkt zu Stockholm:

Vordergründig geht es hier in Schweden um ein gemeinsames Abenteuer aller Europäer in Ost und West: In breiter Front einander näherzurücken – und die Verantwortung über das Schicksal Europas nicht den beiden Supermächten zu *überlassen. Die Wahrheit ist freilich* ganz anders. Denn die Konferenz hat ihre größte Aufgabe eigentlich schon erfolgreich bewältigt, noch ehe sie gestern begann: Sie hat das Treffen Shultz-Gromyko erzwungen. Und das wenige Wochen nach Westnachrüstung und Abbruch aller Raketenverhandlungen zwischen USA und UdSSR. Die Europäer haben mit ihrer Entspannungssehnsucht die Supermächte in die Pflicht genommen – jetzt reden sie also. Und nur von ihnen kann – das wissen alle Europäer – der Kalte Krieg überwunden werden. Nur von ihnen kann das Zeichen zum Wiederbeginn der Rüstungsverhandlungen – in Genf und zuerst wohl in Wien – gegeben werden.

CORRIERE DELLA SERA

Die in Mailand herausgegebene Zeitung schreibt über die Stockholmer Rede des US-Außenministers Shultz:

Der Außenminister hat seiner Rede einen für die Gegenseite als Grundlage für Verhandlungen akzeptierbaren Charakter geben wollen. Er hat dabei die UdSSR nicht auf der Ebene der Prinzipien ins Visier genommen. Er hat ihr *auch nicht generell und oberflächlich* die Vaterschaft aller Leiden und Ängste in der Welt angelastet. Shultz hat vielmehr einen in der Form ruhigen, im Ansatz realistischen und in der Substanz konkreten Ton verwendet.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung kommentiert die Verhandlungen Südafrikas mit Moçambique:

Die Treffen zwischen Südfrikanern und Moçambikanern werden im größten Teil Schwarzafrikas nicht mit stürmischem Beifall begrüßt werden; und dennoch stellen sie so etwas wie einen diplomatischen Triumph Südafrikas dar . . . Man kann Tränen weinen für die Moçambikaner, aber ihre Teilnahme an diesen Verhandlungen ist eine natürliche Folge der strategischen Beherrschung dieses Gebiets durch Südafrika. Die Südafrikaner haben bereits die Regierung von Lesotho mit einer kleinen ruchlosen Intervention überzeugt, daß es keinen Gewinn bringt, dem Afrikanischen Nationalkongreß Beistand zu leisten. Moçambique scheint dabei, dieselbe Lektion zu lernen.

Zwei Denkschulen streiten sich um Titos Erbe

„Die Geschichte kennt keine Endstation", sagen die Reformer / Von Carl Gustaf Ströhm

In Jewgeni Samjatins utopischem Zukunftsroman „Wir" – einem russischen Orwell-Vorläufer, der im Jahre 1984 wieder neu entdeckt wird – hält eine junge Frau ihrem vom totalitären System beglückten und verblendeten Geliebten die These entgegen, es könne keine „letzte Revolution" geben – ebensowenig wie eine „letzte Zahl". Anders gesagt: Die Geschichte kennt keine Endstation, keine Herrschaft, die sich ein für allemal unverändert etablieren kann, ohne selber dem Gesetz des Wandels zu unterliegen.

An Samjatins „letzte Zahl" und „letzte Revolution" wird man angesichts der jüngst im kommunistischen Jugoslawien ausgebrochenen Diskussion zu den Themen Geheimpolizei, Staatssicherheit, Menschenrechte in den Gefängnissen und zum Verhalten gegenüber Dissidenten und Oppositionellen erinnert. Das kommunistische System Jugoslawiens, *das offener und für* Beobachtungen leichter zugänglich ist als etwa das weiter im Osten angesiedelte sowjetische System, mag hier zugleich als Paradigma dienen.

Zunächst hatte zu Jahresbeginn der jugoslawische Innenminister Stane Dolanc in einer aufsehenerregenden Rede eine völlig neue Definition der Rolle der Geheimpolizei und des Staatssicherheitsdienstes gegeben. Die Staatssicherheitsorgane, so formulierte er, seien „keine politische Polizei". Es sei nicht ihre Aufgabe, den Meinungsäußerungen von Bürgern auf Sportplätzen oder in Lokalen nachzuschnüffeln. Sie hätten auch nicht Berichte darüber zu verfassen, wer zu wem was gesagt habe. Schließlich sei es auch nicht Aufgabe der Polizei, gegen oppositionelle Meinungen und gegen Dissidenten-Auffassungen aktiv zu werden. Das falle vielmehr in die Kompetenz der Partei und der gesellschaftlichen Organisationen.

Dies war ein bemerkenswerter *Beitrag Stane Dolanc' zum* Orwell-Jahr 1984 – denn was der jugoslawische Innenminister da sagte, kam einer Absage an jene berühmt-berüchtigte „Gedankenpolizei" gleich, wie Orwell sie in seinem Buch geschildert hatte. Wenn nicht die Polizei mit oppositionellen Meinungen oder Dissidenten befaßt ist, sondern die Partei – dann heißt das, wenn wir Dolanc richtig verstanden haben, daß man in Jugoslawien die Dissidenten nicht mehr verfolgen und gegebenenfalls einsperren, sondern – wie auch immer – mit ihnen diskutieren will.

Fast gleichzeitig mit Dolanc hat auch der oberste katholische Seelenhirte Jugoslawiens, der Zagreber Erzbischof und Kardinal Franjo Kuharic, zu einem „Verwandten"-Thema Stellung genommen. In einer Predigt forderte Kuharic die Gewährung der Menschenrechte auch für Häftlinge in den jugoslawischen Gefängnissen – besonders für die politischen Gefangenen. Kuharic sprach von „psychischen Qualen und physischen Mißhandlungen", denen die Gefangenen ausgesetzt seien und erwähnte dann eine Kategorie von Menschen, die auch der kommunistische Innenminister im Sinn gehabt haben mag: Menschen, die in Haft seien, weil sie sich „ihrem Gewissen gemäß vielleicht kritisch gegen ein System gestellt haben, das keine Kritik duldet". Die Kirche fühle sich verpflichtet, den Menschen in den Gefängnissen beizustehen.

Als wolle er dem Innenminister wie dem Kardinal antworten, bezog einer der führenden Altkommunisten sofort eine scharfe Gegenposition: Pero Car, Mitglied des Präsidiums der Republik Kroatien und hochrangiger Funktionär im Alt-Partisanenverband, verteidigte im Zagreber Nachrichtenmagazins „Danas" die dogmatische Position von der „letzten Revolution" und der „letzten Zahl". Auf die vorsichtige Frage der Journalisten, ob es nicht auch eine „nicht-feindliche", also loyale Opposition gebe, antwortete der Funktionär, „daß diese sich selbstverwaltende jugoslawische Gemeinschaft mit keinerlei Opposition diskutieren kann und muß, denn uns hat der Aufbau unseres Staates viel zu viel gekostet". Das titoistische System sei nicht am „grünen Tisch" geschaffen worden. Man habe dafür mit Blut und Menschenleben bezahlt.

Das ist eine Haltung, die auch für gewisse sowjetische Ideologen typisch ist: die kommunistische Revolution als letztes Wort der Geschichte. Überdies müssen die Toten dafür herhalten, um jede Demokratisierung oder auch nur Liberalisierung zu verhindern. Es ist – so paradox das auch für ein kommunistisches System sein mag – ein Weltbild, das total an der Vergangenheit, an den Toten von gestern, an vergangenen „Verdiensten" und vergangenen Opfern orientiert ist. Die Reformer aber denken an die Zukunft. Man darf gespannt sein, welche der beiden Richtungen die Oberhand behält – in Jugoslawien und anderswo in der *kommunistischen* Welt.



Tauwetter in Stockholm – dann sprach Gromyko

Zwei Gesichter zeigt die noch junge Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE): In verschwiegenen Stockholmer Hotelsuiten und Beratungszimmern geht es zwischen den Delegierten entspannt und freundlich zu. Im Plenarsaal hingegen prallen die Differenzen aufeinander.

Von BERNT CONRAD

„Daß das Eis schmilzt, kann man nicht erwarten. Aber vielleicht können wir ein wenig Tauwetter bekommen", hatte Gastgeber Olof Palme am Vorabend der Stockholmer Konferenz mit eher bescheidenem Optimismus gesagt. Die nordischen Götter scheinen das sehr ernstgenommen zu haben. Denn sie verwandelten nicht nur den in der schwedischen Hauptstadt frisch gefallenen Schnee mittels leichter Wärmegrade rasch in Matsch und Wasser, sondern sie bescherten auch den Teilnehmern im Konferenzgebäude am Sergelstorg ein mildes politisches Klima – jedenfalls soweit es sich um die unzähligen bilateralen Begegnungen hinter diskret verschlossenen Türen handelte.

Anfangs hatte es nur ein paar Verabredungen am Rande des Treffens gegeben. Bald jedoch bewirkte ein offensichtlich in der Luft liegender Wunsch nach Klimaverbesserung, daß viele der angereisten 34 Außenminister – während im Plenarsaal für die Öffentlichkeit bestimmte gelegentlich mit Polemik durchsetzte Manuskripte verlesen wurden – von einem Tête-à-tête zum andern eilten.

Allen voran Hans-Dietrich Genscher, der im Polit-Marathon seit jeher besondere Übung besitzt und der sich bereits auf dem Flug nach Stockholm in Hochstimmung befand. Diese KVAE – das wurde dem nach einem schweren Autounfall trotz Brustschmerz wieder quicklebendigen Bundesaußenminister hier immer wieder bestätigt – ist ganz erheblich „sein Werk". Er hatte sich schon im letzten Jahr beim Hin und Her um den Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens unermüdlich für die Abrüstungskonferenz eingesetzt und später in der kritischen Phase vor und nach Beginn der westlichen Nachrüstung an seine Amtskollegen in Ost und West appelliert, die KVAE auf Außenministerebene zu eröffnen.

Anfangs stand Genscher damit ziemlich allein. Sowjet-Veteran Andrej Gromyko reagierte noch im November in Wien mit einem „Poker-Face". Auch US-Außenminister George Shultz blieb lange skeptisch, während hohe amerikanische Diplomaten dem FDP-Chef unter der Hand versicherten: „Wir werden ihn schon nach Stockholm bringen, und wenn wir ihn auf einer Bahre hintragen müssen."

NATO betont Wunsch nach Dialog und Kooperation

Schließlich kam der Gang der Ereignisse Genscher zugute: Im Westen wuchs nach dem zeitgerechten Beginn der Nachrüstung das Streben nach Wiederanknüpfung des unterbrochenen Dialogs, und im Osten wollten viele – ohne das durch die Nachrüstungsniederlage schon etwas lädierte Prestige noch mehr zu beschädigen – im Grunde dasselbe. Da bot sich die KVAE als Ausweg an. In Stockholm nun rühmten sowohl Gromyko als auch Shultz den Einfall, die Außenminister selbst an den Konferenztisch zu holen.

Ob sich dieses übereinstimmende Lob allerdings in konkreten Gemeinsamkeiten beider Supermächte niederschlagen wird, blieb vor der Begegnung zwischen Shultz und Gromyko am gestrigen Nachmittag in der sowjetischen Botschaft unklar. Die Außenminister der NATO-Staaten hatten sich schon am Montag in großer Harmonie unter dem Eindruck der versöhnlichen Reagan-Rede darauf geeinigt, dem Ostblock ihren Wunsch nach Dialog und Kooperation auf jede nur mögliche Weise plausibel zu machen.

Genscher erfüllte dabei ein strapaziöses Übersoll. In seiner Suite im Grand-Hotel, aus deren Fenstern der Blick über Eisschollen und festgezurrte Damper auf das massiv-graue Königsschloß fällt, hämmerte er einem Ostblock-Außenminister nach dem anderen ein: „Nehmen Sie Präsident Reagans Angebot und das Signal von Brüssel ernst. Der Westen will wirklich echte Zusammenarbeit. Diese Chance sollten Sie ergreifen!"

Nicht anders argumentierten Genschers westliche Amtskollegen. Auch George Shultz suchte, bevor er seinen Moskauer Gegenpart traf, den bilateralen Meinungsaustausch. Sein Eindruck war positiv: „Nach vielen Gesprächen, auch mit osteuropäischen Außenministern finde ich die Atmosphäre hier allgemein ernsthaft und konstruktiv", versicherte der Chef des State Departments vor der Presse – und entschwand zu einem weiteren Treffen in den verschlungenen Gängen des Kongreßgebäudes, in dem die Teilnehmer dauernd zwischen sechs Stockwerken hin- und herpendeln müssen.

Im Plenarsaal, dessen seltsame Proportionen ebenso hoch wie breit sind, rollte derweil das offizielle Zeremoniell der Eröffnungsreden ab. Für den Westen war auch hier die Linie vorgezeichnet: Vom Franzosen Claude Cheysson bis zum Italiener Giulio Andreotti demonstrierten die NATO-Partner übereinstimmend, wenngleich mit persönlichen Nuancen, selbstbewußte Dialogbereitschaft. Shultz blieb es vorbehalten, als Sprecher der westlichen Führungsmacht konkret die sechs Vorschläge zu erläutern, mit denen die Allianz die Vertrauensbildung verbessern will.

Shultz erinnert an die Teilung Deutschlands

Aber der amerikanische Außenminister beschränkte sich nicht auf Goodwill. Er wies auch unverblümt auf Menschenrechtsverletzungen hin und erinnerte – zum Ärger der Sowjets – an die „künstlich aufgezwungene Teilung Europas", deren Legitimität von den Vereinigten Staaten nicht akzeptiert werden könne. Einigen Beobachtern erschien das unzeitgemäß. Doch Shultz hielt ihnen die unverändert bitteren Folgen der Spaltung von Völkern und Familien beispielsweise in Deutschland entgegen.

Die östliche Linie hatte am Dienstag bereits die Außenminister Oskar Fischer („DDR") und Bohuslav Chnoupek (CSSR) in der Plenardebatte skizziert: Kritik an den Amerikanern und der Nachrüstung, aber unter gewissen Bedingungen Bereitschaft zu einer Wiederbelebung der Entspannung. Gestern schritt nun der Senior Gromyko langsam an das Rednerpult, um ex cathedra den sowjetischen Kurs zu verkünden. Zur allgemeinen Verblüffung übertraf er an Schärfe seine osteuropäischen Vorredner bei weitem.

In eintönigem Stakkato brandmarkte er „aggressive Aktionen" Washingtons, beschuldigte die USA des „Militarismus", des „Betrugs" sowie „verbrecherischer unehrlicher Methoden" und tat Reagans Versöhnungsbotschaft als konjunkturbedingten „Täuschungsversuch" ab. Shultz, der schräg vor Gromyko in der ersten Reihe saß, hörte ungerührt zu. Ihn mag getröstet haben, daß sein Gesprächspartner vom gleichen Nachmittag nach den heftigen Attakken wenigstens am Ende positive Verhandlungsergebnisse in Stockholm befürwortete und mit trockenem Pathos ausrief: „Wir müssen die Entspannung weiterbringen. Sie darf nicht sterben." Damit war im Grunde alles offengeblieben.

Hat Gromyko, der mehrfach Andropow zitierte, nur einen propagandistischen Rauchvorhang vor einem vernünftigen Dialog mit den Amerikanern aufziehen wollen? Oder sollte die harsche Rede signalisieren: „Wir denken gar nicht daran, uns mit der unakzeptablen Reagan-Regierung zu arrangieren? Darauf vermochte noch niemand in Stockholm eine Antwort zu geben.

Die Nachbarn des Giftmülls proben den Aufstand

Der Bürgermeister verspricht Aufklärung und Hilfe. Ein Untersuchungsausschuß soll mögliche politische Versäumnisse im Zusammenhang mit dem Müllberg in Hamburg-Wilhelmsburg aufklären. Doch die Betroffenen sind mit Versprechungen nicht mehr zufrieden. Bürgermeister von Dohnanyi bekam ihren Zorn zu spüren.

Von GISELA SCHÜTTE

Sie wollten nicht mit ihm diskutieren, sie wollten ihm die Leviten lesen: Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hatte bei einem Besuch in Hamburg-Wilhelmsburg am Dienstagabend einen schweren Stand. Die Bürger des Stadtteils, dessen SPD-Ortsverband von Dohnanyi angehört, sind die Nachbarn des Müllberges, aus dem das Sevesogift Dioxin tröpfelt, in dem mindestens 150 Fässer Parathion (E 605) liegen und in dem nicht definierte Industrieabfälle aus etwa zehn Jahren in Kuhlen von Fußballfeld-Größe miteinander unbekannte Verbindungen eingegangen sind.

Internationale Experten-Kommissionen sollen nun bei der Diagnose des Schadens und bei der Sanierung helfen. Seveso-erfahrene Wissenschaftler werden in den Wilhelmsburger Ortsteil Georgswerder reisen. Doch das alles dauert den Nachbarn der Deponie viel zu lange. Sie wollen jetzt wissen, ob sie im nächsten Sommer noch in ihren Schrebergärten sitzen können, ob sie die Äpfel noch von ihren Bäumen ernten dürfen, ob sie mit Erbschäden bei ihren neugeborenen Kindern und mit erhöhtem Krebsrisiko rechnen müssen, wie es ihnen der Arzt Karl Rainer Fabig auf einer GAL-Informationsveranstaltung mit Bildern aus Vietnam geschildert hatte, und wie es der Kieler Toxikologe Professor Otmar Wassermann unterstrich, der zuvor schon das Menetekel vom explodierenden Müllberg entworfen hatte.

„Wilhelmsburg – abgehakt vom Senat?" so lautete das Motto der Informationsveranstaltung, auf der von Dohnanyi die Bürger der Elbinsel zu aktuellen Problemen über die Pläne im Rathaus informieren wollte. Dabei gilt es einmal mehr die Angst vor dem Gift zu beschwichtigen – umsonst. Die Bewohner auf der Insel, die sich jahrzehntelang unzufrieden fühlten, sind aus Angst aufrührerisch geworden.

„In Wilhelmsburg wohnt man nicht, da arbeitet man", zitierte Günter Glatz vom örtlichen Interessenverein ein abfälliges Hamburger Schlagwort. Und so, meinen die Bürger des Stadtteils, denkt und plant man auch im Rathaus.

Der Unwille ist langsam gewachsen: Eisenbahn, Autobahn und immer neue Industrieanlagen zerschnitten den Stadtteil, brachten Lärm und Schmutz in die Quartiere. Das Gift hatte nun alle Betroffenen einig in einer überfüllten Schul-Aula zusammengeführt – Christdemokraten und Grüne, Kommunisten und Sozialdemokraten, biedere Bürger, Kleingärtner, Arbeiter, Studenten, Hausfrauen und Chaoten.

Die politischen Präsente, die der Bürgermeister „seinen" Wilhelmsburgern mitgebracht hatte, konnten den Zorn nicht beschwichtigen. Zusagen aus dem Hamburger Rathaus, die Insel würde von weiteren Klärschlamm- und Hafenschlick-Feldern und -Wällen verschont bleiben und das Verschieben eines Autobahnprojekts auf unbestimmte Zeit, sah das Auditorium als „Bestechungsversuche". Die Zuhörer aber hatten auf handfeste Zusagen für die Sanierung des Müllberges gewartet, nachdem sie mit dem Besuch des Bürgermeisters schon vor Wochen – vergeblich – gerechnet hatten: „Sie sollten mal bei unserem ehemaligen Innensenator Helmut Schmidt in die Lehre gehen!" rief einer durch den Saal, „der hat uns bei der Flut 1962 über Nacht geholfen."

Des Bürgermeisters geduldige Erklärungen über politische Notwendigkeiten zum Beispiel für den Bau einer südlichen Güterumgehungsbahn für den Hafen wurden ehrfurchtslos niedergepfiffen. Die gefühlsgeladenen Bürger wollten keine mehr oder weniger kluge Argumente hören. Die Fragen und Zwischenrufe kamen immer wieder auf den giftigen Müllberg zurück. Der redegewandte, von Dohnanyi als „demagogisch" kritisierte Bürger-Sprecher Günter Glatz spottete: „Ich weiß, daß sie sich als Bürgermeister nicht um jeden Dreckhaufen kümmern können; aber dieser hier in Georgswerder ist Ihrer würdig. Es ist nämlich der größte in Europa."

Die Schadenfreude, daß man es dem Landesvater gegeben hatte, ließen sich auch traditionelle SPD-Wähler anmerken. Und die abfälligen Zwischenrufe „vertell, vertell" und „Schnack man zu" machten deutlich, daß man Versprechen aus dem Rathaus nicht mehr glaubt.

Sachkundiger nationaler und internationaler Hilfe, die der Bürgermeister versprach, wollten die Betroffenen nicht glauben. Die Tatsache, daß seit zehn Jahren die giftige Parathion-Bombe im Berg tickt und nichts dagegen unternommen wurde, daß es seit mindestens fünf Jahren Verdachtsmomente für das Dioxin gibt, denen man in Instituten und Behörden nicht nachging, haben das Vertrauen in den SPD-Senat auch bei treuen Wählern und Parteigenossen erschüttert und den Neid auf die „guten Stadtteile" geschürt: „Bringt doch den Dreck nach Blankenese", so lautete für einige die „gerechte" Lösung des Müllproblems.

In den Behörden werden unterdessen emsig entlastende Unterlagen für die mit der Sache in den vergangenen 15 Jahren befaßten Ämter gesucht, wie man an möglichen Lösungen für die baldige „Entschärfung" der Zeitbombe bosselt. In der Post der Baubehörde, in der Entsorgungssenator Jörg Kuhbier die ökologische „Erblast" auf den Schreibtisch bekam, türmen sich die Angebote von Firmen, die Patentlösungen zur Sanierung anbieten, seriöse und weniger diskutable Methoden. Die voraussichtliche Belastung des Hamburger Haushaltes wird dafür bald mit ein paar Millionen bis zu Schätzungen von 40 und mehr Milliarden Mark beziffert.

Dabei schätzen die Politiker die Chance auf Wiedergutmachung von den „Lieferanten" der giftigen Abfallstoffe gering. Denn schon der Bericht eines Untersuchungsausschusses von 1973 über die Parathion-Gefahr in Georgswerder hatte notiert, daß die „Verantwortlichen der Baubehörde sich bei der Praxis der Müllablagerung einer Verletzung der (damals schon geltenden) wasserrechtlichen Bestimmungen bewußt" gewesen seien. Zahlen müssen schließlich die Steuerzahler, und das schürt den Zorn der Wilhelmsburger, die direkt Betroffenen, noch zusätzlich.



Giftmüll in Hamburg: Auch von Günther Glatz (links), dem Präses der Hamburger Bürgervereine, mußte sich Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (rechts) herbe Vorwürfe anhören. FOTO: AP

Auf der Suche nach Klarheit im Fall Kießling: Minister Wörner und der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Alfred Biehle. FOTOP POLY-PRESS

Fall Kießling: Auch im Ausschuß blieb vieles im dunkeln

Auf vier Ebenen wurde gestern in Bonn die Affäre Kießling behandelt. Im Bundeskabinett, im Verteidigungsausschuß, im Plenum des Bundestages und in der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Überwachung der Geheimdienste. Die „große Erleuchtung" blieb bisher aus.

Von RÜDIGER MONIAC

So viel Journalisten wie an diesem Morgen kurz vor neun auf der 27. Etage vor dem Sitzungssaal des Verteidigungsausschusses sind im „Langen Eugen", dem Bonner Abgeordnetenhochhaus, lange nicht mehr gesehen worden. Minister Wörner, umringt von einer Traube von Fragern, bahnt sich mühsam den Weg. Er hat eine lange Nacht hinter sich, hat bis in die frühen Morgenstunden an dem Text gefeilt, den er jetzt den Mitgliedern des Ausschusses vortragen will. Hat er nun die Darlegung parat, die alle Spekulationen widerlegen wird, die seit Tagen in der Generalsaffäre blühen?

Wörners Gesicht wirkt hinter dem Lächeln müde. Nur wenig Schlaf hat er in den letzten Tagen gefunden. In die Sitzung geht er mit Zuversicht, gestärkt auch durch das Vertrauen, das ihm die eigene Fraktion noch knapp 24 Stunden zuvor im Berliner Reichstag ausgesprochen hat: Die Union steht zu ihrem Mann auf der Hardthöhe.

Vier Stunden tagt der Ausschuß mit Wörner; er legt dar, was er vor den verschiedensten Gremien intern in den letzten Tagen schon mehrmals erläutert hat: Kießling habe in bestimmten Kölner Lokalen mit berüchtigtem Milieu verkehrt. Dies habe der General bestritten. Aufgrund der klaren Hinweise aus dem MAD sei sein Vertrauen zu dem General erschüttert gewesen, zugleich auch habe er ihn vom Zugang zu Verschlußsachen abschneiden müssen. Wörner argumentiert, wie das schon mehrfach in den Zeitungen zu lesen war.

Die „große Erleuchtung", die manche von dieser Sitzung erhofft hatten, sie bleibt aus. Wörner folgt der mit seinen Beratern verabredeten Verhaltensweise. Er erläutert dem Ausschuß seine Lage in den Tagen und Wochen, in denen er in der Generalssache seine Entscheidungen zu treffen hatte. Erst im zweiten Schritt geht er darüber hinaus und bietet den Parlamentariern an, Beamte der Kölner Polizei im Ausschuß zu hören, die von Anfang an und in jüngster Zeit die Ermittlungen in den besagten Kölner Lokalen geführt haben.

Diese Möglichkeit zur Aufklärung, mit der gezeigt werden soll, ob Kießling tatsächlich selten oder häufig dort Umgang gepflegt haben könnte, versperrt – vorerst – die SPD. Der frühere Justizminister Jahn, jetzt als Berater der Sozialdemokraten bei Wörners Vortrag mit dabei, erhebt dagegen „rechtliche Bedenken". Seine Argumentation: Vor dem Verteidigungsausschuß dürften nur Angehörige des Verteidigungsministeriums des „nachgeordneten Bereichs" gehört werden. Würden Personen aus anderen Bereichen auftreten, bekäme der Verteidigungsausschuß den Charakter eines Untersuchungsausschusses.

Dieses „Eisen" will die SPD vielleicht erst noch schmieden. Jedenfalls lehnen ihre Vertreter zunächst die Anhörung weiterer Zeugen ab, die Kießlings Umgang hätten aufhellen sollen. Aber die Sozialdemokraten melden schon jetzt Zweifel an Wörners Handeln an. Der stellvertretende Ausschußvorsitzende Kolbow (SPD) und später sein Kollege Horn in der drangvollen Pressekonferenz erklären, in Wörners Reden sei eine „Diskrepanz", seien „offenkundige Widersprüche". Beide bemängeln, der Minister habe von dem „Hinweis", Kießling stehe in dem Verdacht, homosexuell veranlagt zu sein, erst am 8. Dezember letzten Jahres erfahren, obwohl dieser „Hinweis" durch einen nicht näher bezeichneten Mann – Wörner sprach von einem „höheren Beamten des Verteidigungsministeriums" – bereits am 27. Juli vorher an den MAD gegeben worden sei.

Der SPD-Abgeordnete von Bülow, früher Staatssekretär auf der Hardthöhe, erklärt, Wörner habe Kießlings „Zerwürfnis" mit dem NATO-Oberbefehlshaber Rogers als Hauptgrund für die Entlassung des Generals angegeben. Erst an zweiter Stelle habe dann Wörner von Kießling als Sicherheitsrisiko gesprochen. Wütend dementiert ihn der CDU-Mann Wimmer.

Um 13 Uhr vertagt sich der Verteidigungsausschuß. Eine Stunde später tritt die parlamentarische Kontrollkommission zusammen, in der die Arbeit der deutschen Nachrichtendienste wie BND, MAD und Verfassungsschutz überprüft wird. Was Wörner dort berichtet und was gefragt wird, bleibt geheim. Gleichzeitig tagt das Plenum des Bundestages, wo Wörners Parlamentarischer Staatssekretär Würzbach Fragen eines „Grünen" über die Behandlung von homosexuellen Soldaten in der Bundeswehr zu beantworten hat. Schon morgens war Würzbach im Bundeskabinett gewesen und hatte dort „in sehr allgemeiner Form" nochmals über die Affäre um den General berichtet.

Botschaft des Kreml an den Bundestag

p. p. Bonn

Der sowjetische Botschafter in Bonn, Wladimir Semjonow, hat am späten Dienstagabend Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) ein Schreiben des Obersten Sowjet übergeben. Nach Angaben aus Bonner diplomatischen Kreisen soll darin auf die Erklärungen des sowjetischen Staats- und Parteichefs Andropow vom Herbst 1983 verwiesen werden, daß Moskau zu neuen Abrüstungsverhandlungen bereit sei, wenn der Westen zur Ausgangslage vor der NATO-Nachrüstung in Westeuropa zurückkehre. Der Oberste Sowjet soll in der Barzel übergebenen Erklärung an den „Verstand" der Menschen appelliert haben, eine nukleare Katastrophe zu verhindern. Vor allem die Parlamente seien aufgerufen, ihren Beitrag zur Umkehr zu leisten.

Aus dieser Formulierung wird in Bonn geschlossen, daß gleichlautende Schreiben auch an die anderen Parlamente der NATO-Staaten abgegangen sind. Die Aussagen in dem von Semjonow übergebenen Brief decken sich offenbar weitgehend mit entsprechenden Schreiben der Moskauer Führung, mit denen im vergangenen Jahr im Westen versucht wurde, den Vollzug des Nachrüstungs-Beschlusses zu verhindern.

Bundestagspräsident Barzel wird die Erklärung des Obersten Sowjet jetzt allen Fraktionen des Bundestages zur Kenntnis weiterreichen.

Sowjetischer Minister entlassen

rtr, Moskau

Der Erste stellvertretende Luftfahrtminister der Sowjetunion, Alexander Nasarow, ist entlassen worden. Das wurde in Moskau bekanntgegeben. Bereits drei Tage zuvor war in einem Regierungsdekret über Umbesetzungen in der Luftfahrtindustrie berichtet worden. Gründe für die Entlassung des 56jährigen wurden nicht genannt. In einem am vergangenen Samstag veröffentlichten Artikel hatte Luftfahrtminister Boris Bugajew berichtet, es habe Untersuchungen wegen des Verdachts der Korruption gegeben, die zu Entlassungen im Luftfahrtministerium geführt hätten.

In einem anderen Dekret wurde am Mittwoch die Ernennung eines Funktionärs namens O. Smirnow zu einem der zwölf stellvertretenden Luftfahrtminister bekanntgegeben. Er wird für Personalfragen zuständig sein.

Breit sucht bei SPD Rückendeckung

p. p. Bonn

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat vor der SPD-Bundestagsfraktion darum gebeten, „auf Tuchfühlung zu bleiben", um die gemeinsamen Ziele der Arbeitsmarktpolitik zu erreichen. Die Gewerkschaften brauchten die „Unterstützung" der SPD, da vor allem auf dem Feld der Arbeitszeitverkürzung „uns eine sehr harte Auseinandersetzung bevorsteht". Der Bundeskanzler habe sie „politisiert", und die Gewerkschaften würden nicht „zur Tagesordnung übergehen", nachdem sich Kohl „zum Sprecher der Falken im Arbeitgeberlager" gemacht habe. Aber ohne „umfassende Arbeitszeitverkürzungen", die auch einen „eigenständigen Produktivitätseffekt" hätten, seien die Arbeitsmarktprobleme nicht lösbar. Im Anschluß an die Breit-Rede verabschiedete die SPD-Fraktion einstimmig eine Entschließung, die die Gewerkschafts-Forderungen zur Arbeitszeitverkürzung aufgreift.

Lambsdorff: Aufschwung nicht gefährden

WELT-Gespräch mit dem Bundeswirtschaftsminister

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sieht eindeutige Anzeichen für eine verstärkte wirtschaftliche Belebung in diesem Jahr. Allerdings gibt es nach seinen Worten für einen anhaltenden Aufschwung gegenwärtig auch Risiken: Die Forderung der Gewerkschaften nach der 35-Stunden-Woche, der Ausgang der jetzt anlaufenden Tarifverhandlungen, ein zunehmender außenwirtschaftlicher Protektionismus, das hohe Zinsniveau in den USA und die Verschuldung der Staaten der Dritten Welt. Jedoch wird es nach seiner Einschätzung für die Gewerkschaften „sehr schwer sein", die Arbeitnehmer zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zu mobilisieren.

Der Minister, der in einem WELT-Gespräch eine Verkürzung der Arbeitszeit „auf längere Sicht" ankündigte, äußerte jedoch die Befürchtung, daß es zu Schwerpunktstreiks und Aussperrungen kommen könnte. Die gefährliche Folge sei dann, daß gegen die Aussperrung und nicht für die Arbeitszeitverkürzung gestreikt wird. Dies könne insbesondere von der Industriegewerkschaft Druck und Papier organisiert werden. Allerdings zeigte sich der FDP-Politiker zuversichtlich, daß Bundeskanzler Helmut Kohl bereit ist, genau wie beim Streit um den NATO-Doppelbeschluß und die Sicherheitspolitik auch diesen Kampf erfolgreich zu bestehen.

Um die Wirtschaft weiter zu beleben und die Arbeitslosigkeit abzubauen, müßten auch die „geistigen Voraussetzungen" geschaffen werden. So sei der „Technologiepessimismus" ein Hindernis und verschlechtere die Wettbewerbsfähigkeit vor allem gegenüber den USA und Japan. Neue Investitionen sollten dadurch ermöglicht werden, daß ein Einsatz von Risikokapital gefördert wird und Steuern gesenkt werden. Noch in diesem Jahr sollten „die Weichen" für eine Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs gestellt werden. Sie sollen zum 1. Januar 1986 in Kraft treten. Dabei müsse es vor allem für die Bezieher mittlerer Einkommen Entlastungen geben.

Vorsichtig äußerte sich Lambsdorff zum Abbau von Subventionen: Im kommenden Haushalt müsse „wenigstens ein Trend nach unten eingeleitet" werden. Er kündigte an, daß die Bundesregierung bis zum 31. Januar bei der EG-Kommission die Unternehmenskonzepte zur Umstrukturierung der deutschen Stahlindustrie einreichen wird. Die staatlichen Hilfen dafür werden rund drei Milliarden DM betragen. Von 1986 an dürfe der Stahlmarkt in Europa dann von keiner Regierung mehr mit Subventionen gestützt werden.

Deutliche Kritik übte Lambsdorff an den USA. Er habe „wenig Verständnis" für die von Washington betriebene Haushaltsdefizit- und Hochzinspolitik. Dies sei unredlich gegenüber dem Rest der Welt. Denn hohe Zinsen und ein hoher Dollarkurs führten dazu, daß vor allem die verschuldeten Staaten der Dritten Welt in noch größere Schwierigkeiten gerieten. Nach seiner Prognose wird künftig der wirtschaftspolitisch interessanteste Raum Südostasien werden. Hier müßten Wege und Mittel gefunden werden, um der von dort drohenden Herausforderung gegenüber bestehen zu können.

Lambsdorff, der auch FDP-Präsidiumsmitglied ist und eine Schlüsselrolle beim Bonner Koalitionswechsel gespielt hatte, dementierte mit einem klaren „Nein", daß die FDP sich zu einer Wirtschaftspartei entwickeln würde oder müsse. Die Freien Demokraten brauchen und hätten auch in der Innen- und Rechtspolitik ein klares Profil und Eigenständigkeit.

„Der EG fehlt eine Vormacht wie Preußen"

dpa, Frankfurt

Für die Europäische Gemeinschaft kann es nach Ansicht von Bundespräsident Karl Carstens kein Zurück mehr geben, obwohl die angestrebte politische Einigung noch nicht erreicht sei und zur Zeit vieles Erreichte gefährdet erscheine. In einer Rede zur 150-Jahr-Feier des Deutschen Zollvereins sagte Carstens gestern in der Frankfurter Paulskirche, für die EG sei der in der Fliegersprache gebrauchte Ausdruck des „point of no return" erreicht, des Punktes, da die Treibstoffmenge für die Rückkehr zum Ausgangspunkt nicht mehr ausreiche.

Die EG dürfe nicht die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme vor sich herschieben, sondern sie müsse sie lösen. Der politische Zusammenschluß müsse weitergehen, betonte das Staatsoberhaupt. Die noch zu bewältigenden Schwierigkeiten seien groß. Dazu gehörten die übermäßige Bürokratisierung der Gemeinschaft, die mangelnde Kompetenz des Europäischen Parlaments, die ungelösten Finanzprobleme und die Agrarpolitik sowie der Beitritt Spaniens und Portugals. Für die europäische Einigung könne der – am 1. Januar 1834 gegründete – Deutsche Zollverein nicht Vorbild, „wohl aber Inspiration sein". Im Vergleich zum Zollverein fehle der Gemeinschaft eine Vormacht wie Preußen.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wies darauf hin, daß sich – anders als beim Zollverein – bei der EG der steuerliche Grenzausgleich nicht nur auf einige wenige Waren beschränke. Vielmehr unterlägen heute alle Waren bei der Einfuhr grundsätzlich der Mehrwertsteuer. Außerdem gebe es in den Mitgliedstaaten besondere Verbrauchssteuern. Erst wenn all diese Steuern harmonisiert seien, erscheine ein Wegfall der Grenzkontrollen erreichbar. Stoltenberg: „Von diesem Ziel sind wir leider noch weit entfernt."

„DDR" baut weitere Todesautomaten ab

Flüchtlinge berichten von neuem Selbstschußsystem

BERND HUMMEL, Eschwege

Arbeitskommandos der „DDR"-Grenztruppe haben entlang der hessisch-thüringischen Grenze erneut mit dem Abbau von Selbstschußanlagen des Typs SM 70 begonnen. Die Demontage von Todesautomaten entlang der innerdeutschen Grenze, mit der im September vergangenen Jahres begonnen worden war, hatte seit dem 11. November geruht.

Unweit des nordhessischen Grenzkontrollpunktes Herleshausen war am Donnerstagvormittag ein „DDR"-Arbeitstrupp angerückt und hatte im Bereich der Neubautrasse der innerdeutschen Autobahn zwischen Herleshausen und Eisenach die Schußtrichter abgehängt. Die hessischen Grenzbehörden vermuteten zunächst, daß diese Arbeiten im Vorgriff auf die Fertigstellung des Autobahnteilstücks erfolgten. Wenig später stellte sich heraus, daß sich die Arbeiten von der Baustelle weg in nördlicher Richtung auf die Ortschaft Willershausen im Werra-Meißner-Kreis zubewegten. Bis zum Dienstagabend waren Selbstschußanlagen auf einer Länge von etwa 400 Metern abgebaut. Gestern vormittag wurden diese Arbeiten fortgesetzt.

Aus dem Bereich des Grenzschutzkommandos Küste wurde ebenfalls die Demontage von Selbstschußanlagen gemeldet. Südlich Ratzeburg bauten „DDR"-Soldaten die Schußtrichter auf einer Länge von etwa 300 Metern ab.

Die „DDR" hatte entlang der 1393 Kilometer langen innerdeutschen Grenze auf rund 440 Kilometer Selbstschußanlagen des Typs SM 70 installiert. Im September vergangenen Jahres war – offenbar im Zusammenhang mit der Gewährung des Milliarden-Kredits an die „DDR" – zunächst im bayerischen, dann im nordhessischen Bereich mit dem Abbau der Todesautomaten begonnen worden. Als am 11. November 1983 diese Arbeiten vorübergehend eingestellt wurden, hatte die „DDR" die Schußapparate auf einer Länge von etwa 48 Kilometern demontiert.

Noch immer ist zumindest zweifelhaft, ob der Abbau ersatzlos erfolgt. Bereits im Herbst hatten Kenner der Situation vor allzu großer Euphorie gewarnt: Ein ersatzloser Abbau sei aus der Interessenlage der „DDR" kaum denkbar. Tatsächlich wurden knapp acht Tage nach der ersten Abbauaktion Informationen bekannt, nach denen die „DDR" bereits zuvor ein neues Selbstschußsystem installiert habe. So berichtete ein im Oktober nach Niedersachsen geflüchteter Soldat der „DDR"-Grenztruppe, es werde in den Grenzeinheiten schon lange zwischen einem bekannten und einem neuen Selbstschußsystem unterschieden. Dieses neue System habe die Bezeichnung 701 und sei auf einer Länge von etwa fünf Kilometern nahe der Ortschaft Schafwedel im Harz installiert worden. Wenig später sei diese Anlage jedoch wieder abgebaut worden, da sie – so der „DDR"-Flüchtling – „noch zu störanfällig gewesen ist". Die Existenz dieses neuen Systems, das in etwa 500 Meter Tiefe am „DDR"-Hinterland vorn angebracht worden sein soll, bestätigte kurz darauf auch ein 28jähriger Zivilbediensteter der „DDR"-Grenztruppe, der ebenfalls nach Niedersachsen geflüchtet war.

Die westdeutschen Grenzbehörden können sich allerdings nur auf diese Flüchtlingsaussagen stützen. Fotos der neuen Anlagen liegen noch nicht vor. Übereinstimmend gaben die „DDR"-Flüchtlinge jedoch an, das System 701 sei effektiver – gemeint sei damit eine größere Zielgenauigkeit und eine höhere Sprengkraft. Darüber hinaus ließen sich die Schußtrichter neuen Typs über elektronische Anlagen in ihrer Höhe steuern.

Neue Raketen der Sowjets einsatzbereit?

rtr, Moskau

Die neuen Stellungen für sowjetische Atomraketen in der „DDR", die als „Gegenmaßnahme" zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa errichtet wurden, werden offenbar einsatzbereit gemacht. Dies ergibt sich aus einem Artikel in der sowjetischen Armeezeitung „Krasnaja Swesda" (Roter Stern).

In dem Bericht heißt es, die neuen Raketenstellungen würden jetzt „von Soldaten bemannt". Angaben über Art, Zahl oder Standorte der Raketen wurden allerdings nicht gemacht. Die Zeitung schrieb lediglich, daß die Einheiten über „taktische Mittel von vergrößerter Reichweite" verfügten.

Nach westlichen Erkenntnissen handelt es sich bei diesen Waffen um Boden-Boden-Raketen vom Typ SS 22. Sie erreichen mit ihrer Reichweite von 1000 Kilometern Ziele in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

Westliche Diplomaten in Moskau vertreten die Ansicht, mit der gezielten Veröffentlichung vor dem Treffen der Außenminister Shultz und Gromyko bei der KVAE habe noch einmal die harte sowjetische Haltung nach dem Abbruch der Raketenverhandlungen in Genf unterstrichen werden sollen.

Bereits unmittelbar nach der offiziellen Ankündigung dieser sowjetischen „Gegenmaßnahmen" war von westlichen Fachleuten darauf hingewiesen worden, daß die Stationierung neuer Raketensysteme in der „DDR" und der CSSR seit langem vorbereitet gewesen sei.

Horchem erhebt schwere Vorwürfe gegen Brandt

„Sozialistische Internationale für prosowjetische Politik"

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

„Die Sozialistische Internationale" (SI) ist zu einem potentiellen Bündnispartner der Sowjetunion und zu einer Plattform für pro-sowjetische Politik geworden. Dieses Fazit zog der ehemalige Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Hans Josef Horchem, in einer Bewertung der Entwicklung der SI, speziell nach der Übernahme des Vorsitzes durch Willy Brandt im Jahr 1976. Horchem, Mitglied der SPD, gehört seit Jahren zu den unbequemsten Warnern in seiner Partei. Den Vortrag über „Die Sozialistische Internationale im Magnetfeld Moskaus" hielt er in der Hermann-Ehlers-Akademie in Hamburg.

Mit Brandts Vorsitz, so führte Horchem aus, habe sich die Politik der Sozialistischen Internationale, die 1968 noch die sowjetische Invasion in der Tschechoslowakei als „einen Akt nackter Agression" angeprangert hatte, entscheidend verändert. So sei der Grundsatz, „die Offensive für einen sicheren Frieden" einzuleiten, zu einer Plattform für die Herstellung von Aktionseinheiten mit Kommunisten degeneriert.

Der 56jährige Verfassungsschutz-Experte, der nach dem Ausscheiden aus seinem Hamburger Amt international als Sicherheitsberater gefragt ist, warf der SI nicht nur vor, ihre Unterstützung „nationaler Befreiungsbewegungen" sei genauso kompromißlos wie entsprechende Erklärungen Moskaus. Er beschuldigte die Organisation auch, Antiamerikanismus sei ihr ideologischer Impuls geworden, die Verwischung oder Leugnung der Wertvorstellungen, die Amerika mit Westeuropa verbinden, gehöre zum Programm.

Zu der Haltung der SI gegenüber der *„DDR" stellte Horchem fest:* „Der von Moskaus Statthaltern zwischen Oder und Elbe etablierte totalitäre Polizeistaat mit seinen fünf- bis sechstausend politischen Gefangenen scheint im Visier der auf Humanität mit Menschenrechten verpflichteten SI zu einer Grauzone, wenn nicht zu einem weißen Fleck geworden zu sein." Horchem griff Brandt auch wegen seiner „zwiespältigen, wenn nicht ablehnenden" Haltung gegenüber der Bürgerrechtsbewegung in der Sowjetunion an.

Inzwischen habe sich – so Horchem – innerhalb der Sozialistischen Internationale eine Linie gegen die derzeitige Führung der Organisation entwickelt, deren Kurs als prosowjetisch empfunden werde. Brandt und der schwedische Regierungschef Olof Palme müßten sich verstärkt mit Gegenargumenten von Mario Soares (Portugal), Bettino Craxi (Italien) und François Mitterrand (Frankreich) auseinandersetzen. Dennoch verhält sich nach Horchems Erkenntnissen die Mehrheit der SI-Mitgliedsparteien heute so, „als ob es ein Verbrechen sei, sich zu weigern, für Westeuropa eine endgültige militärische Überlegenheit der Sowjetunion anzuerkennen".

Umweltoffensive Biedenkopfs auf Parteitag

AP, Düsseldorf

Der CDU-Landesverband Westfalen-Lippe will seine umweltpolitischen Vorstellungen unter dem Titel „Ökologie in der sozialen Marktwirtschaft" im Mai dem Bundesparteitag der Christlichen Demokraten in Stuttgart als Leitantrag präsentieren. Der CDU-Landesvorsitzende Kurt *Biedenkopf* erklärte vor *Journalisten* in Düsseldorf, der Antrag gehe vor allem von der Voraussetzung aus, daß wirkungsvoller Umweltschutz nur unter marktwirtschaftlichen Gesetzen betrieben werden könne. Seine Vorstellungen einer „ökologischen Marktwirtschaft" versuchten einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Erfordernissen der Arbeitsplatzsicherung und denen des Umweltschutzes zu finden, sagte Biedenkopf.

Im Mittelpunkt der Überlegungen steht die Absicht, die Unternehmer auf marktwirtschaftlichem Wege zu mehr Umweltschutz zu bewegen. Die Schonung der Umwelt soll dabei etwa durch Steuererleichterungen belohnt, Umweltverschmutzung aber so mit Abgaben belastet werden, daß die Unternehmer angeregt werden, durch neuere und modernere Technologien die Belastungen einzuschränken. Eigene Anstrengungen der Unternehmen in umweltpolitischer Hinsicht würden ebenfalls belohnt werden. Neu bei den Vorstellungen sei die Idee von Umweltzertifikaten, die ein Unternehmer dann kaufen soll, wenn er die von der Politik vorgegebenen Grenzwerte oder -mengen nicht erreicht, hieß es.

Friderichs bestreitet jede Schuld in Flick-Affäre

Untersuchungsausschuß nimmt Arbeit auf

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der frühere Bundeswirtschaftsminister und heutige Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Hans Friderichs (FDP), dem die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit der Flick-Affäre Bestechlichkeit vorwirft, hat gestern erneut seine Unschuld beteuert. Als erster Zeuge sagte Friderichs gestern vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Bonn: „Ich habe weder vor noch während meiner Amtszeit als Bundesminister für Wirtschaft vom Flick-Konzern finanzielle Vorteile gefordert, mir versprechen lassen oder gar angenommen." Die gegen ihn erhobenen „falschen Vorverurteilungen" bezeichnete er als „unerträglich".

Friderichs wies darauf hin, daß wegen der „Parallelität" von Justizverfahren und der Ausschußarbeit seine Verteidigung im strafrechtlichen Verfahren möglicherweise in Mitleidenschaft gezogen werden könne. Die Problematik dieser Lage „in ihrer ganzen Schärfe" sei entscheidend Ergebnis „der ungeheuerlichen – quantitativ wie qualitativ ungeheuerlichen Art, in der vor allem zwei Hamburger Magazine die Angelegenheit publizistisch behandelt" hätten.

Von seinem Recht auf Aussageverweigerung wollte Friderichs keinen Gebrauch machen: „Denn es gibt keine Schuld, weil es ein fehlerhaftes oder gar strafbares Verhalten meinerseits ‚im Flickkomplex' nicht gibt." Allerdings wolle er sich bei der Vernehmung im Ausschuß nicht einer „unbefugten Offenbarung dem Steuergeheimnis unterliegender Tatsachen" schuldig machen.

In der bis zum Abend dauernden Vernehmung betonte Friderichs zur Behandlung von Flick-Anträgen auf steuerneutrale Übertragung von Veräußerungsgewinnen nach Paragraph 6 b des Einkommensteuergesetzes während seiner Amtszeit, alle seien auf Fachebene eingehend geprüft worden. In seinem und den anderen beteiligten Ministerien und Dienststellen habe es seines Wissens kein abweichendes Votum gegeben. Deswegen seien alle Anträge auf Fachebene entschieden worden. Die Bescheinigungen seien ihm auf dem beim Staatssekretär endenden Dienstweg nicht zur Kenntnis gebracht worden.

Weiter sagte Friderichs, er sei über die Absicht des Flick-Konzerns, ein Daimler-Benz-Aktienpaket an die Deutsche Bank zu verkaufen, das dann in der Wirtschaft plaziert werden sollte, erstmals von dem damaligen Bundesfinanzminister Hans Apel (SPD) informiert worden. Im Zusammenhang mit der Liste des früheren Flick-Chefbuchhalters Diehl, in der hinter der Bezeichnung „wg. Friderichs" insgesamt rund 600 000 DM aufgeführt werden, sagte der frühere Minister, er wisse nichts von solchen Zahlungen – auch nicht an die FDP: „Ich habe nichts bekommen."

Familienpolitik: Späth mahnt zur Eile

rtr, Stuttgart

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat die Bundesregierung aufgefordert, bis zur Sommerpause ein Konzept für einen besseren Familienlastenausgleich als Teil der geplanten Reform der Einkommensteuer vorzulegen. Falls dies nicht geschehe, werde das Land einen eigenen Gesetzentwurf im Bundesrat einbringen, der die deutliche Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge fordern werde, sagte Späth. Baden-Württemberg werde bei dem Versuch, die familienpolitische Komponente der Steuertarifreform über den 1. Januar 1986 hinaus zu verzögern, nicht mitmachen.

Daß die geltenden Regelungen vor allem die Familien mit mehreren Kindern benachteiligten, sei ein unbefriedigender Zustand für eine Partei wie die CDU, die der Familienpolitik in den nächsten Jahren den eindeutigen Vorrang im innenpolitischen Bereich geben müsse. Ein Familienlastenausgleich, der diesen Namen auch verdiene, müsse, so Späth, aus einer Kombination von höheren Kindergeldbeträgen für die unteren Einkommenschichten sowie steuerlichen Freibeträgen für die mittleren und oberen Einkommen bestehen.

Lissabon: Berufung im Mordprozeß Sartawi

dpa, Lissabon

Die Anklage im portugiesischen Prozeß um den Mord an dem Palästinenser-Delegierten Issam Sartawi hat Berufung gegen das Urteil für den Angeklagten Mohammed Hussein Raschid eingelegt. Ein Gericht in Albufeira hatte den 23jährigen palästinensischen Studenten vor einer Woche von der Mordanklage mangels Beweisen freigesprochen und nur wegen Besitzes gefälschter Papiere zu drei Jahren Haft verurteilt. Es sah nicht als bewiesen an, daß der zur Terroristengruppe Abu Nidal gehörende Raschid den Mord auf der Tagung der Sozialistischen Internationale in Albufeira im April 1983 selbst verübt habe.

Raschid hatte die Tat zunächst gestanden, dann aber vor Gericht widerrufen und erklärt, seine Aufgabe sei es nur gewesen, die Flucht der eigentlichen Täter zu decken.

Unter Synodalen geht das Wort „Spaltung" um

idea, Düsseldorf

Es war nicht anders zu erwarten: Kaum hatten die 280 gewählten und berufenen Mitglieder der Rheinischen Synode im rheinland-pfälzischen Bad Neuenahr am 13. Januar ihre Koffer gepackt, da setzte die Kritik ein. Schuld daran ist selbstverständlich die Politik, die vor allem die rheinischen Protestanten immer wieder in Harnisch bringt. Diesmal geht es um von Düsseldorf, dem Sitz der Leitung dieser zweitgrößten protestantischen Landeskirche, weit entfernte Städte, nämlich Genf und Windhuk.

Sorge um volkskirchlichen Charakter des Rheinlandes

Eine „Spaltung der Gemeinden" fürchtet die konservativ orientierte „Evangelische Sammlung" im Rheinland und spricht von einer „verhängnisvollen Entwicklung" für die gesamte Kirche (WELT v. 18. 1.). Mahnend fügt sie aber an: „Nicht austreten." Aber auch der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Albrecht Martin (CDU) äußert offen Kritik, er sorgt sich um den volkskirchlichen Charakter des Rheinlands, das er selbst als Synodaler vertritt.

In Bad Neuenahr hatte man vom 8. bis 13. Januar lange miteinander gerungen: Soll der Sonderfonds zum „Antirassismus-Programm" des Weltkirchenrates in Genf fortan doch Kirchensteuermittel erhalten? Bislang war dieses Ansinnen stets zurückgewiesen worden, weil aus diesem Fonds auch gewaltanwendende „Befreiungsbewegungen" wie die namibische Swapo und der südafrikanische ANC Geld für humanitäre Zwecke erhalten. Den namibischen Kirchenrat in Windhuk lehnte man ab: Entweder das Geld wird mit namibischer Zweckbindung dem Sonderfonds überwiesen, oder es kann in Düsseldorf bleiben.

Seit vielen Jahren gibt es einige rheinische Kirchenkreise, die unermüdlich fordern, Geld an den umstrittenen Sonderfonds zu überweisen. Einen Teilerfolg hatten sie bereits im vergangenen Jahr errungen: Die Gemeinden dürfen Kollekten und Spenden für diesen Zweck sammeln. Nun fühlten sie sich am Ziel – das sie dann doch nicht erreichten: Die 300 000 DM werden vorerst nicht dem Sonderfonds überwiesen, aber auch nicht – wie die Kirchenleitung es vorgeschlagen hatte – an den kirchlichen Entwicklungsdienst. Vielmehr bleiben sie ein weiteres Jahr auf dem Sperrkonto liegen, damit neue Gespräche zwischen Namibia und Düsseldorf geführt werden können.

Die Kirchengemeinden dürfen jedoch probeweise zunächst für ein Jahr auch Kirchensteuermittel an den Sonderfonds zahlen. Doch hier gibt es Einschränkungen, so daß nicht sehr viel Geld nach Genf fließen dürfte: Will eine Gemeinde beispielsweise aus eigenen Kirchensteuern dem Sonderfonds 10 000 DM bewilligen, so muß dieser Beschluß im Presbyterium (Kirchenvorstand) nicht nur möglichst einstimmig gefaßt werden, sondern es muß die gleiche Summe an Spenden vorliegen. Außerdem ist eine Gemeindeversammlung einzuberufen, die intensiv über das Thema Sonderfonds informiert werden muß.

Die Fronten verliefen quer durch die Landessynode, aber man rang sich zu diesem Kompromiß durch, der, wie sich jetzt schon zeigt, zu heftigen Auseinandersetzungen in der Kirche führt. Der Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, Gerhard Brandt, appellierte in weiser Voraussicht vor der Synode an alle Pfarrer, sich ihrer besonderen Verantwortung gegenüber jedem einzelnen Kirchenmitglied bewußt zu sein und dafür zu sorgen, daß sich niemand wirklich beschwert fühle.

Die Themen Sonderfonds und Namibia erforderten soviel Kraft von der Synode, daß sie diesmal keine Zeit hatte, in aller Ausführlichkeit wieder das Thema Frieden zu diskutieren. Zahlreiche Anträge aus Kreissynoden lagen vor, die ein „Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungswaffen" forderten. Dieses Nein blieb aus, da die Kirchenleitung größten Wert darauf legt, daß auch Soldaten als gleichberechtigte Gemeindemitglieder nicht zu Christen zweiter Klasse herabgestuft werden.

Der Streit um den Frieden geht weiter

Man dankte den Gemeinden, daß sie sich in den zurückliegenden Monaten so intensiv an den Diskussionen um die Sicherung des Friedens beteiligt haben. In einer Erklärung wird gefordert, daß diese Bemühungen nicht nachlassen dürfen, schließlich sei die Frage nach dem Frieden eine Anfrage an den Glauben. Aber auch das steht fest: Der im Rheinland besonders kontrovers geführte Streit um den Frieden wird weitergehen.

Grüne konzentrieren sich auf das Ökologie-Thema

Fraktion legt in Klausur das Arbeitsprogramm fest

hey. Bonn

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat sich auf einer Klausursitzung auf ihr Arbeitsprogramm für dieses Jahr verständigt. Es umfaßt fünf Schwerpunkte. Die 28 Abgeordneten planen sowohl eine Serie von Gesetzesinitiativen als auch Anhörungen, mit denen sie ihre alternative Politik verdeutlichen wollen. Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, daß nach ihrem gescheiterten Kampf gegen die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses künftig wieder das Thema Ökologie eindeutig in den Vordergrund gerückt werden soll.

Vor Journalisten in Bonn mußte Fraktionssprecherin Petra Kelly gestern einräumen, es sei „schwieriger geworden seit dem 21. November", dem Tag der Bundestagsabstimmung über die Nachrüstung. Es werde „schwer", der Friedensbewegung „wieder Mut zu machen".

Die Naturzerstörung und das Waldsterben wollen die Grünen „koste es was es wolle", so Petra Kellys Sprecherkollegin Marieluise Beck-Oberdorf unter dem Motto „Erst stirbt der Wald – dann der Mensch" beenden. Dazu fordern sie eine Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes mit dem Ziel, daß wirtschaftliche und ökologische Kritierien künftig gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Festgehalten wird am Ausstieg aus der Kernenergie und einem Zukunftsinvestitionsprogramm zur Umrüstung der Kohlekraftwerke auf Wirbelschichtfeuerung. Außerdem wird erneut eine Tempobegrenzung von 80 km/h auf Landstraßen und 100 km/h auf Autobahnen verlangt.

Im Sozialbereich will die Fraktion die Forderung nach der 35-Stunden-Woche „voll unterstützen" und auf einem Arbeitszeitforum im März über ein gesetzliches Aussperrungsverbot beraten. Außerdem planen sie für Februar ein „Betriebsbesetzerforum" mit ehemaligen Mitarbeitern von in Konkurs gegangenen Betrieben. Damit solle im außerparlamentarischen Raum Kontakt „zur Bewegung" aufgenommen werden. Weiter wollen sie sich für gesetzliche Mindesteinkommen, eine Vereinheitlichung der Alterssicherungssysteme und eine Pflegefallversicherung einsetzen.

Innen- und rechtspolitisch wollen sie sich laut Otto Schily weiter gegen eine Volkszählung und den computerlesbaren Ausweis wenden.

Ausnahmezustand in Sri Lanka verlängert

rtr, Colombo

Der seit acht Monaten geltende Ausnahmezustand in Sri Lanka ist von Präsident Junius Jayewardene um einen Monat verlängert worden. Militär und Polizei waren mit Sonderbefugnissen ausgestattet worden, nachdem im vergangenen Sommer besonders der nördliche Landesteil von Ausschreitungen erschüttert worden war, bei denen rund 400 Menschen starben. Untergrundkämpfer der im Norden ansässigen Tamilen fordern einen Separat-Staat für ihre Volk. Derzeit tagt in Colombo eine von Jayewardene einberufene Konferenz der politischen Parteien sowie ethnischen und religiösen Gruppen, um Wege der Aussöhnung zwischen den Tamilen und der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit zu finden.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Hohe Strafen für drei Esten, weil sie gegen Moskau protestierten

Einsatz für Bürgerrechte gilt als „antisowjetisch" / Andere Dissidenten verwarnt

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In Reval (Tallin), der Hauptstadt der Sowjetrepublik Estland, sind drei estnische Dissidenten wegen antisowjetischer Agitation und Propaganda zu mehrjährigen Lagerstrafen sowie Verbannung verurteilt worden. Das Schicksal der drei Esten – Lagle Parek, Heiki Ahonen und Arvo Pesti – ist in mancher Hinsicht symptomatisch für die Lage in Estland und im Baltikum.

Eine wesentliche Rolle bei der Verurteilung spielte auch ein offener Brief, den 13 Esten, 15 Letten und zehn Litauer am 19. Oktober 1981 an die Regierungen der Sowjetunion, Islands, Norwegens, Dänemarks, Finnlands und Schwedens gerichtet hatten. In diesem Brief wurde gefordert, daß die Ostsee und die drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen in eine atomwaffenfreie Zone Nordeuropas einbezogen werden müßten.

Nach Sibirien verschleppt

Lagle Parek wurde als Tochter eines Offiziers der Armee des unabhängigen Estland 1941 geboren. Ihr Vater wurde im gleichen Jahr von den Sowjets – gemeinsam mit vielen anderen estnischen Offizieren – verhaftet und erschossen. Im Alter von acht Jahren wurde sie 1949 mit Mutter und Großmutter nach Sibirien verschleppt. Erst 1955 durfte sie nach Estland zurückkehren, wo ihre Mutter inzwischen wegen des „Versteckens verbotener Bücher" eine mehrjährige Gefängnisstrafe absitzen mußte. Lagle Parek absolvierte ein Architekturstudium und arbeitete im Institut für Kulturdenkmäler der estnischen Sowjetrepublik.

1979 unterzeichnete sie einen Appell zugunsten der Bürgerrechtler Gleb Jakunin, Tatjana Welikanowa und Antanas Terleckas, die von den Sowjets verhaftet worden waren. Ein Jahr später unterschrieb sie mit 14 anderen Esten eine Erklärung für Andrej Sacharow. Es folgte ein von ihr mitunterzeichneter Protest für den estnischen Bürgerrechtler Mart Niklus. Am 11. September 1980 gehörte sie zu den zehn Esten und zehn Litauern, die in einem Brief Lech Walesa gratulierten, weil er „die Grundlagen für demokratische Reformen gelegt" habe, die „im gesamten sozialistischen Lager so dringend benötigt werden".

Im März 1981 wurde Frau Parek vom KGB verhört, ließ sich aber nicht einschüchtern. Wenige Wochen später reiste sie nach Wologda in Nordrußland, um dort an der Beerdigung des estnischen Bürgerrechtsaktivisten Jüri Kukk teilzunehmen, der in einem sowjetischen Arbeitslager umgekommen war. Wieder war sie unter den Unterzeichnern einer Protestresolution: diesmal an die Adresse des Obersten Sowjets der UdSSR. In der Resolution wurde eine Untersuchung der skandalösen Behandlung Jüri Kukks gefordert, die schließlich zu seinem Tode geführt hatte.

Frau Parek setzte sich in der Folge für den vom KGB verfolgten estnischen Dissidenten Niklus ein und richtete einen offenen Brief an die Bürger der Republik Finnland, in dem sie darauf hinwies, daß der von der Sowjetmacht geplante Bau eines großen Seehafens bei Reval zu einer Russifizierung der estnischen Hauptstadt und einem Zurückdrängen des estnischen Bevölkerungsanteils führen müsse. Am 5. März 1983 wurde sie verhaftet.

Heiki Ahonen, Jahrgang 1956, ist von Beruf Vermessungsingenieur, mußte aber – wahrscheinlich wegen politischer Unzuverlässigkeit – als Kaminkehrer bei der Revaler Feuerwehr sein Brot verdienen. Als 1981 eine „demokratische Volksfront der Sowjetunion" in Flugblättern die estnische Bevölkerung zu einem halbstündigen Proteststreik aufrief, wurde er erstmals festgenommen, in einem Krankenhaus interniert, wo er eine geheimnisvolle Injektion erhalten haben soll, die anschließend zu einer Gehirnhautentzündung (Meningitis) führte. Nach einer Durchsuchung seiner Wohnung wurde er am 13. April 1983 erneut verhaftet.

Urteil: Innere Verbannung

Arvo Pesti, ebenfalls 1956 geboren, wurde 1979 von der Universität Tartu (Dorpat) im Zusammenhang mit der Publikation der estnischen Untergrundzeitschrift „Poolpäevaleht" relegiert. Von der Zeitschrift erschienen 1978 sechs Ausgaben. Er mußte sich als Arbeiter über Wasser halten. Auch er hat verschiedene Protestresolutionen und Briefe unterzeichnet. Wie Ahonen wurde er am 13. April 1983 verhaftet.

Frau Parek erhielt sechs Jahre, die beiden Männer je fünf Jahre Arbeitslager. Alle Verurteilten wurden außerdem auf die Dauer von drei beziehungsweise je zwei Jahren anschließend an die Haft zu innerer Verbannung – das heißt Deportation – verurteilt. Das Gericht verwarnte gleichzeitig die anderen Dissidenten, die die gleichen Protestresolutionen unterschrieben hatten.

Schnüffelaffäre: Minister verklagt Boulins Familie

vKJ/AFP, Paris

Der französische Justizminister Robert Badinter hat die Familie des ehemaligen Finanz- und Arbeitsministers unter Präsident Giscard d'Estaing, Robert Boulin, wegen „öffentlicher Verleumdung" eines Justizbeamten verklagt. Die Familie hatte vier Jahre nach Boulins Tod den Staatsanwalt von Versailles, Robert Barbat, beschuldigt, seine „Amtspflicht verletzt und eine große Rolle dabei gespielt zu haben, den Mord zu vertuschen und die Mörder dem Zugriff der Justiz zu entziehen.".

Nach Ansicht der Familie soll Boulin von politischen Gegnern aus dem Wege geräumt worden sein, weil er zu viel über die Affäre der „Ölschnüffel-Flugzeuge" gewußt habe. Unmittelbar nach dem Tod des Ministers war aber durch Autopsie eindeutig Selbstmord festgestellt worden. Als Begründung gilt, daß der Minister unschuldig in die für den Staat sehr kostspielige Affäre verwickelt worden war, was er innerlich nicht verkraften konnte.

„Konfrontation mit Bastian vermeiden"

dpa, Münster

Das Bundesverteidigungsministerium hat abermals die Teilnahme von Bundeswehrangehörigen an einer Podiumsdiskussion zu Fragen der deutschen Sicherheitspolitik abgelehnt. Die Absage des Ministeriums an die katholische Studentenverbindung „Saxonia" in Münster wurde mit der Einladung des früheren Generals Gert Bastian begründet, der zu den Grünen gehört. Nach Angaben der Saxonia erklärte die Bundeswehr, daß keinem Soldaten „eine direkte Konfrontation mit MdB Bastian zuzumuten ist". Vor einigen Wochen bereits war Offizieren der Bundeswehr die Teilnahme an einer Diskussion in der evangelischen Akademie Loccum untersagt worden, weil der „Friedensforscher" Alfred Mechtersheimer dort auftrat.

Heath startet einen Feldzug gegen die Wirtschaftspolitik Thatchers

Heftiger Widerstand der Konservativen gegen Begrenzung der Gemeindesteuer

FRITZ WIRTH, London

Über dem Unterhaus lag für sieben Stunden Pulvergeruch. Was die Szene so brisant machte: es war Pulvergeruch von Geschossen, die aus den eigenen Reihen der Regierung kamen. Frau Thatcher erlebte einige der schwierigsten und peinlichsten parlamentarischen Stunden im Unterhaus, seit sie vor einem halben Jahr so glanzvoll die Wahlen gewann.

Es war der bisher größte versammelte Aufstand ihrer parteiinternen Kritiker gegen ihre Politik. Zur Debatte stand ein Gesetz, das die Macht der Kommunen einschränkt, in theoretisch unbegrenzter Höhe Gemeindesteuern zu erheben.

Margaret Thatcher selbst ist seit über zehn Jahren eine entschiedene Gegnerin dieses Steuersystems und führt bereits seit Jahren eine Kampagne für eine grundlegende Reform. Sie sorgte auch dafür, daß diese Reform zum wesentlichen Bestandteil der beiden letzten Wahlprogramme ihrer Partei in den Jahren 1979 und 1983 wurde. Was also gestern im Parlament zur Debatte stand, konnte weder für die Opposition noch für ihre Kritiker in den eigenen Reihen überraschend sein.

Dennoch hat die Schärfe und Entschlossenheit des Widerstands von den eigenen konservativen Hinterbänken überrascht. Angeführt wurde diese Revolte vom ehemaligen Premierminister Edward Heath, der sich zum ersten Mal in seiner politischen Karriere über die von der Fraktionsführung erbetene Abstimmungsdisziplin hinwegsetzte und gegen die eigene Regierung stimmte. Er wurde dabei unterstützt von zwölf weiteren konservativen Abgeordneten, unter ihnen mit Sir Ian Gilmour, Maurice Macmillan, Reg Prentice und Geoffrey Rippon vier ehemalige Kabinettsminister der Tories.

Weitere 20 konservative Abgeordnete enthielten sich der Stimme, unter ihnen der vor einem halben Jahr von Frau Thatcher entlassene frühere Außenminister Francis Pym. Besonders für Männer wie Pym und Heath, die als ehemalige „Chief Whips" für strikte Abstimmungsdisziplin der konservativen Fraktion verantwortlich waren, ist dieser öffentliche und demonstrative Dissens zum offiziellen Regierungskurs ein bemerkenswertes Ereignis.

Edward Heath begründete seine Opposition vor allem mit verfassungsrechtlichen Bedenken. Die Reduzierung der Steuerhoheit der Kommunen, so warnte er, sei ein schwerer Schlag gegen das demokratische System in Großbritannien. Es gebe der Regierung in London Machtbefugnisse, wie sie sie nicht einmal während der letzten beiden Weltkriege für sich beansprucht habe und förderer weiterhin die zentralistische Struktur der britischen Politik, was jahrzehntealten Prinzipien der konservativen Partei zuwiderlaufe.

Frau Thatcher dagegen sieht dieses neue Gesetz als einen wesentlichen Bestandteil ihrer rigorosen Anti-Inflationspolitik. Während die Regierung in London in den letzten Jahren mit zuweilen höchst unpopulären Maßnahmen die öffentlichen Ausgaben reduzierte, haben besonders einige von der Labour Party geführte Kommunen ihre Ausgaben und damit die Steuerbelastung der Gemeindesteuer-Zahler erheblich erhöht.

Nach Berechnungen der Regierung sind die Gemeindesteuern in Großbritannien seit 1979 durchschnittlich um 91 Prozent angehoben worden, während im gleichen Zeitraum die Inflationsrate in Großbritannien nur um 55 Prozent stieg. Allein in diesem Jahr werden die Gemeinden ihre ursprünglich geplanten Ausgaben um *rund 2,5 Milliarden Pfund (etwa 10 Milliarden D-Mark)* überschreiten.

Trotz der von Heath angeführten Rebellion war das Gesetz in zweiter Lesung am Dienstag niemals ernsthaft in Gefahr. Es wurde vom Unterhaus mit einer Mehrheit von 99 Stimmen gebilligt. Probleme und Konfrontationen könnten jedoch noch im Ausschuß-Stadium des Gesetzes entstehen und bei der Passage des Gesetzes durch das Oberhaus. Der für Gemeindefragen zuständige Umweltminister Patrick Jenkin hat für den Fall, daß dieses Gesetz vom Parlament zurückgewiesen werden sollte, seinen Rücktritt angeboten, eine Drohung freilich, die niemals in dieser Debatte ernsthaft in Gefahr geriet, verwirklicht werden zu müssen.

Nur eine Stunde nach seinem umstrittenen Unterhaus-Auftritt startete Edward Heath in einer Rede in der Londoner Guildhall eine weitere Attacke gegen die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung. Großbritannien, so behauptete er, habe in den letzten Jahren die tiefste Rezession in Westeuropa erlebt, und er lastete es dem angeblich „naiven und simplizistischen" monetaristischen Kurs der Regierung Thatcher an.

Die Attacke zeigt, daß seine Unterhausrebellion offenbar kein Einzelereignis war, sondern geplante Methode ist. *Nach fast einjährigem Schweigen* zur Politik Frau Thatchers hat ihr alter Rivale und offenbar unversöhnlicher Kritiker wieder das Signal zum offenen Schlagabtausch gegeben.

Balkan uneinig über atomfreie Zone

Für Ankara kommt Abbau von US-Nuklearwaffen kaum in Frage / Erfolglose Konferenz

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

Zwei Tage früher als ursprünglich von den griechischen Organisatoren geplant und ohne konkrete Ergebnisse ist die Konferenz von fünf Balkan-Ländern gestern in Athen zu Ende gegangen. Über den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan, wurde nur am Rande gesprochen. Vereinbart wurde lediglich, daß die nächste Tagung der fünf Teilnehmer (Griechenland, Türkei, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien), ebenfalls auf Botschafterebene, in der ersten Februarhälfte in Athen stattfinden soll. Albanien hatte von Anfang an seine Teilnahme an der Konferenz abgelehnt.

Daß über eine atomwaffenfreie Zone nur als eines von vielen Gesprächsthemen gesprochen wurde, ist weitgehend auf die Haltung Ankaras zurückzuführen. Nur drei Tage vor Beginn der Beratungen hatte das türkische Außenministerium eine Verschiebung des Termins für den 30. Januar mit der Begründung beantragt, man habe sich nicht genügend vorbereitet. Athen konnte diesem Wunsch nicht nachkommen. Papandreou zeigte sich jedoch flexibel: Er signalisierte den Türken, mit denen er seit Monaten jeden direkten Dialog ablehnt, seine Bereitschaft, auch über regionale Zusammenarbeit sprechen zu wollen. Ankara entsandte einen Beobachter. Neben Griechenland ist die Türkei das einzige Land auf dem Balkan, auf dessen Boden Atomwaffen stationiert sind.

Hinter der Haltung Ankaras vermuten westliche Diplomaten in Athen, daß die Türkei keineswegs bereit ist, einer Entfernung der auf ihrem Boden stationierten US-Atomwaffen zuzustimmen. Doch nicht nur Ankaras Einstellung läßt es fraglich erscheinen, ob Papandreous Wunsch von einer atomwaffenfreien Zone realisierbar ist.

Auch die Jugoslawen zeigten sich zurückhaltend. Es paßte ihnen nicht, daß der ursprüngliche Vorschlag aus Sofia kam; dahinter vermuten sie ein sowjetisches Komplott. Belgrad unterbreitete einen Gegenvorschlag, wonach auch die jenseits der rumänischen Grenze auf sowjetischem Boden stationierten Raketen entfernt werden sollten.

Auch Bulgariens Staatschef Schiwkoff scheint inzwischen seinen einstigen Plan nur halbherzig vorantreiben zu wollen. Diplomaten in Sofia wollen wissen, daß es vor allem angesichts der Stationierung der amerikanischen Raketen in Westeuropa zwischen Bulgarien und der Sowjetunion zu Spannungen gekommen ist.

Die Rumänen legten ihre Auffassungen auf der Konferenz ohne Umschweife dar: Es gehe hier nicht nur um die Entfernung der amerikanischen Pershing-Raketen und der Cruise-Missiles, sondern auch um die Beseitigung der sowjetischen SS 20.

Ursprünglich wollte Papandreou „möglichst bald" ein Gipfeltreffen aller führenden Balkan-Politiker abhalten. Dies scheint jetzt unwahrscheinlich. Die Idee einer engen Kooperation aller Balkan-Länder geht schon auf die fünfziger Jahre zurück. Aber die Zugehörigkeit der einzelnen Teilnehmer zu unterschiedlichen Blöcken macht es unmöglich, eine gemeinsame Strategie auszuarbeiten. Im Westen hat man zudem erkannt, daß eine nuklearwaffenfreie Zone auf dem Balkan nur zu Lasten der NATO und der westlichen Sicherheit möglich wäre. (SAD)

Steinkühler will mehr Kampfkraft"

AP, Gummersbach

„*Die Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft in allen Regionen*" ist nach Ansicht des Zweiten Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall, Franz Steinkühler, vordringliches Ziel beim Kampf um die 35-Stunden-Woche. Vor Funktionären seiner Organisation sagte Steinkühler in Gummersbach, seiner Auffassung nach hätten die Arbeitgeber ein politisches Interesse an der Schwächung der Gewerkschaften durch anhaltende Massenarbeitslosigkeit: „Deswegen müssen wir auf die Schlagkraft der gewerkschaftlichen Aktionen setzen."

Ein Sprecher des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall bezeichnete die „Unterstellung" Steinkühlers als „doppelte Infamie". Das Arbeitgeberangebot einer Vorruhestandsregelung, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Teilzeitarbeit und einer angemessenen Lohnerhöhung beweise das Gegenteil.

Mitterrand riskiert großen Streit

Die Sozialisten dringen auf eine Entscheidung gegen die privaten Schulen und Internate

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Regierung des Premierministers Mauroy verfolgt eisern ihren Plan, die Privatschulen durch stufenweise Überführung in den öffentlichen Sektor von der Bildfläche verschwinden zu lassen. *Damit aber riskiert sie nach den Unruhen in der Wirtschaft den wahrscheinlich größten Konflikt ihrer nunmehr fast dreijährigen Existenz.*

Denn die Privatschulen, hinter denen die katholische Kirche steht, sind in Frankreich immer noch ein furchtgebietender Gegner für ein Regime, das die soziale Nivellierung der Nation anstrebt. Sie verfügen über rund 10 000 Kindergärten, Schulen, Kollegien und Internate, beschäftigen 75 000 Lehrer, zählen zwei Millionen Schüler auf ihren Bänken und werden von 850 000 Elternpaaren mit Zähnen und Klauen gegen jeden ideologisch motivierten Eingriff in ihre Rechte verteidigt.

Jeder sechste französische ABC-Schütze wird auf einer privaten Schule eingeschult. Wie selbstverständlich, ja beliebt bei den Franzosen aller Weltanschauungen das Prinzip einer privaten Erziehungsanstalt neben der öffentlich-staatlichen ist, zeigt eine Umfrage: 70 Prozent (von denen sich 38 als „Linkswähler" bezeichnen) sind für die Beibehaltung eines doppelten Schulsystems in Frankreich. Das ist eine Phalanx, auf die sich der Widerstand der Verteidiger des privaten Sektors noch lange wird abstützen können.

Trotzdem will der sozialistische Erziehungsminister Alain Savary die Dinge forcieren. Über ein Jahr lang hat der letzte Generalsekretär der verflossenen SFIO (gemäßigte Vorgängerin der heutigen Sozialistischen Partei) die Dinge treiben lassen. Er ließ die beiden streitenden Parteien, das „Nationalkomitee für eine laizistische Aktion" (CNAL) und den katholischen Elternverband Unapel, miteinander verhandeln. Er hörte alle Parteien, auch die katholischen und die atheistisch-sozialistischen Lehrerverbände und Gewerkschaften in Geduld an, machte dem Ministerrat am 20. Dezember neue Vorschläge zu einer Beilegung aller Streitereien und stellte schließlich, wohl unter dem Druck der immer ungeduldiger werdenden Linken in der Partei, am 13. Januar ein Ultimatum: Innerhalb von sechs Wochen müssen sich alle über ein Programm von vier Punkten einig werden. Wenn eine Einigung zustande kommt, geht das Projekt als endgültige Fassung im Februar vor die Nationalversammlung, die es mit großer Sicherheit annehmen wird.

Die vier Punkte entsprechen nahezu unverändert dem ersten Entwurf des Ministers vom Dezember 1982. Unterwerfung der bisher unter staatlichem Kontrakt stehenden Privatschulen unter ein einheitliches Erziehungssystem „öffentlichen Interesses und Rechts", Übernahme der privaten Lehrkräfte in den Staatsdienst, Neuzuteilung der staatlichen und lokalen Kredite für die Schulen, die sich dem System nicht unterwerfen wollen (und damit ihre Abwürgung), Einheitszwang der Eltern privater oder öffentlicher Schulen, ihre Kinder nur noch in der Nähe des Wohnortes einzuschulen, was das Ende der Internate bedeutet.

Das Ultimatum ist, vor allem was die beiden ersten Punkte betrifft, von Eltern und Lehrern zurückgewiesen worden. Beide wollen jetzt massiv für ihre Rechte auf die Straße gehen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Standortfrage noch offen

„Haselmann. Die Entscheidung über Dragahn fällt nicht vor 1985"; WELT vom 30. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Bericht über die geplante Wiederaufbereitungsanlage – Standortalternativen Wackersdorf und Dragahn – heißt es zum Stand der Probebohrungen, daß in Wackersdorf „genehmigungstechnische Verzögerungen" die Arbeiten zeitlich in Verzug geraten ließen. Davon kann keine Rede sein. Vielmehr sind an beiden Standorten die für die Beurteilung des Baugrundes notwendigen Bohrprogramme vollständig durchgeführt und mit positivem Ergebnis abgeschlossen worden.

Lediglich die hydrogeologischen Bohrungen sind in Wackersdorf noch nicht beendet, für Dragahn noch nicht ausgewertet. Grund für den späteren Beginn der hydrogeologischen Bohrarbeiten in Bayern war, daß die DWK eine Arbeitsgemeinschaft zur Durchführung des Bohrprogramms gebildet hat. Erst nachdem die langwierigen Vertragsverhandlungen dazu beendet waren, konnten die notwendigen Anträge für die wasserrechtlichen Verfahren gestellt werden.

Außerdem ist das Bohrprogramm für Wackersdorf wegen der großen Bedeutung, die die Behörden den Grundwasserverhältnissen am Standort Wackersdorf beimessen, umfangreicher als in Dragahn. Für die Standortentscheidung und die Erteilung einer Teilerrichtungsgenehmigung ist das hydrogeologische Bohrprogramm nicht terminrelevant, da es rechtzeitig (Mai 1984) vor dem von der DWK für die Standortentscheidung in Aussicht genommenen Termin abgeschlossen sein wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Günter Grasz, Pressereferent des bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen

Fall Kießling

„Bei SHAPE gab es seit langem einen Fall General Kießling"; WELT vom 11. Januar

Dem überraschten Leser wurde mitgeteilt, der gefeuerte Offizier sei *ein unfähiger General gewesen, der seine übermäßige Freizeit mit Grünkohlessen und ähnlichen Albernheiten ausfüllte, anstatt seinen Dienst zu tun.* In das hohe Amt wurde er durch die Sozialdemokraten, nicht durch seine Leistung hochkatapultiert. Nun wissen wir's.

Tatsächlich stand Kießling der CDU nahe, was sein damaliger SPD-Minister auch wußte. Das aber hinderte Hans Apel nicht daran, die Leistung dieses Mannes zu honorieren. Weder einer seiner Vorgänger noch Minister Apel hatten zum Chef Rogers ein ausgeglichenes Verhältnis. Es gelang auch Dr. Kießling nicht. Gleichwohl hat er es vermieden, Rogers oder seinem Minister bis heute irgendwelche Vorwürfe zu machen. Und *geredet hat er erst, nachdem* undichte Stellen des Ministeriums Verdächtigungen in die Öffentlichkeit lanciert hatten.

General a. D. Dr. Kießling, ACP-Kuratoriumsmitglied, *war ein hervorragender Offizier, er ist eine bedeutende Persönlichkeit; er bleibt ein* bekennender Christ von ganz und gar ungewöhnlichen Qualitäten. Auf einen, der am Boden liegt, tritt man nicht, Graf Brockdorff.

Heinz Matthias, Arbeitskreis christlicher Publizisten e. V. (ACP)

*

„Schaden abwenden"; WELT vom 11. Januar

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

die Verpflichtung zur Loyalität hat der Vorgesetzte in gleicher Weise wie der Untergebene.

Wenn diese Loyalität des Ministers gegenüber seinem General verletzt wurde, dann ist das, sehr verehrter Herr Hertz-Eichenrode, keine „Stilfrage". Der Herr Bundesverteidigungsminister könnte sich außerstande gesehen haben, einfache Grundregeln der Menschenführung anzuwenden. Wenn unser Minister derart unter Zwang handeln zu müssen glaubt, hat die Freiheit bereits eine Schlacht verloren. Videant consules!

Mit vorzüglicher Hochachtung
L. von Bach, Essen 16

Kohle für Europa

„EG-Studie: schlechte Aussichten für die Kohle"; WELT vom 5. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Prognosen der EG-Kommission über die Entwicklung des Kohleverbrauchs können nur mit Vorsicht betrachtet werden. Zu oft schon mußten zu viele Prognosen gerade im Bereich der Brennstoffe geändert werden.

Die Gefahr besteht darin, daß anhand solcher Prognosen in der Tagespolitik falsche Entschlüsse gefaßt werden: Es wäre verhängnisvoll, aufgrund solcher Prognosen etwa Zechen zu schließen, zumal eine einmal geschlossene Grube bei gesteigerter Nachfrage nicht wieder in Betrieb genommen werden kann.

Wenn auch die Zahlenangaben schwanken, so ist doch sicher, daß die Welterdölreserven in den nächsten Jahrzehnten gefährlich geringer werden. Kohle dagegen kann noch auf Dauer eine sichere und dazu noch einheimische Energiereserve bilden.

Was ist zu tun?

Erstens: Mit Mitteln der EG könnte die Gemeinschaftskohle gegenüber den Weltmarktpreisen konkurrenzfähiger gemacht werden.

Zweitens: Sollte für einen begrenzten Zeitraum die Kohleproduktion gedrosselt werden, so darf dieser Schritt nicht zu Lasten der EG-Kohle und zugunsten der Drittlandskohle ausfallen.

Drittens: Ein prognostizierter Mehrbedarf an Kohle in Dänemark und Italien sollte vorrangig mit Kohle aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft gedeckt werden. Die EG könnte auch dabei Hilfestellung leisten.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dieter Rogalla, Mitglied des Europäischen Parlaments, SPD

Wort des Tages

»Ohne Gott müßte ich ein Phantast oder ein Bösewicht sein. Ich müßte meine eigene Natur und ihre ewigen moralischen Grundsätze verleugnen; ich müßte aufhören, ein vernünftiger Mensch zu sein.«

Immanuel Kant, dt. Philosoph (1724 – 1804)

Personalien

EHRUNGEN

Der frühere französische Premierminister **Raymond Barre** erhält in diesem Jahr den Ludwig-Erhard-Preis. Die 11köpfige Jury mit **Rüdiger Altmann** an der Spitze entschied sich für den französischen Politiker und Wirtschaftsfachmann, weil er, so die Stiftung, in der Vergangenheit als Anhänger einer sozialen Marktwirtschaft immer wieder mit großem Instinkt versucht hat, neue Bewegungen in eine oft verkrustete französische Wirtschaftslandschaft zu bringen. Weiterer Preisträger wird **Dr. Thomas Löffelholz**, Chefredakteur der „Stuttgarter Zeitung" und früherer Korrespondent in Bonn. Die Verleihung der Preise, die mit je 10 000 DM dotiert sind, findet am 10. Februar in der Bad Godesberger Redoute statt.



Raymond Barre

GEBURTSTAGE

Mitglieder des Deutschen Bundestages ehren heute Prof. Dr. **Hermann Görgen**, den langjährigen Präsidenten der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft in Bonn, der am 23. Dezember seinen 75. Geburtstag gefeiert hatte. Zu Ehren von Görgen bittet **Dr. Manfred Abelein**, CDU-MdB und Vorsitzender der Deutsch-Lateinamerikanischen Parlamentarier-Gruppe zu einem Empfang in die Parlamentarische Gesellschaft in Bonn. Professor Görgen erwarb sich in der Vergangenheit besonders große Verdienste um die deutsch-brasilianischen Beziehungen. Der Katholik Görgen hatte im aktiven Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime gestanden. Seine Gedanken zum Widerstand legte er schon 1934 in Saarbrücken in der damaligen „Neuen Saarpost" nieder. Seine Schriften von damals gelten heute als wichtiges Quellenmaterial zum Thema „Kirche und Nationalsozialismus". Über die Schweiz emigrierte er 1941 mit 45 hauptsächlich jüdischen Flüchtlingen aus schweizerischen Arbeitslagern und französischen Fluchtorten nach Brasilien, wo er in der Publizistik und an Universitäten tätig war. 1954 kehrte er in die Bundesrepublik zurück, war Generaldirektor des Saarländischen Rundfunks, ging 1957 an der Spitze der damaligen CSU Saar, der einzigen CSU, die jemals außerhalb Bayerns bestand in den Bundestag und gründete Anfang der sechziger Jahre die in Bonn ansässige Deutsch-Brasilianische Gesellschaft.



Hermann Görgen

Professor **Joachim Zahn**, früherer Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, wird am 24. Januar 70 Jahre alt. Professor Zahn war 1958 als Finanzchef in den Vorstand des Automobilwerks gegangen. 1965 wurde er Vorstandssprecher, 1971 Vorstandsvorsitzender. Bis Ende 1979 bestimmte er die Geschäftspolitik des Weltkonzerns. Auch heute gehört er dem Aufsichtsrat an. Ihm ist es zu verdanken, daß Daimler-Benz zum führenden Automobilunternehmen in Europa wurde. Neben der Bewahrung der Tradition des Mercedes-Programmes legte er besonderen Wert auf den Ausbau der Auslandsmärkte.

VERANSTALTUNG

Bundespräsident **Karl Carstens** hat in dieser Woche den Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau *zu einem Essen* in die Villa Hammerschmidt in Bonn eingeladen. Unter den Gästen waren Ausschußvorsitzender **Franz Möller** und Bonns Oberbürgermeister **Hans Daniels** sowie der Architekt und Abgeordnete der Grünen **Walter Sauermilch**. Der Bundespräsident hatte seit Beginn seiner Amtszeit immer wieder die verschiedenen Bundestagsausschüsse zu sich gebeten, um sich über deren laufende Arbeit zu informieren.

GESTORBEN

Österreichs Alt-Landeshauptmann **Dr. Heinrich Gleißner**, einer der populärsten Politiker der Nachkriegszeit im Nachbarland, starb am Mittwoch kurz vor seinem 91. Geburtstag. Landeshauptmann war Gleißner von 1934 bis 1938 und von 1945 bis 1971. Die Nationalsozialisten hatten ihn in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte er zu den Mitbegründern der konservativen Österreichischen Volkspartei, ÖVP.

Spekulationen über Ostpolitik des Papstes

dpa/DW. Rom

Der ungewöhnlich lange Gedankenaustausch zwischen Papst Johannes Paul II. und dem Primas der katholischen Kirche Polens, Kardinal Jozef Glemp, hat in Vatikankreisen die Spekulationen über bevorstehende neue Impulse in der kirchlichen „Ostpolitik" verstärkt. Glemp, der heute zurück nach Warschau reist, hatte am Dienstag stundenlang mit dem Papst konferiert.

Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, unter welchen Bedingungen der Heilige Stuhl und Warschau offizielle diplomatische Beziehungen aufnehmen könnten. Als Voraussetzung eines Botschafteraustauschs zwischen dem Vatikan und Polen – so scheint inzwischen festzustehen – soll in Warschau die Verabschiedung einer Erklärung, vielleicht auch eines Gesetzes, angestrebt werden, um die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Polen eindeutig zu regeln.

Die diplomatische Anerkennung des Vatikans durch Polen könnte auch Auswirkungen auf die Beziehungen der Kirchenführung zu anderen Ostblockstaaten haben, die ebenfalls daran interessiert sind, Streitpunkte mit der Kirche lieber direkt mit dem Vatikan als über die örtlichen Bischöfe zu klären: zum Beispiel Ungarn und CSSR.

Der polnische Parteichef, General Wojciech Jaruzelski – so wird vielfach kommentiert – erhofft sich durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Vatikan nicht nur die Schaffung eines direkten Drahts zur Kurie unter Umgehung des örtlichen Klerus. Die Anerkennung durch den Vatikan könnte auch das internationale Ansehen der umstrittenen polnischen Führung stärken.

Der Papst selbst hatte den Botschafteraustausch auch öffentlich indirekt befürwortet. Dabei wurde vielfach vermutet, Johannes Paul sehe in der Rolle seiner Heimat Polen einen zentralen Punkt seiner „Ostpolitik" und darüber hinaus einen „Testfall" in der gesamten Ost-West-Politik.

In diesem Zusammenhang sind auch die offiziell noch nicht bestätigten Informationen über eine Reise Glemps nach Moskau zu sehen, um die orthodoxe Kirche zu besuchen.

Erster Anstoß vom Personalratschef?

● Fortsetzung von Seite 1

ren, bei denen eine „volle Beweisführung" gefordert werde. Die Sicherheit des Landes, so betonte Wörner, habe Vorrang vor den persönlichen Belangen des einzelnen. Wörner: „Die in der Öffentlichkeit erhobene Behauptung der Homosexualität habe ich zu keinem Zeitpunkt geäußert."

Die Vermittlungen des MAD und der Polizei seien durch einen Hinweis eines Ministerialrates des Verteidigungsministeriums am 27. Juli 1983 in Gang gebracht worden. Im Führungsstab der Streitkräfte hieß es gestern, der Tip sei vom Vorsitzenden des Hauptpersonalrats, Werner Karrasch, gekommen. Eine offizielle Bestätigung dafür gab es allerdings nicht. Der MAD habe ihm, Wörner, später unter Hinweis auf die Arbeit der Kölner Polizei mehrfach versichert, Kießling sei als „regelmäßiger Besucher von zwei Lokalen der Kölner homosexuellen Szene eindeutig identifiziert worden".

Nach einem Gespräch zwischen ihm und Kießling am 15. September 1983 habe der General „seinen Umgang in dieser Szene in allgemeiner Form" bestritten, aber weder ein förmliches Verfahren zur Überprüfung noch eine Gegenüberstellung verlangt. Nach dieser Unterredung habe Kießling gegenüber Generalinspekteur Altenburg sinngemäß gesagt, er habe einmal in einer für ihn schwierigen Situation alles zugegeben: Diesen Fehler werde er nicht wieder machen.

Die Absicht, Kießling zum 31. 3. 1984 vorzeitig in den Ruhestand zu schicken und die Zeit bis dahin mit Krankheitsgründen zu überbrücken, sei nicht zu realisieren gewesen, weil sich Kießling nicht an die Vereinbarungen gehalten habe, sagte Wörner. Bei seinen Überlegungen habe er auch berücksichtigen müssen, daß sich Kießling für seine Reisen nach Berlin um einen Sonderausweis des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit einem Decknamen bemüht habe. Ein solcher Ausweis sei ihm im Juli 1982 einmal vom BND ausgestellt und kurz darauf wieder eingezogen worden.

Der Ausschußvorsitzende Alfred Biehle (CSU) sagte, die vorliegenden Verdachtsmomente hätten die Entlassung von Kießling gerechtfertigt. Der CDU-Abgeordnete Wimmer meinte, Wörner habe nach „bestem Wissen und Gewissen" gehandelt. Für die FDP betonte der Abgeordnete Uwe Ronneburger, Wörner habe sich korrekt verhalten. Es gebe keine Fakten, die Zweifel daran aufkommen ließen. Der SPD-Abgeordnete Horn nannte dagegen den Bericht Wörners „lückenhaft und widersprüchlich".

Im Bundeskabinett wurde die Affäre Kießling ebenfalls kurz diskutiert. Es habe „kollegiale Ratschläge" der Minister Stoltenberg, Warnke und Zimmermann für Wörner gegeben, sagte Regierungssprecher Boenisch. Die Minister hätten gesagt, es sei notwendig, in der Öffentlichkeit entstandene Mißverständnisse zu beseitigen. So sei es gewiß nicht die Aufgabe des Verteidigungsministers, die Veranlagung von Untergebenen zu bewerten. Ein Verteidigungsminister, so betonte Boenisch, sei nicht Ankläger oder Richter eines Generals, sondern er habe in dem konkreten Fall die Frage eines Sicherheitsrisikos beurteilen müssen. Der Regierungssprecher berichtete ferner, daß der Parlamentarische Staatssekretär Wörners, Peter-Kurt Würzbach, den Wunsch des Ministers nach „innerer und äußerer Ruhe" im Fall Kießling vorgetragen habe. Dieser „verständliche Wunsch ist natürlich auch im Kabinett auf Zustimmung und Gegenliebe gestoßen", erklärte Boenisch unter dem Gelächter der Journalisten.

Bundesinnenminister Zimmermann hat intern die Meinung geäußert, Wörner müsse den jetzigen Schwebezustand beenden und seine Position offensiv vertreten. Dies könne zum Beispiel durch die Präsentation der Zeugen in der Öffentlichkeit geschehen. Die CSU bemüht sich offensichtlich, Wörner zu stabilisieren. Angesichts zurückliegender Spekulationen über einen Rücktritt Wörners hatte Zimmermann zu verstehen gegeben, daß er kein Interesse hat, das Verteidigungsministerium zu übernehmen. Es sei definitiv, daß er dafür nicht zur Verfügung stehe. Offizielle Erörterungen darüber hat es in der CSU-Führung bislang allerdings auch nicht gegeben.

Wie am Rande der Ausschußsitzung bekannt wurde, hat der auf der Hardthöhe für den Militärischen Abschirmdienst zuständige Staatssekretär Joachim Hiehle einen Nervenzusammenbruch erlitten und liegt im Krankenhaus.

Mord an Präsident der Beiruter US-Universität

dpa/rtr, Beirut

Der Präsident der Amerikanischen Universität in Beirut, Malcolm Kerr, ist gestern morgen auf dem Weg in sein Büro von zwei Unbekannten erschossen worden. In einem Anruf beim staatlichen Sender Radio Beirut hat sich die proiranische Untergrundorganisation „Islamischer Jihad" (Islamischer Heiliger Krieg) zu dem Anschlag bekannt. Gleichzeitig übernahm der anonyme Anrufer auch die Verantwortung für eine Entführung am Tag zuvor: Der saudische Konsul Hussein Farradsch war auf einer belebten Straße in Beirut von Bewaffneten verschleppt worden.

Nach Darstellung von Radio Beirut wurde Kerr mit Pistolen erschossen, die mit Schalldämpfern versehen waren. Niemand habe in dem Universitätsgebäude Schüsse gehört, berichtete ein Angestellter. Das von amerikanischen und libanesischen Soldaten bewachte Universitätsgelände darf seit einigen Monaten nur noch mit einer speziellen Kennkarte betreten werden.

Die Organisation „Jihad" hatte sich früher auch zu den Bombenanschlägen auf die Hauptquartiere der Amerikaner, Franzosen und Israelis in Beirut und Tyrus bekannt.

Westen tritt für Schtscharanski ein

rtr, Stockholm

Westliche Außenminister bemühen sich nach Angaben der Frau des sowjetischen Regimekritikers Anatoli Schtscharanski am Rande der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) um dessen Freilassung. Vor Journalisten sagte Frau Schtscharanski, ihres Wissens habe der französische Außenminister Claude Cheysson die Frage mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko erörtert. Der Gesundheitszustand ihres Mannes sei sehr schlecht, sagte sie. „Wir haben die westlichen Minister gebeten, persönlich einzugreifen."

Der sowjetische Regimekritiker, der am Mittwoch 36 Jahre alt wurde, war 1978 wegen angeblicher Spionage für die Vereinigten Staaten zu 13 Jahren Haft verurteilt worden.

An Vietnams Nordgrenze wird wieder geschossen

Peking spricht von „bewaffneten Provokationen" Hanois

rtr/AP/DW. Peking

Chinesische Grenztruppen haben nach amtlichen Angaben sieben von neun vietnamesischen Soldaten erschossen, die nach Überschreiten der Grenze zur Volksrepublik China gegen dort auf den Feldern arbeitende chinesische Bauern „bewaffnete Provokationen" unternommen hatten. Wie die Pekinger „Volkszeitung" gestern weiter berichtete, waren die Vietnamesen am 14. Januar in den Landkreis Funing (Provinz Yunnan) eingedrungen.

Sofort hätten die chinesischen Grenztruppen das Feuer erwidert. Zwei Vietnamesen seien entkommen. Die „Volkszeitung" schrieb, es handle sich um den jüngsten Zwischenfall in einer Reihe vietnamesischer „Provokationen" in diesem Monat.

Wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua zuvor gemeldet hatte, waren seit Anfang des Jahres an der Grenze zwischen China und Vietnam bereits zwei Menschen bei bewaffneten Zwischenfällen ums Leben gekommen. Vietnamesische Truppen hätten in den Provinzen Yunnan und Guangxi chinesische Grenzdörfer beschossen.

Ein Vorschlag Vietnams, zwischen dem 30. Januar und dem 9. Februar – während des in beiden Ländern begangenen Frühlingsfestes – eine Waffenruhe einzuhalten, war von China zurückgewiesen worden. Ein Sprecher des Pekinger Außenministeriums erklärte, es sei Zweck dieses Vorschlages, Vietnams bewaffnete Provokationen an der Grenze zu China zu verschleiern und eine neue Offensive für die Trockenzeit in Kambodscha vorzubereiten. Für die Spannungen entlang der Grenze zwischen China und Vietnam machte der Sprecher Hanoi verantwortlich. Nur wenn Vietnam seine „Provokationen" beende, sei die Wiederherstellung der Ruhe im Grenzgebiet möglich.

Im August des vergangenen Jahres hatte Hanoi einen Waffenstillstands-Appell an Peking gerichtet, der unbeantwortet blieb. Der für die Zeit zwischen dem 30. August und dem 8. Oktober angeregte Waffenstillstand sollte, so Hanoi, der Bevölkerung im Grenzgebiet erlauben, die Nationalfeiertage Vietnams und Chinas am 2. September und am 1. Oktober „in normaler Atmosphäre" zu begehen.

Mehr Arbeit für Schiedsgerichte der CSU

lz. München

In einem bisher ungewöhnlichen Ausmaß müssen sich im Vorfeld der bayerischen Kommunalwahl (18. März) CSU-Schiedsgerichte mit Ausschlußverfahren befassen. Gestern schloß das Schiedsgericht des CSU-Bezirks Oberbayern elf Mitglieder der Gemeinde Berg am Starnberger See wegen parteischädigenden Verhaltens aus, darunter den Bürgermeister und acht von zehn CSU-Gemeinderäten. Sie kandidieren auf einer Bürgerliste gegen die CSU.

Auch in Augsburg, wo bereits im Juli 14 Parteimitglieder wegen ihrer Zugehörigkeit zur „Christlich-Sozialen Mitte" (CSM) ausgeschlossen wurden, laufen gegen 13 weitere CSU-Mitglieder Ausschlußverfahren. Voraussichtlich noch vor der Kommunalwahl wird ein Schiedsgericht die Verfahren gegen neun CSU-Stadträte aus Freising beenden, die auf einer eigenen Liste kandidieren. CSU-Chef Strauß hat die Partei zur Geschlossenheit gemahnt: Die CSU sei nicht von außen zu schlagen, sie könne nur durch „Profilsucht, Gehässigkeit, Rivalität, übertriebenen Ehrgeiz und die Sucht, von sich reden zu machen", innerlich gefährdet werden.

Die SPD sucht ihr neues Godesberg

■ Fortsetzung von Seite 1

sozial und ökologisch verantwortliche Wirtschaftsordnung. Es müßten in ein neues Grundsatzprogramm Aufgaben aufgenommen werden, wie Arbeit für alle, Humanisierung der Arbeitswelt und pfleglicher Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Leistung und Grenzen des Marktes seien ebenso deutlich zu machen wie die sozialdemokratische Aufgabe, selektives, auf Lebensqualität gerichtetes Wachstum anzustreben, eine gerechtere Vermögensverteilung zu erreichen.

Das Verhältnis zu den Gewerkschaften und die gemeinsamen Ziele wie Ausbau der paritätischen Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie werden als weitere Punkte eines neuen Programms angesprochen. Arbeitszeitverkürzung wird als langfristiges Ziel dargestellt, dessen schrittweise Erreichung von der wirtschaftlichen Entwicklung abhänge.

Im Bereich Bildung und Schule schlägt die Kommission vor, im wesentlichen bei den Aussagen des Godesberger Programms zu bleiben, aber zusätzlich Aussagen darüber aufzunehmen, daß es in den Schulen um das Prinzip Fördern statt Auslese gehen müsse, Bildung ein Wort an sich darstelle und ein Ziel der Erziehung in den Schulen auch die Fähigkeit von Kritik und Konflikt sei.

In den Programm-Kapiteln über die Deutschland- und die Außenpolitik soll auf die Ostpolitik der SPD/FDP-Koalition verwiesen und die Nord-Süd-Problematik eingeführt werden. Denn das Kapitel „Internationale Gemeinschaft" im Godesberger Programm sei von der heutigen Wirklichkeit so weit entfernt wie nur wenige. Das Thema Wiedervereinigung müsse in der Reihenfolge der Programm-Aussagen zurückrutschen. Es müsse herausgestellt werden, daß die Zusammenführung der Deutschen dem Frieden unterzuordnen sei. Überhaupt solle das Kapitel, das auch das Bekenntnis zur westlichen Gemeinschaft und das Ziel einer west-östlichen Sicherheitspartnerschaft enthalten müsse, mit einem Bekenntnis zum Frieden eingeleitet werden.

In diesem Bereich, der Außen- und Sicherheitspolitik, räumt die Kommission ein, daß man nur einen Minimal-Konsens festgeschrieben habe. Während bei den verschiedenen Sitzungen in den vergangenen zwei Jahren über weite Strecken keine grundsätzlichen Differenzen über die Aussagen eines neuen Programms auftraten, schlug hier noch einmal die Partei-Diskussion der vergangenen Tage voll durch. Die Grundwertekommission vertraut deshalb darauf, daß auch die Entwicklung der kommenden Jahre helfen wird, hier zu einem tragfähigen Kompromiß zu kommen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Leitzins-Spekulation

cd. – Seit zehn Tagen schwirrt ein Gerücht durch den Raum: Die Bundesbank könnte – oder müßte sogar, wie einige Bankleute meinen – die Leitzinsen erhöhen, um dem Höhenflug des Dollars und der dadurch hervorgerufenen Abschwächung der D-Mark an den internationalen Devisenmärkten Einhalt zu gebieten.

Ganz heiß brodelte es in der Gerüchteküche am Montag voriger Woche, als der Dollarkurs mit Riesenschritten auf die Marke von 2,85 D-Mark zu marschieren drohte. Der Rentenmarkt erlitt vor lauter Angst einen Schwächeanfall. Mit dem Rückgang des Dollarkurses auf 2,78 an diesem Dienstag zerstoben zwar die Nebelschwaden der Gerüchte, aber sie verschwanden nicht ganz. Und mit dem gestrigen Wiederanstieg auf zeitweilig über 2,82 erhielten die Befürchtungen neuerlichen Auftrieb, auch wenn man nicht glaubte, der Zentralbankrat werde schon morgen den Lombardsatz und vielleicht auch den Diskontsatz erhöhen.

Diese Gerüchte scheinen im Kaffeesatz zu wurzeln, in der Erinnerung daran, daß die Bundesbank vor drei Jahren, als wegen des deutschen Leistungsbilanzdefizits eine D-Mark-Krise drohte, scharfes Zinsgeschütz auffuhr. Heute ist die Situation ganz anders. Auch mit höheren deutschen Zinsen ließe sich der Dollar auf seinem weltweiten Höhenflug nicht „abschießen". Zudem sind, wie die Bundesbank gerade gestern im Monatsbericht hervorhob, auch gar keine zinsbedingten Kapitalabflüsse zu registrieren, die auf den D-Mark-Kurs drücken.

Aber eine Leitzinserhöhung, die auch Kredite verteuert, könnte die Investitionslust und damit das Aufschwungstempo bremsen. Fazit: Die Leitzinsspekulation gehört in den Mülleimer der Gerüchteküche.

Lernprozeß

Ha. (Brüssel) – Nahezu geräuschlos haben die Griechen die Zustimmung der EG-Kommission für eine Verlängerung bestimmter Importbeschränkungen erhalten. Die Vermutung, dies habe mit der kürzlich beendeten Ratspräsidentschaft zu tun, sind nicht abwegig. Als die Regierung Papandreou Anfang 1983 einseitig Schutzmaßnahmen für ihre Industrie verkündete, mußte sie noch mühsam an ihre Pflichten aus dem Beitrittsvertrag erinnert werden. Inzwischen scheint sich die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft in allen Athener Amtsstuben herumgesprochen zu haben. Wichtig für diesen Lernprozeß war ohne Zweifel die besondere Verantwortung, die Minister, Diplomaten und Beamte während der Zeit ihres EG-Vorsitzenden übernehmen mußten. Erfreulich ist, daß die Griechen darüber hinaus Sinn für das rechte Maß bewiesen: Statt für bisher 17 beantragten sie nur noch für drei Warengruppen eine Verlängerung der Ausnahmeregelung; und dies statt für zwölf nur noch für zehn Monate.

Brüsseler Weinpanscher

Von JOACHIM NEANDER

Auf den allerersten Blick mögen die Pläne der EG-Kommission, ab 1990 allen Winzern – also auch den deutschen – das Zuckern ihrer Weine völlig zu verbieten, Freude oder gar Schadenfreude wecken. Doch schon bei näherem Hinsehen stellt sich heraus, daß die Herren in Brüssel keineswegs als Apostel der reinen Natur auftreten. Sie wollen nämlich nur, daß künftig zur Alkoholanreicherung nicht mehr Saccharose aus (deutschen) Zuckerfabriken, sondern nur noch konzentrierter Traubenmost (aus Italien) verwendet wird. Da versteht man das blanke Entsetzen, das jetzt in der Branche umgeht.

Die Anreicherung (nicht zu verwechseln mit Süßung), in allen weinbautreibenen Ländern üblich, im einzelnen aber nach unterschiedlichen nationalen Gesetzen geregelt, war schon immer ein Streitobjekt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Cum grane salis läßt sich sagen: In den südlichen Weinbauzonen der EG nimmt man Traubenmostkonzentrat, im Norden Rübenzucker. Beides wird dem Weinmost vor der Gärung zugesetzt und vergärt vollständig zu Alkohol.

Daß die Gemeinschaft jetzt auf Einheitlichkeit drängt, hat mehrere Gründe. Konzentrierter Traubenmost – oder, wie es offiziell heißt, Rektifiziertes Traubenmostkonzentrat (RTK) – ist schätzungsweise dreimal so teuer wie normaler Zucker. Das wurmte die südlichen Winzer immer schon, obwohl sie verglichen mit ihren nördlichen Kollegen dank der langen Sonnenstunden einen viel geringeren Anreicherungsbedarf haben. Also zahlt ihnen die EG eine Beihilfe.

Diese Beihilfe (im letzten Jahr erklomm sie die Höhe von 37 Millionen Rechnungseinheiten, das sind 83,25 Millionen Mark) soll nun gespart werden, denn immerhin kostet der europäische Weinmarkt die Brüsseler Kasse 1983 mehr als eine Milliarde Mark.

Der zweite erhoffte Effekt ist, daß der eingeplante Bedarf des Traubenmost-Konzentrats in den nördlichen Zonen den italienischen Tafelweinmarkt um reichlich fünf Millionen Hektoliter im Jahr entlasten würde. Drittens verlangen, wie Direktor Alfred Reichardt von der Brüsseler Kommission jetzt auf einer Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Saarbrücken mitteilte, neuerdings auch die Spanier, daß bei ihrem Eintritt das Zuckern in der Gemeinschaft einheitlich verboten wird.

Die Kommission ist offenbar fest entschlossen, ihren unfreundlichen Plan voranzutreiben. Wie weit sie dabei schon ist, zeigt ein Brief, den Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler Anfang Januar an den Präsidenten des Deutschen Weinbauverbandes, Reinhard Muth, richtete. Darin heißt es unter anderem: „Ihre Abneigung, das RTK-Verbot aufzuheben oder gar durch ein Saccharose-Verbot zu ersetzen, teile ich. Dies wird uns jedoch nicht weiterhelfen, wenn wir nicht handfeste Gründe finden, die uns in Brüssel oder notfalls in Luxemburg (vor dem Europäischen Gerichtshof, d. Red.) bestehen lassen."

Ein Grund, der bisher immer vorgebracht wurde, scheint ins Wanken geraten zu sein. Eine internationale Kommission, so wird aus Brüssel gemeldet, habe das jetzt nach neuesten Methoden produzierte Mostkonzentrat als „absolut geschmacks- und geruchsneutral" bezeichnet.

Diese Geschmacksneutralität wird von Kennern aber stark bezweifelt. Mit den Mitteln der Gaschromatographie hat Professor Alfred Rapp in der Forschungsanstalt in Siebeldingen beim Mostkonzentrat etwa hundert verschiedene Aromastoffe festgestellt, von denen viele überhaupt erst beim Vorgang des Konzentrierens entstanden sein müssen.

Von der Verteuerung war schon die Rede. Ärger noch ist die Tatsache, daß das Mostkonzentrat nachträglich im Wein überhaupt nicht mehr nachgewiesen werden kann – ein wundervoller neuer Anreiz zu Panschereien aller Art bis hinauf in den Bereich der Prädikatweine. Die unter großen Mühen gerade erst entwickelte Methode, im Wein Saccharose nachzuweisen, würde dann nur noch dazu dienen, die jetzt verbotene Zuckerung aufzudecken.

Das Schlimmste aber ist die drohende Zerstörung des Rechtsbewußtseins. Zur Zeit ist in der Bundesrepublik die Anwendung von Mostkonzentrat streng verboten, die Zusetzung von Zucker dagegen in Grenzen erlaubt. Verstöße werden bestraft. Ab 1990 soll nun alles um 180 Grad verkehrt gelten. Praktisch müßte das deutsche Weingesetz, um dessen Verbesserung sich alle Beteiligten zur Zeit bemühen, noch einmal völlig umgekrempelt werden. Dies, so sagt Verbandspräsident Muth, stelle die Geschäftsgrundlage in Frage, auf der die ganze Weinmarktordnung in der Europäischen Gemeinschaft aufgebaut ist. Man kann ihm nicht widersprechen.

FINANZPOLITIK / Apel: SPD wird sich an den Realitäten orientieren

Die Opposition will alles mittragen, „was den Bürgern weiterhilft"

KAREN SÖHLER, **Bonn**

Perspektiven für die Zukunft der Finanzpolitik verlangte Hans Apel, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und von 1974 bis 1978 auch Bundesfinanzminister auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung von der Bundesregierung. Sie sei jetzt so lange im Amt, daß durchwursteln nicht mehr ausreiche. Die Opposition wolle keine Konfrontation um jeden Preis und werde alles mittragen, was „unserem Lande und seinen Bürgern weiterhilft".

Apel, der über die Frage sprach, ob sich die „Finanzpolitik in der Sackgasse" befinde, nutzte die Gelegenheit, die Erblastvorwürfe der CDU/CSU zurückzuweisen. „Das Gerede vom drohenden Zusammenbruch der Staatsfinanzen" nannte er „dummes Zeug". Die zur Zeit der sozialliberalen Koalition bestehenden Probleme bestimmten auch heute noch die finanzpolitische Debatte. „Der Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits wurde nachhaltig von den sozialdemokratischen Finanzministern angegangen", behauptete Apel. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat trage die jetzige Koalition Mitverantwortung für die Finanzpolitik der Vergangenheit.

Apel, der für die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung plädierte, forderte aber ihre Anpassung an die konjunkturelle Entwicklung. Er halte das jetzige Tempo für zu hoch, weil es den notwendigen selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung gefährde. Insbesondere habe der Zusammenbruch der kommunalen Investitionen spürbare negative Konsequenzen.

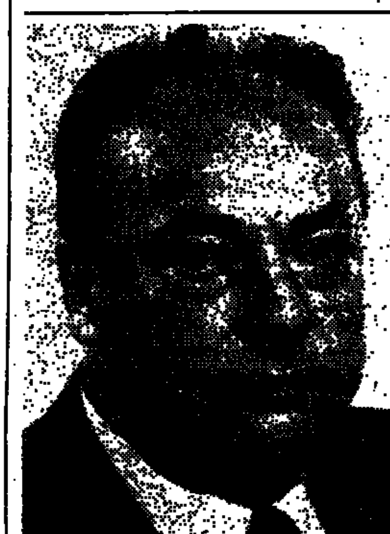
Die SPD habe sich einer Reihe von finanzpolitischen Entscheidungen der Koalition widersetzt, erklärte Apel, weil sie entweder dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit widersprächen oder in die falsche Richtung wiesen. Nunmehr wolle die Opposition schrittweise ihr finanzpolitisches Profil entwickeln, das an den Realitäten orientiert bleibe.

Im einzelnen erklärte der frühere Finanzminister, sei es an der Zeit, daß endlich Umfang, Art und Zeitpunkt der Tarifreform bei der Lohn- und Einkommenssteuer geklärt werde. Offengelegt werden müsse von der Bundesregierung vor allem deren Finanzierung. Denn eine dauerhafte Erhöhung der Nettokreditaufnahme scheide aus. Daher unterstützte Apel die Vorstellung der Regierung, den Einnahmerückgang durch den Abbau von Subventionen auszugleichen. Er warnte jedoch davor, Steuererleichterungen zu streichen, die den Arbeitnehmern zugute kämen, denn dann bezahlten die Arbeitnehmer die Lohnsteuerreform im Endeffekt selber.

Mit Nachdruck wandte sich Apel gegen Überlegungen, die steuerlichen Belastungen der Unternehmen weiter herabzusetzen, um so die Investitionsbereitschaft anzuregen. Die Senkung der typischen Unternehmenssteuern – Körperschafts-, Gewerbesteuer, Steuer für Vermögensbesitz – sei bereits jetzt zu weit gegangen. Apel stützte seine Auffassung auf eine Untersuchung der OECD, die sich mit der Entwicklung der Unternehmensbesteuerung in den Jahren 1965 bis 1981 befaßt. In diesem Zeitraum seien die Besteuerungen in Japan um rund zehn Prozent geschrumpft, in der Bundesrepublik um 35,5 Prozent und in den USA um 45 Prozent. Die Beschlüsse der Koalition hätten diesen Abbau 1983 und 1984 „massiv verstärkt". Apels Schluß: Die Gemeindefinanzreform muß eine typische Gemeindesteuer schaffen, die das Band zwischen Unternehmen und Kommunen festigt und die den Kommunen ein eigenes Hebesatzrecht gewährt.

Für fragwürdig hält Apel den Gedanken, den nicht entnommenen Gewinn steuerlich zu begünstigen. Auch diese Mittel speisten Kapitalanlagen außerhalb des eigenen Betriebes ohne wirtschaftliches Risiko. Über Abschreibungserleichterungen sollten daher nur diejenigen Gewinne steuerlich bevorzugt werden, die wieder in eine Investition fließen. In diesem Zusammenhang bemerkte Apel, daß Vorschläge zur Innovationsförderung in jedem Fall positiv, wenn auch kritisch geprüft würden.

AUF EIN WORT



„Die Arzneimittelindustrie nutzt ohne Rücksicht auf ihre sozialpolitische Verpflichtung die Chancen ihres Marktes, der – wie wir alle wissen – alles andere als ein regulärer, gleichgewichtiger Markt ist."

Karl Kaula, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen e. V., Siegburg
FOTO: DARCHINGER

Gesamttextil: Kritik an den USA

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die Ende 1983 von US-Präsident Ronald Reagan veranlaßten Einschränkungen der US-Textilimporte entbehren nach Auffassung des deutschen Spitzenverbandes Gesamttextil, Frankfurt, jeder internationalen Rechtsgrundlage. Der Verband forderte deshalb die Regierung in Washington auf, sich an das Welttextilabkommen (WTA) zu halten. Wenn die beschlossenen Restriktionen angewendet würden, könne dies zu einer verhängnisvollen Eskalation von illegalen Beschränkungen zum Schaden der Entwicklungsländer führen. Eine deutliche Kürzung der US-Einfuhren aus Niedrigpreisländern werde andererseits zu einem zusätzlichen Lieferdruck auf den europäischen Märkten führen. Gesamttextil mahnte die EG-Kommission in Brüssel und die Bundesregierung, in dieser Frage eine feste Haltung anzunehmen. Der Textilausschuß der Mitgliedsländer des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) werde sich in Kürze ebenfalls mit den amerikanischen Maßnahmen befassen, hieß es dazu.

BAUINDUSTRIE

Produktion wird in diesem Jahr nochmals zurückgehen

HEINZ STÜWE, **München**

„Wir werden erst in diesem Jahr die Talsohle erreichen." Günther Herion, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, ist bemüht, allzu hohe Erwartungen in die Baukonjunktur zu dämpfen. Zwar gehen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe nach oben, wenn sich der Zuwachs nach 13,4 Prozent in den ersten sechs Monaten in der zweiten Jahreshälfte 1983 auch auf 4 Prozent verlangsamte, die Produktion der Bauindustrie werde 1984 jedoch nochmals zurückgehen. Nach einem Minus von sechs Prozent 1983 erwartet Herion, daß die Bauleistung bestenfalls knapp unter dem Vorjahresniveau liegen wird.

Die steigenden Auftragseingänge wirkten sich erst mit einem Nachlauf von über einem Jahr in der Produktion aus, erläuterte Herion. Zudem werde auch 1984 die Baukonjunktur gespalten bleiben. Von der Belebung im Wohnungsbau mit einem erwarteten Zuwachs des Bauvolumens zwischen sechs und acht Prozent profitiert die Bauindustrie nach seinen Worten kaum. Schließlich mache diese Sparte nur 10 Prozent ihres Geschäfts aus. Den Löwenanteil (60 Prozent) bringt der öffentliche Bau. Hier wird ein nochmaliger Rückgang des Bauvolumens um real ein bis zwei Prozent erwartet, der auch durch die positive Entwicklung im Wirtschaftsbau (Prognose: plus zwei bis drei Prozent) nicht ausgeglichen werde.

Auch mittelfristig sieht Herion keinen deutlichen Aufschwung: Die Belebung im Wohnungs- und im Wirtschaftsbau führt er vornehmlich auf die verschiedenen staatlichen Förderungsmaßnahmen zurück. Diese hätten im Wohnungsbau zu einer Ballung von Aufträgen geführt.

Einstweilen bereitet das Auslaufen der Mehrwertsteueroption im Bauherrenmodell und der Investitionszulage der Bauindustrie Kapazitätsprobleme. Herion wiederholte daher seine Forderung nach einer Terminverschiebung bis Mitte oder Ende 1985.

BANKENAUFSICHT

Nölling: Banken sollten nicht nach Schlupflöchern suchen

HANS-J. MAHNKE, **Hamburg**

Trotz des weltweit in Gang kommenden Wirtschaftswachstums werden nach Ansicht des Präsidenten der Hamburger *Landeszentralbank*, Wilhelm Nölling, „Umschuldungen noch einige Zeit zum harten Brot der internationalen Finanzwelt gehören". Das Volumen der Umschuldung veranschlagt Nölling wie in den beiden Vorjahren für 1984 auf rund 50 Milliarden Dollar.

Die Gläubigerbanken sollten das, was verloren und als solches auch erkannt worden sei, bilanzmäßig bereinigen. Wie in anderen Ländern, so sollte auch in der Bundesrepublik intensiver „über Abschreibungsvorgaben von Amts wegen" nachgedacht werden.

Obwohl Hamburg aus unterschiedlichen Gründen allein im vergangenen Jahr drei Privatbanken verloren habe, will Nölling nicht von einer generellen Krise im Verhältnis Banken und Bankenaufsicht sprechen. Auch nach den Erfahrungen der letzten Wochen meint Nölling: „Es hängt von den Banken ab, wie lange ein liberal verfaßtes Kreditgewerbe und eine noch als liberal anzusehende Bankenaufsicht einander bedingen, tragen und stützen können." Es werde in Zukunft zwar weitere einengende Vorschriften geben, aber die Aufsicht über die Banken werde auch weiterhin bestenfalls begleitend, nicht im eigentlichen Sinne geschäftsbestimmend sein können. Die Bankenaufsicht könne ohne Vertrauen in die Solidität und Gesetzestreue des Bankmanagements nicht funktionieren. Nölling forderte die Banken auf, in ihrer Geschäftspolitik nicht ständig nach neuen Schlupflöchern und Umgehungsmöglichkeiten des Kreditwesengesetzes zu suchen.

Sehr kritisch äußerte sich Nölling zu den ins Spiel gebrachten Devisenkontrollen: „Ich habe noch von keinem einleuchtenden, die großen Nachteile aufwiegenden, auch durchführbaren Vorschlag gehört und kann nur davor warnen, das Thema, ohne solche Kriterien zu beachten, weiter in der Diskussion zu halten.

TOURISMUS

Entwicklungsländer haben nur geringe Attraktivität

dpa/VWD, **Berlin**

Im weltweiten grenzüberschreitenden Reiseverkehr wurden 1982 insgesamt 280 Millionen US-Dollar (678 Millionen DM) umgesetzt. Damit stehe der Tourismus an dritter Stelle hinter dem weltweiten Energie- und Automobilhandel. Der Anteil der Entwicklungsländer am Weltreiseverkehr ist aber äußerst gering, stellt Karl Menck vom HWWA Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg in einer Untersuchung über die außenwirtschaftlichen Aspekte der Tourismusförderung in Entwicklungsländern fest. Die Untersuchung war von der AMK Berlin Ausstellungs-Messe-Kongreß-GmbH anläßlich der Internationalen Tourismus-Börse ITB Berlin 1984 von 3. bis 9. März in Auftrag gegeben worden.

Ursache für die geringe Zahl der Touristen sei nicht nur der geringe Bekanntheitsgrad der Entwicklungsländer, sondern die allgemein niedrige Anziehungskraft. Dies gelte vor allem für Ferienreisende, die immerhin 60 Prozent aller Gäste ausmachen und die Gebiete mit hohem Freizeitwert, wirtschaftlichem Wohlstand, politischer Stabilität und tadellosem Service bevorzugen. Entwicklungsländer mit hohen Zahlungsbilanzdefiziten sähen sich aber häufig außerstande, die für die Fremden unabdingbaren materiellen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Menck stellt in seiner Untersuchung aber auch eine skeptische Einschätzung der Förderung des Tourismus im Rahmen der Instrumente der Entwicklungspolitik fest. Die in frühen Jahren weitverbreitete Euphorie über die Segnungen des Tourismus sei in den Entwicklungsländern verflogen. Dies gelte insbesondere auch für Vorstellungen, auf diese Weise rasch die Leistungsbilanz auszugleichen. Die Erwartung, mit relativ geringem Aufwand erhebliche Deviseneinnahmen zu erzielen, habe sich nicht als dauerhaft erwiesen. Die Nettoeinnahmen aus dem Tourismus fielen geringer aus als erwartet, weil die laufenden Einfuhren für die Versorgung der Fernreisenden die Erlöse minderten.

Außerdem habe der Tourismus zunehmende Kritik erfahren, weil er in den Gastländern soziale und kulturelle Konflikte auslöse mit zum Teil weitreichenden ökonomischen Folgekosten. Zum Beginn der 80er Jahre habe sich deshalb bei allen Beteiligten eine nüchterne Betrachtungsweise durchgesetzt. Der Reiseverkehr stelle für die Entwicklungsländer eine wichtige, aber nicht prioritäre Divisenquelle dar. Sie könne durchaus ergiebiger sein, wenn es gelinge, mehr Reisende zu gewinnen. Dabei müsse allerdings beachtet werden, daß der Aufwand für importierte Vorleistungen, die der Gast als selbstverständlich empfinde, hoch ist. Unrealistisch wäre es zudem, für den internationalen Tourismus die raschen Wachstumsraten der früheren Jahre fortzuschreiben.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

HWWA: Ost-West-Handel verliert an Bedeutung

Hamburg (dpa/VWD) – Der Ost-West-Handel hat nach Ansicht des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Der Anteil am gesamten Welthandel lag 1983 nach Angaben des Instituts von gestern deutlich unter fünf Prozent, nachdem er in der 2. Hälfte der 70er Jahre noch bei 5,5 Prozent gelegen habe. Dabei habe sich das Gewicht der UdSSR wegen ihrer Preisvorteile im Energiesektor deutlich erhöht und das der kleineren sozialistischen Länder Osteuropas verringert. Zwar sei es neben der Sowjetunion auch den kleineren RGW-Ländern gelungen, ihre Zahlungsbilanzen gegenüber den westlichen Industrieländern zu verbessern, jedoch nur um den Preis der Beeinträchtigung ihrer volkswirtschaftlichen Gesamtsituation.

Konjunktur-Schub in den USA

	1982	1983	1984 (Schätzung)
Wirtschaftswachstum in %	−1,9	+3 1/2	+5
Arbeitslosenquote in %	9,7	9 1/2	8
Preisanstieg in %	+5,8	+4	+5 1/4

Quelle: OECD

Während in Europa die Konjunktur langsam an Fahrt gewinnt, ist der Aufschwung in den USA bereits in vollem Gang. Nach dem jüngsten OECD-Bericht betrug das Wirtschaftswachstum im letzten Jahr 3½ Prozent. Damit ließen die Vereinigten Staaten neben allen europäischen Ländern auch die erfolgsgewohnten Japaner hinter sich. QUELLE: GLOBUS

Nicht wettbewerbswidrig

Karlsruhe (dpa/VWD) – Der vereinzelte Absatz eines bekannten Markenartikels unter dem Einkaufspreis bei Sonderaktionen des Handels ist in der Regel wettbewerbsrechtlich nicht zu beanstanden. Nach einem vom Bundesgerichtshof (BGH) veröffentlichten Urteil ist ein Kaufmann im Rahmen der bestehenden marktwirtschaftlichen Ordnung in seiner Preisgestaltung grundsätzlich frei. Der Grundsatz der freien Preisbildung gelte – so das Gericht – auch im Verhältnis zwischen Hersteller und Handel. Die bloße Verfolgung eines eigenen – von den Überlegungen des Herstellers abweichenden – Vertriebskonzepts könne für sich nicht als wettbewerbswidrig angesehen werden (I ZR 39/83).

Konkurszahl sehr gestiegen

Tokio (dpa/VWD) – Die Zahl der Firmenzusammenbrüche in Japan mit jeweils über zehn Millionen Yen Forderungen (1,09 Millionen Mark) stieg 1983 um 11,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr und erreichte mit 19 155 einen nie gekannten Höchststand. Dies meldete die japanische Nachrichtenagentur Jiji-Press.

Gegen Pauschalurteile

Bonn (mk) – Vor Zweckpessimisten, die der europäischen Industrie den baldigen Untergang voraussagen, hat der Schweizer Botschafter und künftige Staatssekretär für Außenwirtschaft im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, Gornelio Sommaruga, gewarnt. Pauschalurteile seien fehl am Platze, betonte er auf einem Symposium des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) in Bonn. Die Tendenz zu einem technologischen Rückzug der Europäer gelte es durch ein offensives Management auszugleichen.

Bierich neuer Bosch-Chef

Stuttgart (VWD) – Marcus Bierich, zur Zeit noch Vorstandsmitglied der Allianz Versicherungs-AG, München, wird mit Wirkung vom 12. Juli 1984 den Vorsitz der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH (Stuttgart) übernehmen. Dies hat der Bosch-Aufsichtsrat am Mittwoch beschlossen. Bierich wird den bisherigen Vorsitzenden Hans L. Merkle ablösen, der von den Gesellschaftern der Robert Bosch GmbH in den Aufsichtsrat berufen wird. Wie Bosch weiter mitteilte, werden die Gesellschafter dem Bosch-Aufsichtsrat vorschlagen, Merkle zum Aufsichtsratsvorsitzenden zu wählen. Merkle wird dort Hugo Rupf ablösen.

Wochenausweis

	31.12.	23.12.	30.11.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	67,5	66,6	68,3
Kredite an Banken	85,5	82,2	75,3
Wertpapiere	7,8	7,9	7,9
Bargeldumlauf	104,7	106,1	106,4
Einl. v. Banken	52,7	39,3	49,6
Einl. v. öffentl. Haushalten	2,2	9,9	1,3

DIW

Besserung am Arbeitsmarkt

Wz, Berlin

Die Arbeitslosigkeit hat nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) saisonbereinigt schon im August vorigen Jahres ihren Höhepunkt überschritten. Seither sei sie gesunken, schreibt das Institut in seinem Wochenbericht.

Wie aus den Angaben des Instituts hervorgeht, lag die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt im Dezember mit 2,22 Millionen um rund 100 000 niedriger als im August. Nicht bestätigt hätten sich Vorhersagen, daß bis zum Jahresende mit 2,5 Millionen Arbeitslosen zu rechnen sei. Vielmehr betrug die registrierte Zahl zum Jahresende nicht saisonbereinigt 2,35 Millionen. Für 1984 sagen die Berliner Konjunkturforscher voraus: Die positiven Tendenzen werden bei der Beschäftigung und den Einkommen noch deutlicher werden. Sie rechnen bei den Durchschnittseinkommen, die 1983 nur wenig gestiegen sind, mit einer Zunahme um vier Prozent.

Im Vergleich mit dem Vorjahr sind allerdings die Beschäftigtenzahlen 1983 noch um zwei Prozent niedriger. Nur wenige Wirtschaftszweige haben vorerst mehr Beschäftigte eingestellt. Die Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich zwar im Jahresverlauf 1983 deutlich, sie war aber immer noch etwas größer als im Vorjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Werner Krause, Inh. d. Werner Krause, Miederwaren; Fleischgroßhandel Stefan Beißel; **Bielefeld:** Nachl. d. Manfred Neumann; **Hamburg:** Hartom Shipping GmbH; **Hofgeismar:** Wilhelm Vössing, Maurermeister, Immenhausen; **Marburg:** H. Büchner Fliesenfachgeschäft GmbH, Wetter; Ernst Mack, Inh. Peter Cermak; **Mönchengladbach:** Kreuer Kunststoff GmbH; **München:** Götz Spezialreinigung GmbH; Nachl. d. Margarete Sophia Theresia Haertel; Nachl. d. Martha Karolina Hofmann, Neuried; **Nürnberg:** Hermann Weiß, Bezirksschornsteinfegermeister, Schwabach; Georg Kirschbaum.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bocholt: Gebr. Essing GmbH & Co. KG, Rhede; **Gelsenkirchen:** Ida Rosing GmbH.

EG / Strukturwandel in der Landwirtschaft vollzieht sich langsamer als erwartet – Zahlreiche Unzulänglichkeiten

Kommission legt Bilanz für zehn Jahre vor

WILHELM HADLER, Brüssel

Langsamer als erwartet vollzieht *sich der Strukturwandel in der euro*päischen Landwirtschaft. Schuld daran sind nach Meinung der EG-Kommission nicht nur die erschwerten Anpassungsbedingungen seit Beginn der Wirtschaftskrise, sondern auch zahlreiche Unzulänglichkeiten der nationalen und gemeinschaftlichen Agrarpolitik.

In einer Zehnjahresbilanz stellt die EG-Behörde fest, daß der Mangel an Beschäftigungsalternativen die Abwanderung überschüssiger Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft erheblich gebremst und zugleich die Bodenmobilität eingeschränkt hat. Unter diesen Umständen sei die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe „mehr oder weniger gleichbedeutend mit einer Intensivierung der Agrarerzeugung im Rahmen der bestehenden Betriebsstrukturen" geworden.

Hinter dieser Formulierung verbirgt sich das Eingeständnis, daß die 1972 verabschiedete und inzwischen ausgelaufene Modernisierungs-Richtlinie Kriterien für die gemeinschaftliche Agrarstrukturpolitik ge*schaffen hat, die die Überproduktion* noch verschärften.

Als „Musterschüler" erwies sich wieder einmal die Bundesrepublik, wenngleich auch hier die Förderung eher in die falsche Richtung zielte. So wurde die Richtlinie zur Modernisierung der Betriebe von Bonn mit 26 Prozent aller genehmigten Entwicklungspläne weitaus am stärksten in Anspruch genommen. Am anderen *Ende der Skala befand sich mit einem* Prozent Italien, das über eine besonders große Zahl lebensunfähiger Kleinbetriebe verfügt.

Bei 54 Prozent aller geförderten Betriebe lag die wichtigste Produktionsausrichtung bei der Rinderhaltung. „In diesen Fällen", so heißt es in dem Bericht bedauernd, „bedeutete eine Intensivierung der Erzeugung einen größeren Ausstoß an Milcherzeugnissen mit entsprechenden nachteiligen Auswirkungen auf die Milchüberschüsse".

Während die *EG bis Ende 1981* rund 173 000 Entwicklungspläne bezuschußte, erhielten 715 000 Landwirte in Berggebieten und anderen benachteiligten Regionen eine direkte Einkommensbeihilfe. Eine dritte Richtlinie, die die Einstellung der landwirtschaftlichen Tätigkeit begünstigen soll, wurde fast ausschließlich in der Bundesrepublik und in Frankreich angewandt.

*Grund des Mißerfolgs ist nach Mei*nung der Kommission unter anderem, daß die Gewährung einer Altersrente in den meisten Mitgliedstaaten nicht an die Verpflichtung zur Einstellung der landwirtschaftlichen Tätigkeit gebunden ist und daß diese Rente oft höher ist als die in der EG-Richtlinie vorgesehenen Zahlungen. Die Zehnjahresbilanz zeigt, daß die Anpassung über einen längeren Zeitraum gesehen trotz der genannten Hemmnisse Fortschritte gemacht hat. So gehen die gesamte landwirtschaft*lich genutzte Fläche in der EG unter* dem Druck der Verstädterung jährlich um 0,5 Prozent und die Gesamtzahl der Betriebe im Jahresdurchschnitt um etwa *3 Prozent* zurück. Die Durchschnittsgröße der Bauernhöfe nahm zwischen 1975 und 1980 von 17 auf 17,5 Hektar zu. Eine Ausnahme von dieser kleinbetrieblichen Struktur bildete nur Großbritannien.

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung betrug zwischen 1970 und 1980 in der Neuner-EG jährlich 2,8 Prozent. 1980/81 verlangsamte er sich in der Bundesrepublik auf 1 Prozent (früher 3,2 Prozent), in Dänemark auf 3 Prozent (4,8) und in der gesamten EG auf durchschnittlich 1,7 Prozent.

GROSSBRITANNIEN / Ford schließt Gießerei

Streikaktionen zu erwarten

WILHELM FURLER, London

Die Entscheidung von Ford Großbritannien, die Gießerei in Dagenham bei London im April kommenden Jahres zu schließen, wird auf heftigen Widerstand der beteiligten Gewerkschaften stoßen. *Von der Aufgabe der* Gießerei, in der Motorblöcke, Zylinderköpfe, Kurbelwellen, Nockenwellen und Kolben produziert werden, sind rund 2000 Ford-Mitarbeiter direkt betroffen. Nach Angaben der Geschäftsführung arbeitet die Gießerei seit 1978 mit Verlusten.

So koste es Ford Großbritannien rund 60 Prozent mehr, die Motorenteile in Dagenham zu gießen, als sie von außen zu beziehen. Wahrscheinlich wird künftig der größte Teil der für die Motorenfertigung benötigten Gießerei-Produkte aus Deutschland eingeführt. Dies wollen die Gewerkschaften mit allen Mitteln verhindern.

Ron Todd, einer der führenden Funktionäre der Transportarbeiter-Gewerkschaft und Haupt-Unterhändler der bei Ford beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder, erklärte jetzt: „Wir werden an alle 24 Ford-Werke in Großbritannien die Aufforderung richten, nicht ein einziges importier*tes Gußteil anzurühren."*

Der Gewerkschaftsführung zufolge geht es nicht allein um das Überleben der *Gießerei in* Dagenham, sondern um die ganze Auto-Kapazität von Ford in Großbritannien.

Die Gewerschaften sehen die jüngste Entscheidung von Ford als symptomatisch für die Unternehmensstrategie, die Aktivitäten in Großbritannien auf die bloße *Montage von auf* dem Kontinent gefertigten Teilen zu reduzieren.

*Dies wird von der Geschäftsfüh*rung energisch bestritten. Es bestehe keinerlei Absicht, weitere Investitionen in Großbritannien zu stoppen.

ITALIEN / Ausländische Ölfirmen ziehen sich zurück

Zu knappe Gewinnspannen

dpa/VWD, Mailand

Der Verkauf des italienischen Produktions- und Vertriebsnetzes der Gulf Oil Corporation an die Kuwait Petroleum Corporation (KPC) markiert den Rückzug eines weiteren internationalen Mineralölkonzerns aus Italien. Dem US-Konzern waren bereits die britische BP (1973) und die britisch-niederländische Shell (1974) vorangegangen, deren italienische Töchter beide vom staatlichen italienischen Energiekonzern ENI übernommen wurden. Zurückgezogen haben sich auch Conoco, Cities Service, Getty Oil, Marathon Oil und zuletzt Amoco Italia, die von der Firma Tamoil des franco-libanesischen Finanziers Tamraz erworben wurde.

Das Ausscheiden aus dem italienischen Markt ist vor allem auf die knappen Gewinnmargen zurückzuführen, mit denen die Mineralölgesellschaften arbeiten müssen. Die *Preise der meisten Mineralölproduk*te, insbesondere Benzin, Diesel und Heizöl, werden von der interministeriellen Preiskommission festgesetzt, nach einem Index, der mit dem durchschnittlichen EG-Preisniveau verbunden ist. Das vor zwei Jahren eingeführte System hat gegenüber dem früheren den Vorteil, daß die Anpassung automatisch erfolgt. Früher mußten die Mineralölgesellschaften oft ein halbes Jahr und länger warten, bis die Kommission die Inlandspreise den Kosten- und Preiserhöhungen im Ausland anglich. Trotz dieser Verbesserung und der Tatsache, daß durch den staatlichen Fest*preis keine auf die Erträge drückende* Preiskonkurrenz möglich ist, bleibt der italienische Markt für viele Anbieter schwierig.

Das bezieht sich vor allem auf die Gesellschaften mit nur geringen Marktquoten, zu denen Gulf Oil (drei Prozent) gehörte. Nur knappe Gewinnmargen haben auch die größeren Firmen, darunter als zweitgrößter Anbieter Esso. Die Mineralöltochter des staatlichen Energiekonzerns ENI, Agip, steckt mit ihrem Marktanteil von 40 Prozent sogar tief in den roten Zahlen. Die italienische Regierung hat in den letzten Jahren versucht, den Mineralölmarkt durch die Schließung von Tankstellen und die Stillegung von Raffineriekapazitäten etwas zu bereinigen. Trotzdem besteht auch heute noch ein Tankstellen-Überangebot.

Ungeachtet der schwierigen Marktsituation wird sich nach Expertenauffassung das arabische Interesse an italienischen Vertriebs- und Produktionskapazitäten in den nächsten Jahren sicher noch erhöhen. Die Experten weisen darauf hin, daß Italien nicht nur durch seine geographische Lage, sondern auch wegen seines hohen Nachfragepotentials für die Verarbeiter in den Förderländern im Mittelmeerraum einen natürlichen Absatzmarkt darstellt.

SAUDI-ARABIEN / Handbuch der Deutschen Bank

Chancen für Mittelständler

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Im Handel mit Saudi-Arabien, mit rund sieben Milliarden Mark Importen aus der Bundesrepublik (von Januar bis November '83), nach den USA zweitwichtigster Überseemarkt der deutschen Industrie, sieht die Deutsche Bank auch für die Zukunft gute Entwicklungsmöglichkeiten. Günstige Chancen hätten jetzt vor al*lem mittelständische Unternehmen*, nachdem die Absorptionsfähigkeit des Landes für großindustrielle Projekte und Infrastrukturvorhaben weitgehend erschöpft sei, betonte Werner Blessing, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, bei der Vorlage eines Handbuchs für Geschäfte mit Saudi-Arabien.

Nach Informationen der Bank dürften im nächsten Vierjahresplan die Weiterentwicklung und der Aufbau einer Konsumgüterindustrie, Leichtindustrie und Ersatzteilindustrie sowie alles, was im weitesten Sinne mit Instandhaltung zu tun hat, die Entwicklungsschwerpunkte sein. Eine völlig neue Entwicklung, die auch zu einer Verbreiterung der deutsch-saudischen Zusammenarbeit führen könnte, kann sich nach Blessings Urteil bei der Suche, Ausbeutung und beim Export von Mineralien abzeichnen.

Prinzipiell sieht Blessing zwar gute Chancen für ausländische Firmen, dabei mitzuwirken, eine private Industrie um den staatlichen Sektor herum aufzubauen, der einen Anteil von mehr als 50 Prozent an der Wirtschaft hat. Man müsse allerdings mit Schwierigkeiten rechnen, weil die Saudis von der Mentalität her an schnellem Ertrag interessierte Händler seien und nicht Industrielle, die bereit sind, Jahre auf das Reifen der Früchte zu warten. Die Deutsche Bank *empfiehlt deutschen Unterneh*men bei der Durchdringung des saudischen Marktes die Einschaltung lokaler Partner oder Agenten mit guten Kontakten zu Regierungsstellen, wobei kleinere Häuser erfolgreicher sein könnten als große etablierte Firmen.

Blessing rechnet mit einer Ausweitung der staatlichen Ausgaben im nächsten Vierjahresplan, obwohl der Staatshaushalt wegen gesunkener Ölerlöse erstmals ein Defizit (10 Milliarden Dollar) aufweist. Aus den 160 bis 170 Milliarden Dollar Auslandsanlagen nehme Saudi-Arabien jedoch jährlich rund 15 Milliarden Dollar ein, so daß das Defizit – auch mit Blick auf die Industrialisierungspolitik – völlig unbedenklich sei. Die angefangenen Entwicklungsprojekte und Importprogramme könnten auch weiter*geführt werden, wenn die Opec plat*zen und der Ölpreis sinken sollte, weil das Land über genügend Finanzreserven verfüge. Schätzungen über 20 bis 22 Milliarden Dollar Opec-Einlagenabzüge hält Blessing für überhöht.

POLEN

Exportziele übertroffen

AFP, Warschau

Die polnische Wirtschaft verzeichnete im vergangenen Jahr in mehreren Schlüsselsektoren im Vergleich zu 1982 recht günstige Ergebnisse. Wie die polnische Presse dazu jedoch betont, läßt die Versorgung der Bevölkerung noch weiterhin stark zu wünschen übrig.

Die Industrieproduktion des Landes nahm um 6,7 Prozent zu, wobei der Bergwerkssektor einen Zuwachs von 2,7 Prozent und die verarbeitende Industrie von 7,1 Prozent erreichte. Die Gesamtproduktion lag jedoch weiterhin um 10,3 Prozent unter dem *Ergebnis des Jahres 1979, dem Jahr* vor Beginn der Krise. Die Produktion der Kohlenindustrie, der Erdölraffinerien, der Elektrizitätserzeugung, der Chemiebranche und des Elektroniksektors stiegen stark an.

In der Landwirtschaft wurden gute Ernten registriert. Die Getreideerzeugung lag mit 22,1 Millionen Tonnen um 4,4 Prozent über der von 1982. Die Kartoffelproduktion stieg um 7,9 Prozent auf 34,5 Millionen Tonnen. Auch die Zuckerrübenernte war zufriedenstellend. Sie erreichte 16,4 Millionen Tonnen und lag damit um 7,3 Prozent höher als im Jahr zuvor. Dagegen ging die Fleischproduktion um 6,7 Prozent zurück.

Im Export wurden die gesteckten Ziele knapp überschritten, bei den Einfuhren jedoch nicht ganz erreicht. Im Handelsaustausch mit den Comecon-Ländern stiegen die Exporte um 10,1 Prozent, während sich die Einfuhren um 11,7 Prozent erhöhten. Das Handelsbilanzdefizit betrug hier 51,3 Milliarden Zloty. Die Exporte in die westlichen Länder konnten um 8,8 Prozent auf 530,1 Milliarden Zloty erhöht werden. Die Einfuhren aus diesen Ländern nahmen um 9,2 Prozent auf 399,1 Milliarden Zloty zu.

KONJUNKTUR

London meldet Produktionsplus

WILHELM FURLER, London

Die Industrieproduktion in Großbritannien ist im November vergangenen Jahres wieder leicht gestiegen, nachdem sie im Monat zuvor etwas *gefallen* war. Gegenüber Oktober erhöhte sich der Produktionsindex um etwa ein halbes Prozent auf 101,4 (1980 = 100). In den drei Monaten zum November lag die Industrieproduktion um drei Prozent höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Damit bestätigt sich, daß die Belebung der Wirtschaftstätigkeit in Großbritannien in letzter Zeit erheblich langsamer verlaufen ist, als das rasche Wachstum der Konsumenten-Ausgben erwarten ließ. Besonders schwach ausgeprägt ist der Anstieg der Produktion in der verarbeitenden Industrie Großbritanniens. In den drei Monaten bis November 1983 stieg sie lediglich um 0,5 Prozent gegenüber den drei Monaten zuvor und lag nur um zwei Prozent über dem Niveau in der gleichen Zeit des Vorjahres.

In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres ergibt sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau ein Anstieg der Produktion in der verarbeitenden Industrie von nur 0,5 Prozent. Die Produktion in der Verbrauchsgüter-Industrie stieg in der gleichen Zeit gerade um zwei Prozent, während das Volumen der Einzelhandels-Verkäufe im gesamten Jahr 1983 um 5,5 Prozent über dem 82er Niveau liegen dürfte.

Ein Teil dieser erheblichen Differenz läßt sich auf einen weiteren Lagerabbau bei Herstellern und im Handel zurückführen. Doch bestätigen die Außenhandels-Statistiken, daß die starke Konsumenten-Nachfrage insbesondere durch wachsende Importe gedeckt wurde.

OBSTBRANNTWEIN / Sorgen der Brennereien mit dem Entwurf einer EG-Regelung zum Alkoholgehalt

„Kirschwasser darf nicht verwässert werden"

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Eine Verwässerung von Kirschwasser oder Himbeergeist, der Edelbrände aus dem Schwarzwald, befürchten die in jener Region ansässigen Obstverschlußbrennereien. Ihre Sorge richtet sich auf die im Entwurf vorliegenden EG-Regelungen, die eine Gleichschaltung der Begriffsbestimmungen zum Ziel haben. Dies liefe darauf hinaus, daß die beabsichtigte Herabsetzung des Mindestalkoholgehalts (von 40 auf 38 Prozent) bei gleichzeitiger Heraufsetzung der Höchstdestillationsgrenze die bislang hohe Qualität der vom Obst abstammenden „scharfen Sachen" gefährden würde.

Das Interesse der Brennereien an einer Beibehaltung des Mindestalkoholgehalts ist deshalb groß, weil Alkohol als Aromaträger in seiner bisher höheren Konzentration eben auch den beim Obstbranntwein wichtigen besseren Geschmack gewährleistet. Eine nicht erwünschte geschmackliche Gleichmacherei würde überdies eintreten, wenn – wie beabsichtigt – die Höchstdestillationsgrenze (im Fachjargon „Höchstabtrieb") von jetzt 86 auf 92 Prozent angehoben würde, da man sich bei einer derartigen Verlängerung des Destillationsprozesses immer näher an die Geschmacksneutralität reinen Alkohols heranbewege.

„Das mag für Kartoffel- oder Kornbrände sowie für die in einem Brenngang arbeitenden Kolonnenbrenner *vorteilhaft sein*, das Ansehen unseres Kirschwassers und der anderen Schwarzwälder Spezialitäten aus der Brennblase ginge aber verloren", befürchtet Walter Ulmann, Vorsitzender des Bundesverbandes der Obstverschlußbrenner und Geschäftsführer des Branchengrößten, der Schwarzwälder Hausbrennerei GmbH Alfred Schladerer, Staufen/Breisgau. Die Obstverschlußbrenner – der Begriff leitet sich von dem für den Brennvorgang vorgeschriebenen Zollverschluß ab – sind nicht zuletzt auch deshalb in jener Frage noch sensibilisiert, als ihnen die letzten beiden Branntweinsteuererhöhungen stark zusetzten und sie ihre gute Position im Wettbewerb bedroht sehen.

Dennoch blickt die Branche nicht pessimistisch in die Zukunft – im Gegenteil: Der Trend zu höherer Eßkultur wie auch der Tourismus bringen es mit sich, daß immer mehr Bundesbürger auch aus den nördlicheren Regionen, in denen unter den Schnäpsen der Korn eindeutig dominiert, zu Obstwässern oder -geistern greifen. Alles in allem hatte die Spirituosenbranche *in der Bundesrepublik in* den zurückliegenden Jahren vor allem bedingt durch die Erhöhungen der Branntweinsteuer einen beträchtlichen Absatzrückgang zu schlucken. In 1981 lag das Minus bei 8,3 Prozent und in 1982 bei 14,5 Prozent. Im ver*gangenen Jahr dürfte der Rückgang* nach überschlägiger Rechnung bei 4 bis 5 Prozent gelegen haben. Die Marktversorgung an Spirituosen in der Bundesrepublik für das vergangene Jahr wird auf 550 bis 560 Mill. Flaschen (0,7 Liter) geschätzt.

Bei den *Obstbranntweinen verlief* der Absatzschwund in den zurückliegenden Jahren indessen wesentlich moderater. Infolgedessen nähert sich der Marktanteil am gesamten Spirituosenabsatz auch immer mehr der 2-Prozent-Marke. Ulmann schätzt den Obstbranntweinabsatz des vergangenen Jahres auf 9,5 Mill. Flaschen. In der Bundesrepublik gibt es rund 50 Obstverschlußbrenner (38 da*von sind im Verband organisiert)*. Die Transparenz des Marktes wird dadurch erschwert, daß mit einer beträchtlichen Dunkelziffer auch Obstler von den rund *35 000 bäuerlichen* Abfindungsbrennereien in den Markt eingeschleust werden.

NAMEN

Hans Reifenhäuser, geschäftsführender Gesellschafter der Reifenhäuser GmbH & Co., Troisdorf, vollendet am 20. Januar das 70. Lebensjahr.

Wolfgang Werschek, Geschäftsführer der Kaufhof-Filiale Offenbach, wird am 20. Januar 60 Jahre.

Kurt Schoop, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Düsseldorfer Messegesellschaft mbH-Nowea, wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft als Sonderbeauftragter für die deutsche Leistungsschau Japan 1984 benannt.

Dr. Friedrich-Leopold Freiherr von Stechow ist als Generalbevollmächtigter in das Bankhaus Trinkaus + Burkhardt, Düsseldorf, eingetreten. **Helmut Paffendorf**, *bisher Direktor* der Bank, ist zum weiteren Generalbevollmächtigten ernannt worden.

Hans-Herbert Becker, stellvertretendes Vorstandsmitglied der AEG-Telefunken Hausgeräte AG, Nürnberg, hat „im Einvernehmen mit der Gesellschaft *und der Konzernmutter*" seinen Hut genommen. Das Ressort Vertrieb wird von Hausgeräte-Chef **Günter W. Tumm** in Peronalunion übernommen. **Carlhanns Damm** wurde Generalbevollmächtigter für Vertrieb und Marketing.

GEMEINNÜTZIGE SIEDLUNGSGESELLSCHAFT

Kein Bauträgergeschäft mehr

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten geratene Bauträgergesellschaft GSG Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mbH des Evangelischen Siedlungswerks und der Leonberger Bausparkasse, Stuttgart, peilt zur Abwendung eines Konkurses mit ihren über 40 Gläubigerbanken einen außergerichtlichen Vergleich an. Mit Abwicklung des derzeitigen aktiven Bauträgervolumens von rund 1200 Wohneinheiten im ganzen Bundesgebiet, für die ein Zeitraum von fünf Jahren veranschlagt wird, will sich das Unternehmen aus diesem Betätigungsfeld zurückziehen und auf die Verwaltung ihres Miethausbesitzes konzentrieren.

Allein in den Jahren 1981 und 1982 sind bei der GSG Verluste in Höhe von zusammen 30 Mill. DM aufgelaufen, die aus den Reserven abgedeckt wurden. Für das soeben abgelaufene Jahr 1983 sind trotz erheblicher Reduzierung des Betriebsapparats (70 Beschäftigte) bei gleichzeitigem Zurückfahren des Neubauvolumens von den durchschnittlich 1000 Einheiten im Jahresdurchschnitt auf etwa 600 Einheiten in Anbetracht der hohen Zinsbelastungen (60 Mill. DM in 1982) wird ein erneuter „zweistelliger" Millionenverlust erwartet. Das für Ende 1982 noch ausgewiesene Eigenkapital von 19 Mill. DM (in das Stammkapital von 14 Mill. DM teilen sich das Siedlungswerk und die Bausparkasse paritätisch) dürfte damit verloren sein.

Als Ursachen für den Niedergang des Unternehmens sieht Günter Himstedt, der seit Dezember letzten Jahres in Personalunion Vorstandsmitglied der Leonberger Bausparkasse und deren Großaktionär Allgemeine Rentenanstalt ist und als neuer Aufsichtsratsvorsitzender der GSG fungiert, neben der allgemeinen Schwäche des Immobilienmarktes und der daraus resultierenden schleppenden Verkaufserfolge, die Unterkapitalisierung der GSG wie auch gewisse Fehler im Zuschnitt des Bauprogramms und in der dezentralen Struktur des Unternehmens.

Alles in allem geht es bei der GSG um ein Bankkreditvolumen von rund 650 Mill. DM, das „abzuschmelzen" ist. Für den Fall, daß ein Konkurs nicht abgewendet werden könne – die Entscheidung der Banken muß noch in diesem Monat fallen – wollen die Gesellschafter sich zur Vermeidung von Härten mit weiteren Mitteln (bisher wurde von ihnen die GSG bereits mit insgesamt 40 Mill. DM Darlehen gestützt) bereitstehen. „Ein unbegrenztes Einstehen gibt es aber nicht", konstatiert Himstedt.

REYNOLDS TOBACCO / Zweistelliges Wachstum beim Absatz und Umsatz

Erfolg mit kühler Markteinschätzung

HARALD POSNY, Köln

Im Preiskrieg auf dem deutschen Zigarettenmarkt gehörte die Kölner Reynolds Tobacco GmbH 1983 eindeutig zu den Gewinnern. Trotz aller Handels- und Billigmarken, die der Branche zeitweilig schwer zu schaffen machten, gelangen dem Unternehmen nicht nur zweistellige Zuwachsraten in Absatz und Umsatz, sondern auch eine weitere Steigerung des Marktanteils.

Und fast noch wichtiger: Bei einem nur um 2 Prozent auf etwa 113,6 Mrd. Stück gewachsenen Gesamtmarkt hat Reynolds im traditionellen Segment der Camel, Reyno und JPS, das auch die Gewinne bringt, das Wachstum sogar auf 9,4 (7,9) Prozent beschleunigen können. Wenn die Camel Filter dennoch ihre Position unter den „Top Ten" mit einem Marktanteil von 7,3 (7,6) Prozent nicht halten konnte, so hat sie ihren 3. Rang gegenüber den Wettbewerbsmarken am besten behauptet.

„Wir haben im Krisenjahr 1983 konsequent unsere seit Jahren bewährte Strategie weiterverfolgt, etwas nicht oder anders zu tun. Wir haben uns nicht zu panischen Schritten oder Überreaktionen verleiten lassen, die uns mit Sicherheit in die roten Zahlen gebracht hätten", meint der Vorsitzende der Geschäftsführung Peter W. Fischer. Freilich mußte Reynolds hier Federn lassen: Der Gewinn nach Steuern fiel auf von 1,7 auf 0,5 Mill. DM zurück.

Die Reynolds-Strategie lag in der gezielten Einführung der dem Namen nach von früher her bekannten Overstolz, mit der, so Fischer, nicht nur ein Segment abgedeckt wurde, das bisher nicht belegt war, es wurde auch der „Kannibalisierungseffekt *auf das bestehende Sortiment*" ausgeschlossen.

Auch die Camel-Preissenkung wurde „mit Augenmaß" vorgenommen, und schließlich habe man sich aus dem Selbstdrehermarkt herausgehalten, auf dem sich eine ähnliche Situation wie bei den Industriezigaretten anbahnte.

Als Erfahrung resümiert Fischer: „Die Marktstrukturen haben sich verschoben. Die Marktgliederung nach Produkteigenschaften ist durch eine Einteilung in Preiskategorien abgelöst worden, die klassische (über 3,50 DM), die Industrie-Niedrigpreisgruppe (unter 3,50 DM) und die Handelsmarken (um 3 DM). Für 1984 rechnet Reynolds mit weiteren Marktanteilszuwächsen über das gesamte Sortiment.

Unter der Voraussetzung „anhaltender Ruhe an der Preisfront" erwartet Fischer für den Gesamtmarkt eine Steigerung um 2 bis 3 Prozent auf 116 bis 117 Mrd. Stück. Das *Industrie-Niedrigpreissegment* werde sich bei 14, die Handelsmarken auf 5 Prozent einpendeln. Der Teilmarkt Feinschnitt (14 Prozent) werde eher leicht abnehmen. Ein Einstieg in diesem Markt hält Fischer jedoch für „kaufmännisch unattraktiv und nicht sinnvoll".

Reynolds	1983	± %
Absatz (Mill. DM)	21 126	+13,3
davon Inland	12 961	+10,0
davon Ausland	8 165	+19,0
Umsatz (Mill. DM)	2 111	+18,1
Inlands-Marktanteil (%)	11,4	(10,6)
Mitarbeiter	1 960	+ 2,4
Personalaufwand	133	+12,1
Investitionen	52	+71,7
Abschreibungen	17	–37,0
Eigenmittel	168	– 2,6
in % der Bil.-Summe	26,8	(35,4)

[1]) ohne MwSt. einschl. Tabaksteuer (ohne MwSt. und ohne Tabaksteuer: 618 nach 567 Mill. DM).

ARA SERVICES / Olympia-Verpfleger

Chancen für Catering

INGE ADHAM, Frankfurt

Der im vergangenen Jahr in vielen Unternehmen kräftig angesetzte Rotstift hat dem Catering, der Bewirtschaftung von Kantinen durch eine außenstehende Firma mit eigenem Personal, zu vielen neuen Kunden verholfen. Zwar werden zur Zeit erst rund 300 der insgesamt 18 000 Kantinen für Betriebsverpflegung von sieben professionellen Catering-Unternehmen, die damit schätzungsweise 300 bis 350 Mill. DM umsetzen, betreut. Aber die Tendenz, so sehen es die Geschäftsführer der ARA Services GmbH, Offenbach, ist eindeutig steigend.

Mit gut 1000 Mitarbeitern betreute ARA Services im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) gut 300 Kunden und setzte damit 88 Mill. DM um, 13,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Als Basis für das Plus sieht Geschäftsführer Heinrich Dietrich vor allem, daß man den Kunden „alle Systeme der Betriebsverpflegung aus einer Hand" anbiete.

Dazu gehört auch ein umfangreiches Automatengeschäft, das im vergangenen Jahr einen „großen Schritt nach vorn" getan habe, da man in diesem Bereich vom Trend zur Zwischenverpflegung profitiere. Mit gut 3000 bei Kunden installierten Automaten sieht sich ARA als der führende „Automaten-Operator" der Bundesrepublik. Diese Stellung soll mit rund 2 bis 3 Mill. DM Investitionen jährlich in neue Automaten ausgebaut werden.

Noch in den Kinderschuhen steckt mit 0,8 Mill. DM Umsatz die neue Sparte Café-Service, die den Wettbewerb etablierter Kaffee-Unternehmen spürt, aber sukzessive weiter ausgebaut werden soll. Für das neue Geschäftsjahr peilt ARA gut 100 Mill. DM Umsatz an und will damit seinen Marktanteil am deutschen Catering-Geschäft von derzeit rund 25 Prozent weiter ausbauen.

Weltweit erzielt die ARA Service Inc., Philadelphia, die auch für die Verpflegung der Olympia-Teilnehmer in Los Angeles sorgen wird, mit knapp 120 000 Mitarbeitern 3 Mrd. Dollar Umsatz, davon gut die Hälfte im Bereich Catering und Automatengeschäft. In Europa werden in sechs Ländern Tochterunternehmen betrieben, die insgesamt 4 Prozent (oder 320 Mill. DM) zum Konzernumsatz beitragen.

MESSE ESSEN / Vorsichtiger Flächenausbau

Gegen kleinliche Konkurrenz

WILM HERLYN, Essen

Günther Claassen, Direktor der Messe Essen GmbH, hat sich gegen ruinösen Wettbewerb der Messen untereinander ausgesprochen. Er sagte bei der Vorstellung der Bilanz 1983: „Wir sollten andere Sorgen haben als kleinliche Konkurrenz unter den Messen." Wenn auch nicht so ausgesprochen, zielte seine Kritik offensichtlich auf den zum Teil immensen Ausbau der Ausstellungsfläche vieler Messegesellschaften.

So wird zum Beispiel Frankfurt in den kommenden Jahren fast 1 Mrd. DM in Ausbau und Infrastruktur seines Messegeländes investieren. Dagegen nehmen sich die 50 Mill. DM geradezu bescheiden aus, die die Messe Essen bis zum 75jährigen Jubiläum 1988 in die Erhöhung der Präsentationsfläche von 60 000 auf 70 000 Quadratmeter stecken will sowie in umfangreiche infrastrukturelle Verbesserungen im Service-Bereich.

Die Messe Essen GmbH erreichte 1983 *einen Gesamt-Umsatz* von wieder mehr als 30 Mill. DM und erzielte damit erneut eine ausgeglichene Jahresbilanz. Nach Worten von Claassen erwirtschaftete die Messe 2,6 Mill. DM Gewinn, der in Übereinstimmung mit dem Eigner, der Stadt Essen, in den jetzt abgeschlossenen Bau einer neuen *Halle* investiert wurde. Das Ausstellungs- und Messe-Programm verteilte sich auf 136 Tage – somit war, statistisch gesehen, jeder dritte Tag ein Messe-Tag. Das 60 000 qm große Messegelände wurde zehnmal komplett umgesetzt. Insgesamt 1,6 Mill. Besucher und 6000 Aussteller verzeichnete die Gesellschaft 1983. Zu den internationalen Messen zählen vor allem die „Schweißen und Schneider", die „Blech" sowie die „Camping"- und „Caravan"-Ausstellung.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Plus bei Otto-Versand

Hamburg (JB.) – Der Otto-Versand, Hamburg, hat im Kalenderjahr 1983 seinen Umsatz um 5,1 Prozent auf 4,3 Mrd. DM erhöht. Mit diesem Wachstum heben sich die Hamburger Versender deutlich vom Durchschnitt der Branche ab. Wie es in einem ersten Überblick bei Otto heißt, hat die Versandbranche im vergangenen Jahr einen Umsatzrückgang von nominal 2,5 Prozent hinnehmen müssen. Aufgrund der positiven Resonanz, die die in diesen Tagen an die Kunden verschickten Frühjahr/Sommer-Kataloge gefunden haben, erwartet Otto für das eigene Haus auch im Jahr 1984 eine zufriedenstellende Entwicklung.

An Zettelmeyer interessiert

Mainz/Trier (dpa/VWD) – Mit fünf Unternehmen aus dem In- und Ausland laufen gegenwärtig Verhandlungen über einen Kauf der in Konkurs geratenen IBH-Tochtergesellschaft Zettelmeyer (Konz bei Trier). Die Interessenten seien der Straßenbaumaschinen-Hersteller Joseph Vögele AG (Mannheim), Liebherr, Dresser Industries (USA) sowie der zweitgrößte Baumaschinenkonzern der Welt, die japanische Komatsu, teilte ein Sprecher von Zettelmeyer auf Anfrage mit. Ein fünfter Interessent wolle nicht genannt werden. Wie zu erfahren war, soll es sich um eine Hamburger Firma handeln, die Ersatzteile vertreibt.

„1899" strebt aufwärts

Frankfurt (cd.) – Die zur Oetker-Gruppe gehörende Bankgesellschaft von 1899, Frankfurt, berichtet über eine Zunahme des Geschäftsvolumens um 14 Prozent auf 947 Mill. DM. Das nicht bilanzwirksame Geschäft der Privatbank, deren Aktivitäten sich auf industrielle und mittelständische Kunden im Rhein-Main-Gebiet und zunehmend auch überregional konzentrieren, habe deutlich an Gewicht gewonnen. Die um 44 Prozent auf 233 Mill. DM gestiegenen Kundeneinlagen werden von der Bank als Zeichen ihrer aufstrebenden Position im Markt bezeichnet.

Bär gedeiht

Frankfurt (cd.) – Die Bank Julius Bär & Co AG, Zürich, berichtet über eine 17prozentige Steigerung der Bilanzsumme auf 1,8 Mrd. sfr und eine 18prozentige Steigerung des Reingewinns auf 19,4 Mill. sfr. Nach Ausschüttung von 15 (13) Prozent Dividende und 9 (8) Mill. sfr Rücklagendotierung erreichen die ausgewiesenen Eigenmittel knapp 133 Mill. sfr.

Pakistan-Auftrag

Frankfurt (Wb.) – AEG-Kanis soll gemeinsam mit Mannesmann-Demag sechs Gasturbinen-Verdichtereinheiten im Gesamtwert von 65 Mill. DM nach Pakistan liefern. Mit der Verdichterstation wollen die Pakistani den Druckabfall in ihrem größten Erdgasfeld ausgleichen. AEG-Anteil: 45 Mill. DM.

Media-Mail: Zehn Titel im Programm

dos. Hannover

Die Verlagsgesellschaft Media-Mail GmbH, Hannover, die im August 1983 sechs Fachzeitschriften des Coburger Verlags übernommen hatte, hat das Programm um einen weiteren Titel ausgedehnt. Mit dem „Hannover-Journal", das erstmals im Dezember erschien, erhöhte sich die Zahl der verlegten Titel auf zehn mit einer monatlichen Auflage von 191 000 Exemplaren. Geschäftsführer Wolf Grütter rechnet für 1984 mit einem Verlagsumsatz von 5 Mill. DM gegenüber 3 Mill. DM im vergangenen Jahr. Spätestens 1985 soll die Phase der Anlaufverluste abgeschlossen sein. Von den Investitionen 1983 (rund 2 Mill. DM) sei über 1 Mill. DM für den Erwerb der Zeitschriften aufgewandt worden.

Gut ausgelastet, so Grütter, ist die rechtlich selbständige Druckerei Josef Grütter GmbH & Co KG, Ronnenberg. Durch die eigenen Verlagsprojekte habe sich diese Situation noch verbessert. Am Umsatz der Druckerei, der 1983 unverändert bei 18 Mill. DM lag, sind die Media-Mail-Erzeugnisse mit rund 15 Prozent beteiligt.

Lloyds übernimmt Teile der SMH-Bank

cd. Frankfurt

Die Übernahme des bonitätsmäßig einwandfreien Bankgeschäfts einschließlich des Wertpapiergeschäfts des Bankhauses Schröder, Münchmeyer Hengst & Co (SMH-Bank) durch die Lloyds Bank, London, ist jetzt perfekt. Die Übertragung wird in etwa drei Wochen mit der Eintragung im Handelsregister, mit der auch der Ausschluß von Altrisiken der SMH-Bank für die Lloyds Bank verbunden ist, stattfinden, und zwar auf eine neue, von der Lloyds Bank mit 100 Mill. DM Eigenkapital gegründete Gesellschaft, die bereits von der Bankenaufsicht die Betriebserlaubnis hat.

Nach der Übertragung soll die Firma in Schröder, Münchmeyer & Hengst umbenannt werden. Die Bank wird eine Bilanzsumme von etwa 900 Mill. DM haben und alle Mitarbeiter der bisherigen SMH-Bank übernehmen. Der Kaufpreis wird auf etwas unter 100 Mill. DM geschätzt. Die faulen Teile der alten SMH-Bank verbleiben bei der Hema-Beteiligungsgesellschaft des Bankenverbandes.

Nach einem erfüllten Leben verstarb am 12. Januar 1984 unsere liebe

Trux Jörgensen

geb. Lindener

Im Namen der Familie und Freunde
Gerhard Roltsch

2000 Hamburg 52
Kaulbachstraße 1

Wir nehmen Abschied am Dienstag, dem 24. Januar 1984, um 11 Uhr in der Kapelle des Nienstedtener Friedhofes, Rupertistraße.

Ein tapferes Leben ist friedlich zu Ende gegangen.

Hans-Otto Lübcke

Oberregierungsrat i. R.

* 3. September 1912 † 11. Januar 1984

Wir trauern um unseren lieben Bruder, Schwager, Onkel und Großonkel.

Erika Paulssen geb. Lübcke
Max Paulssen
Waldtraut Stengel geb. Lübcke
Ingeborg Waetzoldt geb. Lübcke
Stephan Waetzoldt
mit allen Angehörigen

Frahmstraße 8
2000 Hamburg 55

Trauerfeier am Dienstag, dem 24. Januar 1984, um 12.30 Uhr im Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle A.

Nach einem erfüllten Leben ist mein geliebter Mann, unser gütiger Vater und Opa

Kurt Leube

am 15. Januar 1984 in seinem 88. Lebensjahr sanft entschlafen.

Anne-Marie Leube geb. Haupt
Bernt und Kerstin Leube
mit John und Henrik

Elbchaussee 243
2 Hamburg 52

Trauerfeier am Donnerstag, dem 26. Januar 1948, um 14 Uhr in der Kirche zu Hamburg-Nienstedten, Elbchaussee.

Statt zugedachter Blumen bitten wir die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger zu bedenken. Konto-Nr. 1/07 557 Vereins- und Westbank Hamburg.

Steigender Dollar stoppte Kaufwelle

Standardaktien gaben überwiegend leicht nach

DW. – Enttäuscht über den wieder anziehenden Dollarkurs zogen sich am Mittwoch besonders die Ausländer als Käufer vom deutschen Aktienmarkt zurück. Die dadurch entstandene Auftragslücke konnte erst in der zweiten Börsenstunde durch Inlandsorders geschlossen werden. Insgesamt war die Tendenz auf dem Aktienmarkt uneinheitlich, gegen Schluß zeigte sich indessen wieder Zuversicht. Die Abschläge hielten sich überall in engen Grenzen. Umsatzschwerpunkte kristallisierten sich nicht mehr heraus. Auch bei den bisher lebhaft gehandelten Conti-Gummi-Aktien ließ die Umsatztätigkeit nach. Gleichwohl bestand wieder Interesse nach Bezugsrechten für die Conti-Optionsanleihe.

Die Meinung zahlreicher Banken, wonach die Maschinenbauaktien noch nicht überall ausgereizt sein sollen, hatte nur wenig Auswirkung auf die Kursbildung. Immerhin konnten sich Linde mit 405 DM (plus 3 DM) bemerkenswert gut behaupten.

Düsseldorf: DAT erhöhten um 8 DM, Keramag um 6 DM und Mauser um 3 DM. Rheag stockten um 6 DM auf und Schiess um 5,50 DM. Balcke Dürr verloren 4,50 DM. Bilfinger 4 DM und Hein. Lehmann ebenfalls 4,50 DM. Pegulan St. schlossen um 4 DM schwächer und Stinnes gaben um 8 DM nach. Bei den Versicherungen verbesserten sich Allianz Leben um 80 DM und Köln. Rück um 10 DM.

Hamburg: HEW waren bei 110 DM bis 109 DM (minus 0,50 DM) knapp gehalten. NWK-Vz. fielen nach den letzten Steigerungen auf 181 DM (minus 4 DM) zurück. Haller Meurer wurden mit 216 DM (plus 1 DM) bezahlt. Beiersdorf blieben bei 361 DM (minus 0,50 DM) wenig verändert. Markt und Kühlhallen gaben auf 306 DM (minus 2 DM) nach. Vereins- und Westbank gingen auf gestriger Basis zu 311 DM aus dem Markt.

Frankfurt: Bei kaum veränderten Kursen verlief die Veba-Plazierung. Von konsumnahen Werten konnten sich Steigenberger weiter auf 1550 DM (plus 50 DM) verbessern. Allweiler blieben 300 DM (minus 10 DM), Braun-Vorzüge 320 DM (minus 10 DM), Zeiss-Ikon 230 DM (minus 10 DM). Bei Plusankündigung stiegen Stempel um 17 DM auf 146 DM.

München: Agrob Vz. erhöhten sich um 2 DM auf 305 DM, Augsburger Kammgarn befestigten sich um 3 DM auf 112 DM. Audi NSU zogen um 3 DM auf 278 DM an und Flachglas konnten sich um 2 DM auf 286 DM verbessern. Grünzweig verloren 1 DM auf 165 DM und Leonische Draht gaben um 0,50 DM auf 340 DM nach.

Berlin: Berthold, Engelhardt und Kempinski verbesserten sich um je 5 DM und Orenstein um 4 DM. Spinne Zehlendorf schwächten sich um 10 DM ab. DUB-Schultheiss mußten um 3 DM, Herlitz Vorzüge um 2,50 DM, Rheinmetall um 2 DM zurückgenommen werden. Nachbörse: abwartend

WELT-Aktienindex vom 18. 1.: 154,2 (154,7); WELT-Umsatzindex vom 18. 1.: 2329 (2885)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Wien

	18. 1.	17. 1.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	212	210
Gösser-Brauerei	320	329
Länderbank Vz.	216	214
Österr. Brau AG	294	294
Perlmooser	325	320
Reininghaus	370	367
Schwechater Br.	155	151
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	158	158
Universale Hoch Tief	219	220
Veitscher Magnesit	–	208
Index	55,39	55,4

Kopenhagen

	18. 1.	17. 1.
Den Danske Bank	358	363
Jyske Bank	720	735
Kopenh. Handelsbk.	371	376
Novo Industri	2755	2885
Privatbanken	340	353
Ostasiat. Komp.	193	198
Dan. Sukkerfabr.	795	800
For. Bryggerier St.	1195	1200
Kgl. Porc. Fabr.	435	420

Brüssel

	18. 1.	17. 1.
Arbed	1296	1280
Brux. Lambert	2800	2720
Cockerill Ougrée	200	210
Ebes	2420	2425
Gevaert	2970	2980
Kredietbank	7018	7010
Pétrofina	7040	6900
Soc. Gén. d. Belg.	1860	1790
Sofina	5800	5860
Solvay	3745	3700
UCB	5170	5040
Index	145,87	144,23

Singapur

	18. 1.	17. 1.
Cycle + Car.	5,90	6,00
Cold Storage	5,10	5,10
Dev. Bk. of Sing.	10,40	10,40
Fraser + Neave	6,80	6,90
Kl. Kepong	3,18	3,18
Mal. Banking	9,25	9,30
Nat. Iron	4,00	4,15
OCBC	11,80	11,60
Sime Darby	2,86	2,84
Singapur Land	5,50	5,40
Un. Overs. Bank	5,85	5,80

Optionshandel

Frankfurt: 18. 1.: 1677 Optionen = 86 650 (6857) Aktien, davon 196 Verkaufsoptionen = 10 350 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-70/27, 4-80/19,5, 4-85/14, 4-90/11, 4-110/7, 4-120/4, 7-75/33, 7-85/25, 7-95/12, 7-100/10, 7-110/9, 7-120/6, 10-90/21, 10-110/12, 10-120/9, BASF 4-180/5,6, 7-170/17,6, 7-180/11, 7-190/5,5, 10-180/14,4, 10-190/11, Bayer 4-150/28,3, 4-160/21, 4-170/12,9, 4-180/7,3, 4-190/3,1, 7-170/18,6, 7-180/12,6, 7-190/8, 10-180/16, BHF 7-300/12,6, Bay. Hypo. 4-290/12, Bekula 4-100/2,4, 10-100/6,15, BMW 4-440/17,5, 7-450/16,5, Bay. Vereinsbank 7-360/8, Commerzbank 4-170/12, 4-180/6,5, 4-190/3,4, 4-200/2,9, 7-160/26, 7-170/18,6, 7-180/11, 7-190/7,7, 7-200/5, Conti 4-120/19,6, 4-130/12,5, 4-140/6,8, 7-120/25, 7-150/4,8, 10-140/14,8, Daimler 4-650/23, 7-610/55, 7-630/41, Dt. Babcock St. 7-200/10,5, Dt. Bank 4-320/38, 4-340/22,2, 4-350/14, 4-370/5,5, 7-330/36,8, 7-340/30,5, 7-350/24,2, 7-370/12, 7-380/9,9, 10-380/17,6, 10-400/11,5, Dresdner Bank 4-170/12,4, 4-180/6,4, 4-190/4, 7-170/18,9, 7-180/11,5, 7-190/7, 7-200/4,5, 10-180/14, 10-190/11, 10-200/8, GHH ST 7-160/8, Harpener 4-250/11,35, Hoechst 4-180/23,5, 4-180/15,6, 4-190/9,8, 4-200/5, 7-190/13,9, 7-200/9, 7-210/6,5, 10-190/18,5, 10-210/11, 10-220/3,4, Hoesch 4-95/22,5, 4-110/13,5, 4-120/6,5, 7-100/25, 7-110/13,6-14, 7-120/10, 10-120/14,4, 10-130/10, Karstadt 7-300/12,5, Kaufhof 4-280/7,4, Kloeckner 4-45/7,3, 4-50/3,2, 4-55/1,8, 7-45/8,8, 7-50/6,5, 7-55/4,5, 10-50/7,65, Lufthansa St 4-180/6,5, 7-180/9, Lufthansa Vz. 7-170/8,5, MAN 7-140/12, Mercedes 4-520/45, Metallges. 4-21/16,15, Mannesmann 4-140/13,8, 4-150/6,6, 4-160/4,5, 4-170/1,8, 7-140/19,6, 7-160/7,6, 7-170/4,5, 10-180/16,8, 10-180/11,8, 10-170/8, Preussag 4-270/11, 7-270/20, Rütgers 10-380/38, RWE St. 4-170/19, 4-180/7,35, 4-190/4,3, 7-190/11,25, 10-190/8,6, RWE Vz. 4-180/6, 10-180/14,35, 10-190/8,7, Schering 4-380/14, Kali + Salz 4-200/25, 4-210/18, Siemens 4-360/3,46, 4-380/28, 4-390/13, 4-410/7, 7-380/30, 7-400/16,3, 7-410/11, Thyssen 4-85/8,5, 4-90/5, 7-85/12, 7-95/5, 10-90/10,5, 10-95/7, Veba 4-170/7, 4-180/3,8, 7-180/7,1, 7-190/3,7, VEW 4-130/2,4, 7-130/6,5, 10-130/7,4, VW 4-210/27, 4-220/16,4, 4-230/12,6, 4-240/6,2, 4-250/3, 7-200/40,4, 7-220/26,2, 7-230/18, 7-240/14,8, 7-250/10,05, 7-270/5, 10-210/40, 10-220/33,8, 10-230/27, 10-250/14, 10-280/11, Chrysler 4-80/7,9, 4-85/4,9, 7-80/10, 7-85/7,8, 7-90/5,6, Elf 4-60/3,9, 7-60/6,2, 10-60/8, IBM 4-330/15, Norsk Hydro 4-180/30, 10-200/13,5, Philips 4-40/5,1, 7-40/6, 7-45/3,9, 10-50/3, Royal Dutch 4-130/7, 7-120/17,5, 7-130/10,65, 10-130/15,1. Verkaufsoptionen: AEG 4-85/1, 4-90/2,8, 7-85/1,9, 7-90/3,8, 10-80/1,4, 10-85/3, 10-90/5, BASF 4-170/2, 7-160/2, 7-170-3,5, 7-180/8, Bayer 7-180/3, Commerzbank 4-170/2,1, 7-170/2,6, 10-170/4,4, Conti 4-130/3,5, 4-140/9,5, 7-120/1,4, 7-120/5,2, 10-120/2,5, 10-130/6, Daimler 7-600/9,4, Dt. Babcock St. 7-180/4, 7-190/11,4, Deutsche Bank 4-340/3,1, 10-340/8,2, Dresdner Bank 4-170/2,1, 7-170/3, 10-170/4,1, GHH St. 4-160/8,4, Hoechst 7-180/1,9, 7-190/4,9, 10-190/6,3, Hoesch 4-110/2, 10-110/4,5, 10-120/5,8, MAN 4-140/4,5, Metallges. 7-210/4,4, 10-210/6,6, Mannesmann 7-140/2,1, 7-150/5,8, 10-150/8,9, Siemens 4-370/2,9, 4-380/5, Thyssen 4-80/4,4, 7-85/3,5, 10-85/4,25, Veba 4-170/2, 7-170/5, VW 4-220/5, 7-200/1,7, 7-210/2,5, 7-220/5,8, 10-210/6, 10-220/3,4, Chrysler 7-75/2,8, Elf 4-60/3, Philips 4-45/3,6, 7-45/4, 10-40/2. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18. 1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½– 9⅝	5⅝–5⅞	3¼–3½
3 Monate	9⅝– 9⅞	5⅞–6⅛	3⅝–3⅞
6 Monate	9⅞–10	6⅛–6⅜	4 –4¼
12 Monate	10⅛–10¼	6⅜–6⅝	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1505,00	1819,70
10 US-Dollar (Indian) **)	1198,00	1410,26
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	615,60
1 £ Sovereign alt	243,00	299,82
1 £ Sovereign Elizabeth II	235,00	290,70
20 belgische Franken	183,00	228,26
10 Rubel Tscherwonez	250,00	319,36
2 südafrikanische Rand	236,00	290,70
Krüger Rand, neu	1057,00	1244,88
Maple Leaf	1057,00	1244,88
Platin Noble Man	1069,00	1258,56
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	269,00	332,76
20 schweiz. Franken „Vreneli"	200,00	251,94
20 franz. Franken „Napoléon"	197,00	249,66
100 österr. Kronen (Neuprägung)	974,00	1174,20
20 österr. Kronen (Neuprägung)	194,00	243,96
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	462,00	566,58
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

18. 1. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankds.-Kurse*)	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York²)	2,8130	2,8210	2,7898	2,77	2,86
London¹)	3,960	3,974	3,944	3,90	4,05
Dublin¹)	3,091	3,105	3,052	3,03	3,18
Montreal²)	2,2510	2,2590	2,2220	2,20	2,29
Amsterd.	88,730	88,950	88,82	87,75	89,75
Zürich	125,720	125,920	125,82	124,50	127,25
Brüssel	4,892	4,912	4,841	4,71	4,93
Paris	32,625	32,785	32,10	31,85	33,60
Kopenh.	27,355	27,675	27,33	26,75	28,75
Oslo	35,750	35,870	36,17	34,75	36,80
Stockh.**)	34,255	34,415	33,885	33,50	35,25
Mailand³) **)	1,642	1,662	1,706	1,58	1,68
Wien	14,185	14,205	14,180	14,09	14,31
Madrid**)	1,753	1,763	1,70	1,64	1,78
Lissabon**)	2,070	2,090	1,965	1,60	2,40
Tokio	1,2025	1,2055	–	1,16	1,22
Helsinki	47,270	47,470	46,27	46,25	48,60
Buen. Air.	–	–	–	–	16,80
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen⁴) **)	2,70	2,7540	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5295	2,5485	–	2,40	2,50
Johannesbg.*)	2,2410	2,2600	–	2,00	2,25

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Einen kräftigen Kursaufschwung verzeichnete am 18. 1. der US-Dollar. Marktteilnehmer in New York zeigten sich enttäuscht darüber, daß die Tagesgeldsätze gestern wieder über 9½ Prozent gehandelt wurden. Auch des öfteren zu hörende Meinungen, daß die schlechten Einzelhandelsumsatzzahlen vom Freitag beim nächsten Ausweis nach oben revidiert würden, sorgten für Dollar-Nachfrage. Der Dollar erreichte in der Spitze 2,8230 und wurde gegen Geschäftsschluß mit 2,8130 gehandelt, nachdem er zeitweise die Marke von 2,81 wieder unterschritten hatte, als der fünfprozentige Rückgang der Housing starts für Dezember bekannt wurde. Die Bundesbank blieb dem Markt fern, verkaufte allerdings zur amtlichen Notiz von 2,8170 6,4 Mio. Dollar. Parallel zum Dollar zogen heute auch der Schweizer Franken (125,82) und der Japanische Yen (1,2040) wieder kräftig an. Von den nordischen Währungen notierte besonders die Norwegische und die Schwedische Krone fest. Das Britische Pfund und der Gulden kamen schwächer zur Notiz. US-Dollar in: Amsterdam 3,1605; Brüssel 57,47; Paris 8,6140; Mailand 1710,00; Wien 1986,30; Zürich 2,2389; Ir. Pfund/DM 3,086; Pfund/Dollar 1,4082; Pfund/DM 3,967.

Ostmarkkurs am 18. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports wiesen am 18. Januar höhere Abschläge auf, da einerseits die Zinssätze für Dollar ⅛ Prozentpunkte anzogen, andererseits die DM-Zinssätze auch besser offeriert waren.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,76/2,66	5,12/4,92
Pfund/Dollar	0,055/0,065	0,15/0,17	0,30/0,34
Pfund/DM	1,80/0,40	4,00/2,60	6,80/5,40
FF/DM	27/11	69/53	128/112

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18. 1.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,95–6,05 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,20 Prozent.

Privatdiskontsätze am 18. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 18. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 8,50 (7,59). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 8,50 (7,80) – 8,50 (8,00) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,90, 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Renten verunsichert

Der „unplanmäßige" Wiederanstieg des Dollars führte zu einer spürbaren Verunsicherung des Rentenmarktes. Ausschlaggebend dafür war der Rückgang der Kaufaufträge aus dem Ausland, die in den vergangenen Tagen besonders bei den öffentlichen Anleihen für eine freundlichere Tendenz gesorgt hatten. Diesmal kam es bei ihnen zu Schwankungen um 0,20 Prozentpunkte nach beiden Seiten. Knapp behauptet lagen die DM-Auslandsanleihen. Erstklassige Adressen blieben allerdings unvermindert gesucht. Am Pfandbriefmarkt war das Geschäft lustlos, wesentliche Renditeverschiebungen traten nicht ein.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	18. 1.	17. 1.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	98,5G	98,5G
F 7½ Bakola Pf 104	99,85G	99,85G
9 dgl. Pf 106	102,3G	102,8G
10 dgl. Pf 108	107G	107,5G
7 dgl. KS 132	94,8G	94,75G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,4G
9 dgl. KS 189	102G	102G

Bundesbahn

		18. 1.	17. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
6 Bdbahn 72	9/84	100,85	100,85
8½ dgl. 78	9/84	100,95G	100,95
6 dgl. 78 III	11/84	99,55	99,55

	18. 1.	17. 1.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	88,9G	88,9G
6 dgl. 47	78	78
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	92,85G	92,85G
8 dgl. Pf 73	100,3G	100,3G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,6

	18. 1.	17. 1.
M 5 Vereinsbk. Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77bG	77G
7 dgl. Pf 100	99,3bG	99,3bG
D 8 WestLB Pf 350	100,5G	100,5G
6½ dgl. Pf 403	96,1G	96,1G
9½ dgl. Pf 1007	104,85G	104,85G
8 dgl. Pf 1015	97,95G	97,95G
7 dgl. KO 556	99,6G	99,6G
6½ dgl. KS 420	94,5G	94,5G
9¼ dgl. KO 1301	103,8G	103,8G

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Mittwoch die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Leichte Gewinne konnte dagegen Kupfer verzeichnen. Während Kaffee fester notierte, ging Kakao schwächer aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	18. 1.	17. 1.
März	348,50	354,75
Mai	348,00	342,75
Juli	340,00	342,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	18. 1.	17. 1.
St. Lawrence 1 CW	151,20	251,20
Amber Durum	223,74	258,80

Kakao New York ($/t)	18. 1.	17. 1.
Terminkontr. März	2402	2468
Mai	2400	2436
Juli	2390	2428
Umsatz	7821	8269

Zucker New York (c/lb)	18. 1.	17. 1.
Kontrakt Nr. 11 März	7,78	7,58
Mai	8,11	7,93
Juli	8,42	8,25
Sept.	8,66	8,48
Okt.	8,85	8,67

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

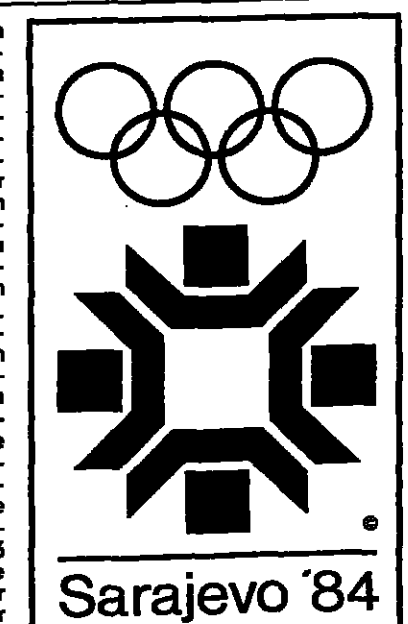
Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

WELT-SERIE / Die Stars der Winterspiele – Heute: Franz Klammer

In 20 Tagen, am 8. Februar um 14.30 Uhr, werden die XIV. Olympischen Winterspiele eröffnet, im Sportpark im Stadtzentrum von Sarajevo, der 450 000 Einwohner zählenden Hauptstadt der jugoslawischen Republik Bosnien und Herzogewina. 163 Millionen Dollar wurden allein in Olympiabauten und Organisation investiert, seitdem die Stadt am 18. Mai 1978 in Athen mit 39:26 den Zuschlag gegen Sapporo, der japanischen Olympiastadt von 1972, erhielt. Seitdem ist Sarajevo in aller Munde. Es will mit den Spielen den brachliegenden Tourismus ankurbeln: Winterspiele im Zeichen von Moscheen – das soll der besondere Reiz werden, der ausländische Besucher über die Zeit der Wettbewerbe hinaus in die Stadt lokken soll. Sechs Gebirgsmassive umgeben Sarajevo. Am Berg Bjelasnica, in einer Höhe von 2076 Metern, wird am 9. Februar die erste große Entscheidung der Spiele fallen – im Abfahrtslauf der Herren. Wieder dabei: Franz Klammer, Olympiasieger von 1976.



Die WELT beginnt heute, 20 Tage vor den Olympischen Winterspielen von Sarajevo, mit einer Serie in loser Folge. Mittelpunkt aller Folgen sind Geschichten über die großen Stars des Wintersports von Lake Placid bis heute. Am Anfang steht der dienstälteste alpine Skiläufer: Franz Klammer, 31 Jahre alt. Am letzten Sonntag, beim Weltcup-Rennen in Wengen, bestritt er seinen 100. Abfahrtslauf. Er belegte bei seinem Jubiläum zwar nur Platz 13 (noch hinter dem Deutschen Sepp Wildgruber), doch er muß auch in Sarajevo als Medaillenkandidat gelten. Die Serie der WELT umfaßt vor allem die gefeierten Olympiasieger von 1980 in Lake Placid und das, was aus ihnen geworden ist. Was macht Eric Heiden, der fünf Goldmedaillen gewann, heute? Wie kommen die Zwillinge Steve und Phil Mahre dazu, plötzlich ihre Startnummern zu verwechseln? Sind die amerikanischen Eishockey-Spieler, die die Russen besiegten, nach dem Gewinn der Goldmedaille als Profis reich geworden?

Wenn Franz Klammer am 9. Februar kurz nach 12.00 Uhr die Lichtschranke der elektronischen Zeitmessung am Start durchbricht, ist selbstverständlich das Fernsehen dabei (bei uns in diesem Fall das Erste Programm). Auch die Winterspiele von Sarajevo sind Fernsehspiele. Nur zwei Wettbewerbsteile werden nicht von den Kameras verfolgt: die Pflicht bei Damen und Herren im Eiskunstlauf. Knapp über 200 Stunden Bild und Ton werden den insgesamt 57 Sendeanstalten aus 24 Nationen, die original aus Sarajevo berichten, angeboten. Die Jugoslawen holten sich dabei Hilfe beim amerikanischen TV-Giganten ABC, der zum Beispiel den Abfahrtslauf der Herren mit 19 Kameras verfolgt. Mit 91,5 Millionen Dollar zahlten die Amerikaner auch den Löwenanteil der Fernsehlizenzen. Dafür verkaufen sie in der Heimat eine Werbeminute auch für 400 000 Dollar. Die beiden deutschen Sendeanstalten, ARD und ZDF, wechseln sich in ihrer Berichterstattung ab und senden pro Tag fast 12 Stunden lang.

„Immer nur oben zu sein, ist einfach. Wenn du tief unten bist, lernst du das Leben kennen"

Von MARTIN HÄGELE

Olympia waren seine fürchterlichsten Erlebnisse. 1976 hat er in seinem Zimmer im olympischen Dorf die Telefonschnur aus der Wand gerupft. „Der Druck, die öffentliche Erwartung, das war die Hölle", sagt Franz Klammer heute. Letztendlich hat er den Druck von siebeneinhalb Millionen Landsleuten ausgehalten und der skiverrücktesten aller Schneenationen die geforderte Goldmedaille abgeliefert. Von einem Tag zum anderen ist aus dem Druck Dank geworden. Ewiger Dank.

1980, während am Whiteface Mountain bei Lake Placid der Österreicher Leo Stock dem Gold entgegenraste, litt der ausrangierte Titelverteidiger vorm Fernseher. „Die Ferien in der Karibik waren auch nicht schlecht", hat Klammer jenen geantwortet, die nach seinem Innenleben forschten. Eine Ausrede, eine Lüge. Die tropische Sonne hatte ihm die Wirklichkeit eingebrannt: Der Ski-Kaiser befand sich im Exil.

Heute hält er wieder zu Hause hof. Franz Klammer (30), 100 Weltcup-Abfahrten überstanden, 24 davon gewonnen. Er hat alles erreicht, wovon der Bergbauernbub aus Mooswald einst geträumt hatte.

Ein Volk, das den Schmäh, die verletzendste Art des Spotts, erfunden hat, verherrlicht den Abfahrer Klammer als Denkmal aus Fleisch und Blut. Zum ewigen Dank von Innsbruck gesellte sich die Legende, wie einer noch einmal aus dem Hades zurückgekehrt ist.

Nach 22 Siegen war der Dauersieger abgestürzt, in der Zweitklassigkeit verschwunden; einmal kam er als 43. ins Ziel. Die österreichischen Zuschauer haben trotzdem ihre Goschen gehalten. Austrias Sportschreiber haben lieber geschwiegen, als daß sie an Klammer gekratzt hätten – um nach fast vier Jahren, exakt waren es 1366 Tage, lauter denn je Klammers Comeback hinauszuposaunen in die Welt der Berge. Das denkwürdige Datum: 6. Dezember 1981 in Val d'Isère.

Schon viele Menschen, Trainer, Skifahrer, Journalisten haben versucht, den Ski-Piloten Klammer in irgendeine Schublade einzuordnen, seine Karriere und Popularität über zwölf Jahre hinweg zu analysieren. Sie standen und stehen vor einem Rätsel.

War es der Skiunfall seines Bruders Klaus, der querschnittsgelähmt im Rollstuhl sitzt, was die Barriere im Hirn des Rennfahrers aufgebaut hatte? Oder stimmte nach dem Ski-Markenwechsel einfach das Verhältnis Mensch/Material nicht mehr? Bremste das (von Klammer nie geäußerte) Mißtrauen in die Bretter?

Ein österreichischer Nationaltrainer, der seinen Namen in diesem Zusammenhang nicht genannt haben möchte, hat Klammers Weg in und aus der Krise einmal auf recht einfache Art erklärt: „Früher hat dem Franz Schweinsbraten mit Knödel und ein Bier dazu geschmeckt. Auf einmal mußte es Schampus und Kaviar sein. Heut' ißt er wieder gern seinen Schweinsbraten."

Wahrscheinlich hängt einiges von Klammers innerer Stärke mit seiner Natürlichkeit und Offenheit zusammen. Er hat fast immer gesagt, was er denkt, und das auch volkstümlich, deftig formuliert. Vor zwei Jahren hat ihm einmal sein Teamgefährte Uli Spieß den Weltcup-Sieg in Laax um zwei Hundertstelsekunden weggeschnappt. Da mußte Klammer seiner Enttäuschung über den zweiten Platz ebenso Luft verschaffen: „Der Spieß. Plötzlich kommt ein Nasenbohrer daher." Woanders hätten sie ihm diesen Egoismus unter die Nase gerieben. Unfair, unkollegial, unsportlich. Aber am Tag darauf, beim nächsten Rennen, stand Klammer eben wieder ganz oben auf dem Podest.

Da wollte er immer hin. Auch wenn er die wichtigste Lektion seines Lebens folgendermaßen beschreibt: „Immer nur oben zu sein, in den höchsten Höhen, ist doch einfach. In den Niederungen aber, wenn du unten bist, tief unten, lernst du erst das Leben kennen. Und die, die sich deine Freunde nannten, sind plötzlich faule Zwetschgen." Doch auch als es ihm schlecht ging, mußte er den Neid nur in kleineren Portionen spüren: auf die Prachtvilla, auf die hunderttausend Mark im Jahr, auf die Gattin Eva, geborene Hämmerle, Tochter aus Österreichs allerfeinstem Tuch-Haus, der gleichnamigen Vorarlberger Loden-Dynastie.

Seine Frau sei der große Rückhalt für ihn gewesen, sagte Klammer. Und für viele tut sich hier das nächste Rätsel auf. Die ehemalige Medizinstudentin, die intellektuelle Frau, und er, der Bauernsohn und Draufgänger, das sind nach außen schon Gegensätze. Bei viel Heurigem ist darüber schon diskutiert worden.

Der Franz gehört halt allen. Aber die Österreicher zählen schon die letzten Renn-Tage ihres Lieblingssohnes. Nach zwölf Jahren beten und bibbern, jubeln und siegen mit dem Franz spüren sie, daß dieser lediglich noch den entsprechenden Abgang sucht.

„Ich hab' schon eine Goldmedaille, ich muß nicht unbedingt noch einmal Gold holen", meint Klammer zu diesem Thema.

Aber wahrscheinlich ist der Druck, dem sich Franz Klammer selbst am 9. Februar 1984 in Sarajevo aussetzen wird, auch nicht viel geringer als vor acht Jahren. Damals schrie Edi Finger am Innsbrucker Patscherkofel ins Mikrofon: „Gooold, Gooold, Gooold für'n Franz."

In der nächsten Folge

● Die USA Eishockey-Olympiasieger von Lake Placid, Sieger über die Sowjetunion: Da sprach selbst Präsident Jimmy Carter von Helden. Doch die Spieler von damals litten oder leiden noch immer unter dem Fluch ihres Goldes.

SPORT-NACHRICHTEN

Doping-Proben negativ

München (sid) – Alle Doping-Proben, die während der Vier-Schanzen-Tournee der Skispringer gemacht wurden, waren negativ. Das gab Franco Kaspar, der Generalsekretär des internationalen Verbandes, bekannt. Besonders Sieger Jens Weißflog aus der „DDR" war in den Verdacht geraten, Anabolica eingenommen zu haben.

Ali eröffnet Schule

Virginia Beach (sid) – Muhammad Ali, ehemaliger Boxweltmeister im Schwergewicht, wird in Virginia Beach eine Box-Schule eröffnen. Er will sich vor allem um hoffnungsvolle Talente kümmern und zwölf Amateure und 18 bis 20 Profis betreuen.

Noch eine Bob-Kopie

Innsbruck (sid) – Die beiden deutschen Olympia-Starter Anton Fischer und Andreas Weikenstorfer werden eine Kopie des sowjetischen Zweier-Bobs erhalten und ihn beim Training zur Europameisterschaft in Innsbruck testen. Der Schlitten wurde von dem Italiener Oscar Podar hergestellt, der auch schon für Schweizer Fahrer Kopien angefertigt hat.

Saarbrücken weiter

Saarbrücken (sid) – Der ATSV Saarbrücken hat das Viertelfinale im Tischtennis-Messepokal erreicht. Er besiegte Frankreichs Vertreter Levallois Paris 5:2.

Gilson in Röttgen

Köln (sid) – Der Ire Patrick V. Gilson (24) wird neuer Stalljockey beim Kölner Gestüt Röttgen. Gilson, für den es sein erstes Engagement außerhalb Irlands ist, wurde zunächst für ein Jahr unter Vertrag genommen. Er ist Nachfolger von Ex-Champion Peter Remmert.

Köln ausgeschieden

Southampton (dpa) – Saturn Köln ist im Viertelfinale des Basketball-Europapokals der Pokalsieger ausgeschieden. Nach einer 78:82-Niederlage bei Solent Southampton haben die Kölner keine Chance mehr, in ihrer Gruppe das Halbfinale zu erreichen.

Türken lenken ein

Berlin (sid) – Der Türkische Sportbund in Berlin, „Türkspor Birligi", wird sich auflösen. Darauf haben sich Vertreter des Verbandes in Gesprächen mit dem Landessportbund Berlin und dem Senat geeinigt. Wie der Landesportbund mitteilte, wird die ehemals eigenständige Sportorganisation, die sieben rein türkische Vereine betreute, in einen Sportförderverein türkischer Bürger Berlins umgewandelt.

ZAHLEN

HANDBALL

Worldcup-Turnier in Schweden, Gruppe A: Bundesrepublik Deutschland – Schweden 19:23, UdSSR – Polen 28:23. – Gruppe B: „DDR" – Jugoslawien 22:22, Dänemark – Spanien – 22:19.

TENNIS

Kingscup in Essen, Vorrunde, Gelbe Gruppe: CSSR – Irland 2:1 (Pimek – Doyle 6:3, 6:3, Navratil – Sörensen 6:3, 4:6, 6:4, Pimek/Navratil – Doyle/Sörensen 6:7, 7:6, 6:7).

FUSSBALL

Englischer Ligacup, Viertelfinale: Norwich – Aston Villa 0:2, Sheffield – FC Liverpool 2:2. – Englische Meisterschaft: Queens Park – Stoke 6:0.

HANDBALL / Worldcup-Turnier in Schweden

Michael Paul verletzt, Schobels Sorgen wachsen

sid, **Eskilstuna**

Rund 6000 Kilometer flog er in vier Tagen quer durch Europa, nur um letztlich die Bestätigung zu erhalten, daß er verletzt ist – übrigens seit vier Wochen schon. Michael Pauls Reise zum World-Cup-Turnier nach Schweden über Frankfurt, Belgrad, Stockholm fällt unter das Motto „Außer Spesen nichts gewesen". Nach genau 40 Minuten im Auftaktspiel des Turniers gegen Schweden (19:23) konnte der 23 Jahre alte Handball-Nationalspieler vom TV Großwallstadt die Koffer für den Heimflug packen. Ohne Einwirkung eines Gegners brach nach einem Sprungwurf seine alte Knieverletzung wieder auf.

Vor dem Bundesliga-Gipfeltreffen beim VfL Gummersbach am 17. Dezember 1983 begann sein Leidensweg, der ihn fortan von einer Arztpraxis in die andere führte. Die Diagnose war immer unterschiedlich, nur in einem waren sich die Mediziner einig: eine Lappalie, aber die zwingt ihn jetzt höchstwahrscheinlich zu einer Operation. Heinz-Oskar Rehberg (Essen), Arzt der deutschen Nationalmannschaft: „Das Corpus delicti ist ein Fremdkörper im Knieansatz. Bei einem kleinen Eingriff wäre Michael Paul spätestens in drei Wochen wieder einsatzfähig."

Michael Paul ist fest entschlossen, klare Fronten zu schaffen. „Ich bin es leid, ewig mit diesem Handikap herumzulaufen. Für alle wäre es das Beste, wenn ich mich operieren ließe." Für Dieter Ehrich, im Bundesausschuß Leistungssport (BaL) für Handball zuständig, war die ganze Aufregung schon von vornherein umsonst: „Man hätte ihn erst gar nicht einfliegen brauchen, er ist fit, er tut mir leid." Paul reiste wieder ab und mit ihm die Hoffnung von Bundestrainer Simon Schobel, die Probleme im linken Rückraum seiner neuformierten Mannschaft zu lösen.

Die alleinige Verantwortung ruht nun beim Worldcup auf den Schultern eines Mannes, der eigentlich ganz langsam an internationale Aufgaben herangeführt werden sollte: Rüdiger Neitzel wurde gleich bei seinem Länderspiel-Debüt, und das ausgerechnet gegen Weltmeister UdSSR (Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor), ins kalte Wasser geworfen. Eine Situation, die für den Zwei-Meter-Mann schon zum Alltag gehört. Denn beim VfL Gummersbach trat der 19 Jahre alte Medizinstudent die Nachfolge von Erhard Wunderlich an.

Neitzel, der bei Schobel auf der halblinken Position ursprünglich nur den vierten Rang hinter Michael Paul, Erhard Wunderlich und Dirk Sommerfeld einnahm, kennt keine Angst vor der plötzlich veränderten Sachlage. Er stand beim VfL Gummersbach unter ähnlichem Druck: „Ich wurde ja auch in die Rolle von Wunderlich gedrängt."

Beim VfL Gummersbach hat er sich schon die ersten Sporen verdient. International steht er mit seinem Verein im Halbfinale und ist auch Junioren-Vizeweltmeister. Jetzt will sich der ehemalige Leverkusener im Kreis der Elite etablieren. „Das kann ich nur, wenn ich spiele", kommt ihm die unerwartete Berufung mit dem schweren Ballast der Verantwortung gerade recht. Verantwortung scheut Rüdiger Neitzel nicht.

STAND PUNKT / Das Profitennis hat sein Gesicht verloren

Schuldspruch bestätigt, die verhängte Strafe jedoch aufgehoben. Es ist schon ein bemerkenswerter Spruch, den die Berufungs-Jury des Internationalen Tennis-Verbandes im Fall Guillermo Vilas gefällt hat.

Die früheren Weltklassespieler Vic Seixas und Bill Talbert (USA) sowie Rechtsanwalt Forest Hainlie sahen es zwar nach zahllosen Einvernahmen, Kreuzverhören und Plädoyers zweier führender Rechtsanwälte New Yorks als erwiesen an, daß für das Antreten des argentinischen Weltklassespielers beim vorjährigen Turnier in Rotterdam 60 000 Dollar unerlaubt bezahlt worden sind, hoben dennoch die dafür über Vilas verhängte einjährige Sperre für alle offiziellen Veranstaltungen auf. „Vilas muß lediglich 20 000 Dollar Strafe zahlen."

Das Plädoyer des Vertreters des Tennisverbandes hatte sich auf den gesunden Menschenverstand bezogen. Nach dem wäre es ganz begreiflich gewesen, daß die Rotterdamer Veranstalter nach dem Ausfall von Connors eine andere Attraktion haben wollten. Demnach war es auch verständlich, daß der Rumäne Ion Tiriac für seinen Schützling Vilas „maximalen finanziellen Profit" herauszuholen versuchte. Betrachtet man das Urteil ebenfalls nach diesem gesunden Menschenverstand, dann ergibt sich nur ein Schluß: Die Regeln sind nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind, Spitzenspieler haben jede Freiheit, ihre Forderungen durchzusetzen.

Daß sich die Jury der Meinung anschloß, eine vollständige Verurteilung des Argentiniers wäre kein Ende des Verfahrens, sondern nur ein neuer Beginn vor einem öffentlichen Gericht, ist ebenfalls menschlich verständlich. Aber: Um wieder Frieden zu haben, wurde ein Kompromiß geschlossen. Die streitenden Parteien behielten ihr Gesicht, der Tennissport hat es verloren.

HERMANN FUCHS

Satire oder reine Wahrheit und Wirklichkeit? – Das TV-Spiel „Kälteschock"

Der „scarabaeus popularis Wolfsburg"

In Zeiten, in denen es schwer ist, eine Satire zu schreiben, ist es erstaunlicherweise genauso schwer, keine Satire zu schreiben. Denn alles drängt zum Aufspießen, aber, kaum hast du's aufgespießt, merkst du, es ist keine Satire, sondern die reine Wahrheit und Wirklichkeit.

Also bleibt nichts anderes übrig, als in eine ferne Zukunft auszuweichen und von dort aus lustvoll-kritisch zurückzublicken auf unsere Zeit. So erging es offenbar auch Martin Morlok, der seine Satire „Kälteschock" ins dritte Jahrtausend verlegte; um indes den Faden dazu spinnen zu können, ließ er in jener fernen Zukunft die in den 80er Jahren durch Kälteschock konservierten Bürger unserer Tage wieder auftauen. Der Schock auf beiden Seiten war denn auch nicht minder groß als der von der jähen Einfrostung verursachte.

Die beiden Exemplare des „homo habilis overkill", so der naturwissenschaftliche Name der Gattung, wachen also im Tauwasser ihrer Tiefkühltruhe auf, wissen nichts mit dem Begriff des „scarabaeus popularis Wolfsburg" anzufangen, obwohl ihnen der besagte Käfer noch im Sinne sein müßte, heimisch fühlen sie sich erst, als der in die Signalfarben des Straßenkehrers gekleidete „Gasti" auftaucht, den man endlich im vertrauten Gastarbeiterdeutsch ansprechen kann, obwohl...

Kälteschock – ZDF, 23.05 Uhr

Sarkasmen fügen sich zu bösen Dialogen: Günter Meisner, Lore Lorentz, Gert Baltus, Evelyn Hamann und Hans-Helmut Dickow (v. l.) FOTO: TELEPRESS

Die Obwohls purzeln nur so übereinander, wer aus dem Labor will, muß eine Maske tragen (denn die Leute der 80er Jahre, deren Muster als wertvolles Frostgut zu besichtigen sind, haben die Luft nachhaltig verpestet).

Man hat ein Pärchen (übrigens: Gert Baltus und Evelyn Hamann als Overkill-Konserve) hinübergerettet, obwohl man sie zur Vermehrung nicht braucht, hat man sich doch auf das bequeme Klonen geeinigt, aus dem sogar die Gastarbeiter Generation um Generation als Straßenfeger hervorgehen, einschließlich Orangerock und Stummelsprache.

Was da an Sarkasmen zu einem bösen Dialog zusammengefügt wird, ist genuines Kabarett, das heißt, es darf trotzdem gelacht werden. Allein schon Evelyn Hamann und „Ein bißchen Frieden" – das ist den Abend wert. Günter Meisner und Lore Lorentz sind das wissenschaftliche Paar von dann, und Hans Helmut Dickow als Gast ist sehr glücklich ins dritte Jahrtausend hinübergeklont worden, als Archivexemplar sozusagen.

Um einer unausbleiblichen Leserfrage zuvorzukommen: Im dritten Jahrtausend gibt es keine geschlechtliche Liebe mehr, nur noch Biochemie, Gen-Manipulation und computergesteuerte Reproduktion. Kein Sex also – wenn das kein Kälteschock ist!

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Zu retten war da nichts

Wenn ein Versicherungsdetektiv, der zudem zu den sieben besten Köchen Europas zählt, auf den Namen Johann Sebastian Bach hört und sich zuweilen auch Händel nennt, dann hat das zwar mit geistigem Aufwand nicht viel zu tun, aber es ist – so erwies es das Fernsehspiel „**Die Violette Mütze**", die Autor Olav Herfeldt eine „Gaunerkomödie" nennt – ungefähr der Gipfel des deutschen Fernseh-Unterhaltungs-Witzes. Wer so vorgeht, bittet zugleich um mildernde Umstände bei der Beurteilung seines Opus.

Nun läßt sich zwar nicht bestreiten, daß zwei Millionen Mark ein Haufen Geld sind. Und der Zuschauer kann mühelos nachvollziehen, daß es gleich drei Gruppen gibt, die sich dafür interessieren. Und immerhin war der Autor so freundlich, fünf Minuten vor Schluß darüber aufzuklären, wie er denn auf den Titel seines „Werkes" verfallen ist.

Auch wenn man an Hamburger Schauspielern versammelt, was neben Rang und Namen auch Profil hat – Eva Maria Bauer, Wolf-Dietrich Berg und Karl-Heinz Gerdesmann – und auch mit Simone Rethel nicht nur eine darstellerische, sondern auch eine optische Attraktion auf dem Bildschirm bringt: Regisseur Axel von Ambesser, als Altmeister immer gut für eine flotte Komödieninszenierung, stand vor diesem Text ziemlich auf verlorenem Posten. Gewiß, er hatte, beginnend mit dem Schielemann auf dem Geldschein, immer noch einen Einfall, mit dem er die anspruchslose Sache aufmöbeln konnte. Zu retten, indes, war sie nicht.

KATHRIN BERGMANN

STUDIO

Unter dem Titel „Die verflixte Sieben" wird **Rudi Carrell** ab 7. April dieses Jahres eine neue Samstagabendshow im ARD-Fernsehen starten. Wie der Westdeutsche Rundfunk mitteilte, werden daran jeweils drei Ehepaare teilnehmen. Das Siegerpaar bekommt die Chance, aus sieben symbolischen Gegenständen in mehreren Spielrunden die attraktivsten Preise herauszufinden. Die Sieger gehen dabei aber auch kein Risiko ein, mit leeren Händen nach Hause zu gehen. Die Sendung, die auf einer spanischen Show basiert, hat Carrell bereits achtmal unter dem Titel „1, 2, 3" im holländischen Fernsehen präsentiert. Sie gehört dort, nach Angaben des WDR, zu den erfolgreichsten Programmen überhaupt.

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.05 Gegenlicht
11.45 Umschau
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Musikladen
16.55 Zum Beispiel:
Die Familie Pfisterer
Dokumentarfilm
17.25 Kostas
Ein Junge auf Kreta
Dokumentarfilm
17.50 Tagesschau
Dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.18 Konzern der Menschlichkeit
Das Deutsche Rote Kreuz und seine Geschäfte
21.00 Bei Bio
Gespräche und Musik live
Mit Alfred Biolek und Gästen
Im Mittelpunkt der ersten Sendung 1984 stehen: Lucia Popp (Opernsängerin), Lord George Weidenfeld (Mitglied des britischen Oberhauses, Verleger und Gastgeber berühmter Parties in London), das Schanghaier Figuren- und Puppentheater „Feng Lei" und das „Pasadena Roof Orchestra" aus England!
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Unbekannter Hitchcock / Streit um die Filmförderung / Theaterpremiere in Köln – US-Regisseur Robert Wilson inszeniert den zweiten Teil seines Großprojekts „Civil War"
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Mädchenkrieg (1)
Fernsehfilm in zwei Teilen
Von Alf Brustellin und Bernhard Sinkel nach dem gleichnamigen Roman von Manfred Bieler (Wh. v. 1980)
Mit Adelheid Arndt, Katherine Hunter, Antonia Reininghaus, Matthias Habich, Hans Christian Blech u. a.
Die Geschichte einer deutschen Familie in Prag, in den Jahren 1934 bis nach 1945
00.25 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Aus meiner Aktenmappe
4. Folge: Bürokratie in der Krise
Von Peter von Zahn (Wh. von 1981)
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kuschelbären
13teilige Puppentrickserie
3. Teil: Der silberne Löffel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: das Pfälzische Saxophon-Quartett
17.50 Flohmarkt
Das Sofa
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
Einer zuviel im Bett
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke in Verbindung mit der Aktion Sorgenkind
Zu Gast sind: Milva, Richard Clayderman und das Elemann-Trio
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 Das Liebesleben der Pflanzen
Werbung und Verführung in der Blütenwelt, beobachtet von Sean Morris
21.45 heute-journal
22.05 Die Bonner Runde
Thema: Der Fall Kießling
Teilnehmer u. a. Bundesverteidigungsminister Wörner
Gesprächsleitung: Johannes Gross
23.05 Kälteschock
Rückblick aus dem 3. Jahrtausend
Mit Lore Lorentz, Günter Meisner, Evelyn Hamann, Gerd Baltus u. Hans-Helmut Dickow.
Buch: Martin Morlock
Regie: Wolf Müller-Scherak
23.50 heute



Antonia Reininghaus, Adelheid Arndt und Katherine Hunter sind die Heldinnen des TV-Films „Der Mädchenkrieg", um 23.00 Uhr in der ARD
FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Hilfe, ich bin Millionär
(Brewster's millions)
Amerikanischer Spielfilm (1945)
21.30 Demnächst ...
21.45 Roboter statt Menschen?
22.15 Rosa Luxemburg
Eine Sendung von Cornell Leitner
23.00 Die neuen Rosas
Vertreterinnen der Parteien, Gewerkschaften und der Frauenbewegung diskutieren über den Einfluß der Frauen in der Politik
23.45 Letze Nachrichten

NORD

19.15 Bosna
20.00 Tagesschau
20.15 Zur Sache, Schätzchen
21.30 Grenzgänger zwischen Poesie und bildender Kunst:
Jiri Kolar
22.15 Das Sinfonie-Orchester des Norddeutschen Rundfunks
23.45 Letze Nachrichten

HESSEN

19.00 Einbrecher
20.35 Kultur international
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Ein Haus für Libussa
22.30 Janosik, Held der Berge (3).
23.15 Eishockeyländerspiel
Deutschland – UdSSR

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Die Wand
20.55 Bilderbogen:
Zwei Trickfilme
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Kunststück im Dritten
22.00 Zu Gast:
Auf Alemannisch
22.45 Streiflicht
Winterliches Baden-Württemberg
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Solang die Fackel brennt
Filmporträt Ludwigshafen
22.30 Landtag aktuell
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN

18.15 Wegweiser Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Das Leben an den Fingerspitzen
19.30 B III Sport aktuell
Eishockeyländerspiel
Deutschland gegen UdSSR
21.30 Gespräche mit Christen
ca. **22.15** Spiel mit dem Tod
23.45 Rundschau
ca. **23.50** Actualités

Ab vierzig geht's bergab

reich. – Vierzig, für die Griechen die Höhe des Lebens, ist das eigentlich kritische Alter, schon wegen des Generationenwechsels: die Eltern und Lehrer sterben dahin, die Kinder und Schüler betreten die eigenen Wege, man sieht sich, beinahe von heute auf morgen, vereinsamt: „Es wird immer dünner", wie ein gelehrter Freund das beim Weine einmal genannt hat. Und gleichzeitig sind es auch die Jahre, in denen man erstmals selbständig handeln muß auf gehobenem Posten, nicht mehr Geführter, nun selber ein Führer: Primarius, wie im Spital, auch im Hörsaal, in der Kaserne, als Maurerpolier, als Fabrikdirektor, am eigenen Hof, in der eigenen Firma, als Botschafter oder als Redakteur, als Werkmeister oder als Generalvertreter; und auch als Politiker oder als Künstler ist man mit vierzig entweder ein gemachter Mann oder wird es nie.

Gleichzeitig mit diesem nicht bloß quantitativen Zuwachs an Kompetenz und Verantwortlichkeit treten Krankheiten auf, die man nicht mehr kuriert und vergißt wie Grippe, wie Blinddarmentzündung, sondern als Leiden mit sich zuerst trägt und alsbald schon schleppt.

Der Tod kratzt beinernen Fingers an dem soeben erst festgefügten Gehäuse des Lebens. Ab vierzig, endlich, lernt man nichts wesentlich Neues mehr zu, ab vierzig beginnt das Gedächtnis zu schwinden, ab vierzig kommt die gestaute Zeit in Fluß, sie verrinnt uns förmlich zwischen den Fingern: ab vierzig erfährt man sich als ein historisches Phänomen, das heißt: dem Vierzigjährigen stellt sich die bisher bloß akademische Frage: Wovon? und wohin? und wozu? mit existentieller Dringlichkeit.

Also ist vierzig das Alter, in dem man verblödet, wenn man nicht weise wird, oder genauer: wenn man sich jetzt nicht dazu ermannt, die kürzere, aber schwerere Hälfte des Lebens daran zu wenden, weise zu werden, gleichviel, was sonst darüber verloren zu gehen scheint. Und so ist denn das spöttisch zitierte Schwabenalter der furchtbarste heiligste Ernst: die Klimax des Homo erectus zum Homo sapiens, späte Geburt des Menschseins im Sterben des Menschlichen, einziger Sieg der Freiheit über die Notwendigkeit. Es ist eine tiefer greifende Krisis als Pubertät und als Wechseljahre; es ist die vorweggenommene Krisis der Todesstunde.

Allein, im Träumen von endloser Freiheit verschlafen die Menschen die Stunde der ewigen Freiheit; und sterben schon, ehe sie ganz geboren.

Deutsch-britische Musiktage auf Schloß Elmau

Breams blaue Gitarre

Wissenschaftler ergründeten, was Laien nur ahnten: Das Hochtal Elmau unweit Garmisch, nebenan die ersten alpinen Zweitausender, liegt gegen jederlei antiökologischen Einfluß verläßlich abgeschirmt. Ganz das gleiche – auf Psyche und Geist der Menschen bezogen – intendiert die Familiendynastie, die auf dem schloßförmig bebauten, momentan dick eingeschneiten Hotelgrundstück residiert.

Als Hauptgarant der Beständigkeit in der Lebensphilosophie des Unternehmens bewährte sich die Kammermusik. Sie wird als „festlich" angekündigt und gut bis herausragend angeboten. Es geschieht in Zyklen, unter denen die „Britisch-Deutsche Woche", in jedem Januar seit 1959, den Jahresschwerpunkt ausmacht.

Prominente Stammgäste kommen oft und scheiden ungern. Ehrenperson auf Schloß Elmau war Benjamin Britten, ehe er starb. Sein Weggefährte, Peter Pears, nun schlohweiß und am Stock gehend, ähnelt nun dem Hünen Otto Klemperer. Wenn er aber, statt zu singen, Shakespeare-Sonette und -Dramenmonologe rezitiert, so ist und bleibt sein Tonfall dennoch Dur- oder Moll-Musik. Ein aus seiner Schule hervorgegangener Junior-Tenorist, Neil Mackie, entwickelte ein vollmundiges Peter-Pears-Timbre zumindest dann, wenn etwas Echtes von Britten („Hölderin-Fragmente" Op. 61) vorlag.

Londons Amadeus-Quartett (36 Jahre beisammen ohne Umbesetzung) spielte Beethoven (op. 132), Mozart (KV 575) wie zu seinen besten Zeiten und, zum Streichsextett verstärkt, Brahms. Mittenwalder Geigenbauschüler kamen, um zuzuhören. Auch das gehört zur Elmau-Tradition.

In dem Gitarre-Soloprogramm Julian Breams wirkte eine feingliedrige Novität von Michael Tippett, „The blue guitar" (1983), relativ am apartesten. Nicht, daß die Senioren auf dem Podium Museumsstimmung verbreiteten. Das wurde schon von demjenigen, der wohl am meisten droben weilte, widerlegt: George Malcolm am Cembalo. Es fällt schwer, ihn sich anderswo als auf der Weltbestenliste vorzustellen. Während seine Finger Tonleitern und Verzierungen in rasende Tempi hineinjagten, steuerte sein Gelehrtenkopf eine Art Langzeitdramaturgie in Farben aus.

Meisterklarinettist Eduard Brunner von Radio München brachte die Hauptstimme im Mozart-Quintett KV 581 auf schier unglaubliche Atemlängen. Was alles er da an Melos und Artikulation, an üppiger oder entrückter Stimmung in einem Zuge unter bekam, das sicherte ihm und den Amadeus-Streichern die stärksten Ovationen der acht Tage. Wem es leid tat, daß „nichts Neues" dabei, der sei gebeten, nach dem frisch gepreßten kleinen LP-Stapel Brunners (sein Top-Hit: Das Klarinetten-Konzert von Isang Yun!) zu fahnden.

Was es sonst noch gab? Dylan Thomas' „Unter dem Milchwald", gelesen von Kurt Bücheler; bis zu 70 Sprachmelodien hat er unterscheidbar in der Kehle. So viele wollte der walisische „Kleinstadt"-Dramatiker in seinen Rollen verdeutlicht wissen. Und wer sorgte dafür, daß sich die Alterspyramide der Elmau nicht zu sehr nach oben verbreiterte? Unter anderem die „Musica Rinata" aus München. Sie besteht aus 20 jüngeren Orchestersolisten, die von Stück zu Stück die Besetzungen tauschen. Selbst altbarocke Musik von 1599 bis 1650 klingt bei ihnen „rinata". Das ist: neu geboren.

HEINRICH v. LÜTTWITZ

Neuer Film: „Mr. Mom"

Hausmann, verfolgt vom Staubsauger

Ein typischer Tag im Leben des Hausmannes Jack (Michael Keaton): Das Essen brennt an, die Waschmaschine brodelt, der Staubsauger will nicht, der Gasmann droht, die Türe einzuschlagen, und der Mann vom Fernsehreparaturdienst drängelt auch noch in das Haus, in dem drei kleine Kinder ihren Beitrag zum allgemeinen Chaos leisten. Damit nicht genug. Jacks Frau macht, während ihr Mann an zunehmendem Verfolgungswahn durch Küchengeräte leidet, in einer Werbeagentur Karriere. Ihr Boß, selbstverständlich, verliebt sich in sie. Diese Caroline, gespielt von Terri Garr, ist hübsch, erfolgreich, intelligent. Eben so, wie Karrierefrauen im Film zu sein haben.

Der arme Jack dagegen, ehemaliger Mitarbeiter in einer Automobilfabrik und Opfer der Wirtschaftskrise, benimmt sich auch so, wie sich jedermann vorstellt, daß ein Hausmann wider Willen sich aufführt: trottelig, ungeschickt und naiv. Natürlich stellt ihm eine Nachbarin nach, natürlich ist Jack eifersüchtig auf den beruflichen Erfolg seiner Frau, und natürlich zerbricht Jack fast an seiner Hausmannsrolle. Aber Stan Dragotis Film „Mr. Mom" ist schließlich eine Komödie, und so überwinden Jack und seine Frau des Lebens Hindernisse, ehe es zu spät ist für eine gemeinsame Zukunft.

In den USA war dieser Film einer der großen Sommerhits. Das mag



Karrierefrau: Teri Garr in dem Film „Mr. Mom" FOTO: VERLEIH

daran liegen, daß die Handlung, die trotz explodierender Waschmaschinen und deftiger Tagträume des geplagten Familienvaters keine großen Überraschungen in sich birgt, eine Menge von Themen berührt, die die Leute zur Zeit interessieren. Sie hat Dragoti, der sich einst in der Dracula-Parodie „Liebe auf den ersten Biß" einen guten Namen als Komödienregisseur machte, in seinen neuen Film hineingepreßt. Aber unterhält dieser Film wirklich?

Obwohl dauernd etwas auf der Leinwand geschieht, zieht sich der Film schier endlos hin. Wären da nicht die vorzüglichen Darsteller, angefangen bei Terri Garr als Mutter bis hin zu den drolligen Kindern, hätte man wohl Mühe, die Augen aufzuhalten.

M. v. SCHWARZKOPF

„Hundertmal das gleiche Thema malen": Tübingen zeigt die erste deutsche Degas-Retrospektive

Der Reiter, nackt, doch dann im Frack

Er wurde von den Zeitgenossen geschätzt, wenngleich nur wenige seine Werke kannten. Erst 1892, mit 58 Jahren, hatte er eine Einzelausstellung, und es sollte auch die einzige zu seinen Lebzeiten bleiben. In Deutschland dauerte es sogar bis 1984, das Jahr, in dem sein 150. Geburtstag zu feiern sein wird, ehe Edgar Degas nun in Tübingen eine Ausstellung mit Pastellen, Ölskizzen und Zeichnungen eingerichtet wurde. Insgesamt sind es 227 Werke aus allen Schaffensperioden, angefangen bei den frühen Skizzen nach Vorbildern von Michelangelo, Raphael, Gentile Bellini, Mantegna und anderen, und endend bei den großformatigen Pastellen der Tänzerinnen und Akte, die nach der Jahrhundertwende entstanden.

Malen könne man lernen, zum Zeichnen müsse man geboren sein, hat Degas einmal gesagt. Und so hat er sein Leben lang gezeichnet, während ihn das Malen, das Formen von Skulpturen (die nicht eigenständige Plastiken, sondern Modelle für die Zeichnungen waren) oder die Monotypien immer nur eine gewisse Zeit fesselten. Seine Themen scheinen trivial. Sie beschränken sich auf die Tänzerinnen, die Jockeys mit ihren Pferden, die Modistinnen und die Akte, „die baden, sich waschen, sich abtrocknen, sich kämmen oder gekämmt werden". Dazu kommen Porträts seiner Verwandten und Freunde.



Sein Leben lang auf der Suche nach anatomisch richtigen Körperhaltungen: Edgar Degas' Pastell „Jockeys vor dem Start" von 1894, Leihgabe der Sammlung Thyssen-Bornemisza an die Tübinger Kunsthalle FOTO: KUNSTHALLE TÜBINGEN

Es scheint eine Welt der Unbeschwertheit und des Vergnügens zu sein, in der er sich bewegte. Doch dieser Eindruck täuscht. Degas war ein Einzelgänger, der nur wenige Freunde hatte. Die meiste Zeit verbrachte er in seinem Atelier. Was so leicht wirkt, ist das Ergebnis intensiver Arbeit. Das macht die Tübinger Ausstellung immer wieder deutlich. Da sieht man Studien von Reitern in verschiedenen Haltungen auf einem Blatt, oder Tänzerinnen, die in einzelnen Posen festgehalten sind. Und mehrfach hängen Zeichnungen nebeneinander, die einen Jockey oder eine Tänzerin zuerst nackt zeigen, um genau die anatomisch richtige Körperhaltung zu finden, und dann in derselben Situation bekleidet, wie sie auch auf den Bildern erscheinen. Das Diktum, daß ein Maler den Ausdruck einer Figur nur dann treffe, wenn er genau wisse, wie der nackte Körper unter der Kleidung aussieht, wird so beispielhaft vorgeführt. Eine Fülle solcher Studien ging bei Degas jedem Bild voran, denn „man muß zehnmal, hundertmal das gleiche Thema malen. Nichts in der Kunst darf dem Zufall gleichen, nicht einmal die Bewegung."

Aber natürlich will die Ausstellung nicht die Künstler lehren, wie sie ihr Handwerk auszuüben haben (obwohl eine solche Lehre manchem nottäte). Sie will einen Eindruck von der Vielfalt geben, die selbst aus einem geringen Themenkreis zu gewinnen ist. Allein der Einfallsreichtum, mit dem Degas immer wieder Frauen im Bad gezeichnet hat, ist überraschend, weil er stets neue Körperbewegungen und damit neue Ausdrucksformen entdeckt. Dabei fällt auf, daß ihn in späteren Jahren die Gesichter seiner Modelle nicht mehr interessieren. Die frühen Zeichnungen, von Ingres beeinflußt, zeigen meist Köpfe oder Personen, die den Betrachter anblikken. Doch später bevorzugt er Kopfdrehungen, bei denen das Gesicht abgewandt ist. Nicht die Personen fesseln also den Künstler, sondern ihre Bewegungen, wobei er bei mehrfigurigen Kompositionen nicht den Gleichklang, sondern die Gegensätzlichkeit bevorzugt.

Ein wichtiges Wirkungsmoment gewinnt Degas aus dem Bildausschnitt. Er ist für seine Zeit ungewöhnlich, beeinflußt vom japanischen Farbholzschnitt mit seinen für das 19. Jahrhundert noch unüblichen Perspektiven und von der Photographie, in der sich Degas vor allem zwischen 1890 und 1895 selbst intensiv versuchte. Trotzdem wäre es falsch, seine Sehweise der leichten Aufsicht, das Anschneiden der Figuren oder das Plazieren am Bildrand nur auf diese Einflüsse zurückzuführen. Degas verstand zu sehen. „Man hat noch nie Häuser oder Monumente von unten oder aus der Nähe gezeigt, wie man sie sieht, wenn man an ihnen vorbeigeht", notierte er in seinem Tagebuch. An Häusern und Landschaften hat er das allerdings nicht ausprobiert, aber immer wieder in seinen Ballettszenen mit dem Blick aus der Bühnenloge oder aus den Kulissen.

Für Degas waren das keine Kunststücke, die auf die Bewunderung des Betrachters zielen. Ihm war das Echo ziemlich gleichgültig. Er mußte nicht verkaufen, um gut zu leben. Obwohl seine Pastelle sehr begehrt waren, trennte er sich nur ungern von ihnen. Was ihm wichtig schien, behielt er. Das waren allemal die Skizzen und Fingerübungen. Sie kamen erst nach seinem Tode 1917 ans Licht. Was nur als Übungsstück, als Etappe auf dem Weg zu einem Gemälde gedacht war, erweist sich nun unabhängig davon als ausdrucksstarkes Werk. Das mag mit dem aktuellen Trend zusammenhängen, der von einer Vorliebe für die Zeichnungen der alten Meister und der klassischen Moderne geprägt ist. Aber bei Degas kommt mehr hinzu: die Fähigkeit, mit dem Zeichenstift einen Mikrokosmos zu entwerfen, der sich für den Betrachter als eigene Welt öffnet. (Bis 25. März; Berlin: 5. April bis 20. Mai; Katalog: 39 Mark, im Buchhandel gebunden: 78 Mark).

PETER DITTMAR

Diener Wagners: Der Bariton Hans Hotter wird 75

Wenn Götter sich neigen

Er war der Wotan der noch heilen Wagner-Welt. Um ihn war Würde, Größe, Tragik. Vor ihm beugten sich Götter wie Publikum. Hans Hotter war der Heldenbariton, der keinen Widerspruch fand: ein Sänger, der sich grenzenloser Zustimmung noch immer gewiß sein kann. So wie Hotter Wagner sang, stellten sich Generationen Wagner-Gesang vor: machtvoll, belastbar, verständig in der musikrhetorischen Deklamation.

Hotters Singen besitzt Gesicht und Gewicht. Es ist markant und intelligent immer zugleich. Es verabscheut Tricks. Hotter stapelt nie hoch mit der Stimme. Seinen Auftritten floß Bedeutung zu aus Werkverständnis und Singtechnik. Eben das gibt er heute als Lehrer weiter.

Beides schulte er ständig im Liedersingen. Hotter stand auch auf dem Konzertpodium seinen Mann. Mehr noch – er belegt, wie sehr Liedersingen Männersache sein kann: eine *Kunst unverschmachteter* sängerischer Virilität. Er sang nicht Richard Schubert und Franz Wagner in fürchterlich großgeartetem Einerlei. Er hält die Komponisten stilvoll fein auseinander. Doch er leiht jedem die gleiche Intensität; die gleiche Kraft, die gleiche Kunst des Vortrags.

Hotter hat sich noch emporgesungen in der Diaspora, die man abschätzig oft Provinz nannte. Er hat in Troppau 1930 debütiert, er war Ensemblemitglied in Breslau und Prag. Von dort ging es nach Hamburg. München schloß sich an. Dann kam Wien.

In den Jahren des nazistischen Wagner-Kults wurde Hotter durch seine Kunst zu einem dominierenden Interpreten des „Fliegenden Holländers", des Hans Sachs in den „Meistersingern" und natürlich des Wotan. Das Ausland hat ihn in diesen Paraderollen seines reichen Repertoires später erst, doch dann ausgiebig beglückt kennengelernt. In London wie New York, in Buenos Aires wie in Paris oder Mailand setzte er die Maßstäbe eines Bayreuth, das pflegliches Wagner-Singen noch nicht abgeschafft hatte.

Hotter war konservativ, was die Singqualität betrifft, aber konservativ auch als Regisseur im Dienst Wagners. Er war *nicht* der Mann *neuer* Ideen, eher des alten Standards. Doch der war hoch, treuhänderisch, ohne Wichtigtuerei. Hotter, der heute 75 Jahre alt wird, war und blieb immer Diener Wagners. Doch er sang Herrensprache.

KLAUS GEITEL

Liederabend Shirley Verretts in der Kölner Oper

In priesterlicher Hoheit

Rund ein Jahrzehnt hat sie als Königin unter den Mezzosopranen regiert. Verdis Eboli und Amneris, die Adalgisa in Bellinis „Norma", die Dido in Berlioz' „Trojanern" waren die Partien, derentwegen die Opernhäuser von *New York, London und* Paris Shirley Verrett zu Füßen lagen. In Deutschland hat sie sich in den Jahren ihres großen Ruhms fast nie vernehmen lassen.

Dabei hatte die Karriere einst – 25 Jahre ist das her – in Köln begonnen, und so spielte sicher auch ein bißchen Sentimentalität mit, als sie nun in der Kölner Oper einen Liederabend gab, der das Publikum in einen wahren Begeisterungstaumel versetzte.

Die Verrett hat es in ihrem angestammten Mezzo-Fach nicht gehalten. Wie so häufig bei farbigen Sängerinnen spielt die Stimme zwischen den Lagen. Die Verrett wurde Norma und Aida, wobei eine gewisse Versteifung und Farblosigkeit der Höhe nicht ausblieb. Das zeigte sich auch in einigen Liedern ihres in Köln gebotenen Repertoires, etwa der Straussschen „Zueignung".

Ein Einwand kann das kaum sein angesichts der Intensität, der Textdeutlichkeit, der Gestaltungskraft, ja der kunstpriesterlichen Hoheit, mit der die Verrett Schubert, Strauss und Brahms vortrug. Die Verrett ist auch beim Liedgesang für das große Gefühl, das man opernhaft nennen kann, nicht gerade für kammermusikalische Intimität. Aber das gilt nur der Expression ihres Gesangs; musikalisch reagiert sie mit äußerster Feinnervigkeit.

Das große Gefühl: Es verdichtete Schuberts „Gretchen am Spinnrad" und „In der Ferne", Straussens „Ruhe meine Seele" und „Befreit" zu beklemmenden Monologen, zu jenen musikdramatischen Miniaturen, von denen alles Beiwerk abgefallen ist. Das „Wiegenlied" von Strauss verströmte eine so unendliche Süße und Glückseligkeit, wie sie in dieser schwebenden Melodie vielleicht nur eine Stimme produzieren kann, die sich im ähnlich introvertierten Spiritual-Gesang auskennt. Daß danach auch Brahmsens dunkle Empfindsamkeit und, in den „Zigeunerliedern", die Nachbarschaft von Melancholie und jähem Überschwang ganz Sache der Verrett sein würden, das war beinahe absehbar. Eine große Liedgestalterin: Um so lieber würde man sie dennoch auch Oper singen hören.

REINHARD BEUTH

Mit dem Musical auf Konkurrenzkurs zum Broadway: Theaterbrief aus dem Londoner Westend

Königliche Shakespeare-Mimen auf fröhlicher Welle

Wenn die Zeiten schlecht sind, dann soll wenigstens der Himmel voller Geigen hängen. Dieser Psycho-Mechanismus hat dem Londoner Westend einen Boom beschert, wie es ihn im letzten Jahrzehnt nicht mehr erlebt hat. Noch Anfang vorigen Jahres waren 14 der 47 Theater des Londoner Westend geschlossen. Seit einigen Wochen bleibt kein einziges Haus abends dunkel. Und das trotz eines Durchschnittspreises von umgerechnet 28 Mark pro Karte.

Hinter diesem Bühnen-Boom steht keine neue Generation zorniger junger Männer, die mit den bestehenden Verhältnissen tabula rasa machen will. Ganz im Gegenteil: nicht Sozialkritik, sondern Heiterkeit und Sangesseligkeit sind Trumpf.

Am auffälligsten ist der neue Trend am Genre Musical erkennbar. Nicht weniger als 14 mit viel Aufwand in Szene gesetzte Musicals werden gegenwärtig an der Themse geboten. Und das Publikum scheint unersättlich. Man ist mächtig stolz darauf, mit dem New Yorker Broadway wieder konkurrieren zu können. Dabei haben die kommerziellen Theater das Musical keineswegs in Alleinpacht genommen. Die beiden größten subventionierten Theater schwimmen auf der fröhlichen Welle mit. So brachte die Royal Shakespeare Company mit Peter Nichols' „Poppy" ihr erstes Originalmusical im Barbican heraus, das inzwischen prompt als Dauerbrenner ins kommerzielle Adelphi umzog. Sir Peter Hall versuchte, am Nationaltheater einen internationalen Musical-Hit zu erzielen, wie ihm das Trevor Nunn mit „Cats" vorgemacht hatte, das zwei Jahre nach der Premiere immer noch Abend für Abend ausverkauft ist. Nur Hall und Marvin Hamlisch waren mit „Jean Seberg" wenig glücklich (vergl. WELT v. 7. 12. 83).

Es war sicher symptomatisch, daß der kanadische Kaufhaus-König Ed Mirvish sein Old Vic mit einem Musical eröffnete, „Blendel" von Tim Rice. Zwar ging dem Musical „Marilyn" wegen der kurzatmigen Musik recht bald der Atem aus. Dafür ist der Atem von „Evita" und ihrem Schöpfer, Londons Musical-König Andrew Lloyd-Webber, um so länger. Lloyd-Webber ist mit dem Erwerb des Palace Theatre unter die Manager gegangen, wo ihm der Knüller „Song and Dance" ein volles Haus bringt. Im März kommt sein mit Spannung erwartetes neues Opus „Starlight Express" heraus. Die Queen hat sich schon für die Premiere angesagt.

Hatte Joan Littlewood ihr Performance-Theater „Show" genannt, so ist die Show inzwischen an der Tagesordnung. Freilich nicht als Einübung zu kritischem Zeitbewußtsein, wie bei den grandiosen Littlewood-Shows im Theatre Royal des Londoner East End, sondern als Mittel, um Distanz vom Zeitgeist zu gewinnen.

Eskapismus ist die Erfolgsmasche auch der kommerziellen Bühnen, die ohne Musik spielen. Das erklärt die ungebrochene Beliebtheit leicht angestaubter Erfolgsautoren einer vergangen Zeit wie Noël Coward, Priestley und Rattigan. Da lockt Omar Sharif in Rattigans „Der schlafende Prinz". Rex Harrison wurde für Shaws „Haus Herzenstod" angeheuert.

Zwar erlitten Theater-Profis wie Bernard Miles mit seinem Mermaid Schiffbruch. Aber das Mermaid hat ein neues Management und wird ebenso weiterleben wie die gleichfalls gescheiterten Theater Roundhouse und Shaw. Neue Impresarios sind auf den Plan getreten wie die führenden Bühnenkomiker, die sich im „Theatre of comedy" zusammenschlossen und jetzt im Shaftesbury und im Ambassadors das Sagen haben, wo sie aus dem Repertoire von Komödie und Farce neue Impulse mit bewährten Rezepten geben wollen. Es liegt in der Natur des Londoner Kulturbetriebs, daß die Stückeschreiber wie Hare und Hampton, Brenton und Edgar ihre zeitkritischen Stücke nur mit Hilfe des Steuerzahlers im subventionierten Sektor herausbringen konnten und daß sogar ein Arnold Wesker mit seiner „Annie Wobbler" mit dem Fringe-Theaterchen New End vorliebnehmen mußte. Dennoch vermag auch das Westend Perlen zu bieten wie jüngst Stoppards „The Real Thing".

SIEGFRIED HELM

JOURNAL

Retrospektiven der Filmfestspiele Berlin

AP, Berlin

Zu Ehren der Schauspielerin, Sängerin und derzeitigen Kulturministerin Griechenlands, Melina Mercouri, sowie des amerikanischen Regisseurs Jules Dassin wird es auf den 34. Internationalen Filmfestspielen im Februar in Berlin eine Hommage für das Ehepaar geben. Dassin wird ferner als Vizepräsident der Jury tätig sein. In fünf der zur Vorführung geplanten acht Filme Dassins spiele Frau Mercouri die Hauptrolle. Der Besuch Frau Mercouris auf den Filmfestspielen steht allerdings noch nicht fest. Ein zweiter Teil der Retrospektive wird den Werken von Ernst Lubitsch gewidmet sein. Als ein besonderes „Bonbon" für Filmfreunde werden auch fünf alte Werke des Krimi-Altmeisters Alfred Hitchcock gezeigt, die seit 20 Jahren nicht in den Kinos zu sehen waren.

Daimler-Benz fördert Bundesjugendorchester

dpa, Bonn

Die Daimler-Benz AG wird künftig das vom Deutschen Musikrat getragene Bundesjugendorchester unterstützen und eine der drei Arbeitsphasen jährlich finanzieren. Dem 1969 gegründeten Bundesjugendorchester gehören mehr als 100 Musiker zwischen 14 und 21 Jahren an, darunter vorwiegend Bundespreisträger des Wettbewerbs „Jugend musiziert". Die Grundfinanzierung des Orchesters tragen das Bundesjugendministerium und die Deutsche Stiftung Musikleben.

Ruhrgas-Stipendium für norwegische Studenten

dpa, Oslo

Um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Norwegen und der Bundesrepublik Deutschland „zu ergänzen und zu bereichern", ist in Oslo ein deutsch-norwegisches Stipendienprogramm für Wirtschaftswissenschaften (Ruhrgas-Stipendium) vereinbart worden. Vertragspartner sind der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Essen) und der Norwegische Allgemeinwissenschaftliche Forschungsrat (Oslo). Nach dem bis 1990 angelegten Programm sollen jährlich 30 bis 40 Stipendien für junge norwegische und deutsche Wirtschaftswissenschaftler im Austausch vergeben werden.

„Prix des Deux Magots" an Jean Vautrin

AFP, Paris

Der Literaturpreis „Prix des Deux Magots", der stets in dem Pariser Künstlercafé „Aux deux Magots" im Stadtviertel Saint-Germain-des-Près von einer Kritikerjury vergeben wird, ist dieses Jahr an den französischen Schriftsteller und Cineasten Jean Vautrin für dessen Roman „Patchwork" (Editions Mazarine) verliehen worden. Es handelt sich um den achten Roman des ehemaligen Assistenten Roberto Rosselinis, der auch als Drehbuchautor französischer Erfolgskrimis („Flic ou voyou", „Garde à Vue") einen Namen hat.

Mindelheim bekommt ein Textilmuseum

dpa, Mindelheim

Die Kreisstadt Mindelheim im Unterallgäu richtet bis zum Jahresende ein Textilmuseum ein, das auf eine Stiftung der Augsburger Professorin Hilda Sandtner zurückgeht. Sie sammelte auf Reisen und während ihrer Lehrtätigkeit als Kunsterzieherin nahezu 4000 Textilstücke aus allen Teilen der Erde. Im Museum, das in einem leerstehenden Kloster entsteht, sollen Stickereien, Webarbeiten und Färbetechniken gezeigt werden.

Stadt Essen vergibt wieder „Deubau-Preis"

dpa, Essen

Der seit 1964 jeweils zur Deutschen Baufachmesse (Deubau) in Essen vergebene Deubau-Preis für junge Architekten wird auch 1985 verliehen. Wie die Stadt am Montag mitteilte, wird die Auszeichnung wiederum mit 20 000 Mark dotiert sein und für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet des Planens und Bauens vergeben. Die Preisbewerber dürfen am 9. Januar 1985 das 39. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Vorschlagberechtigt sind die verschiedenen Architektenverbände sowie die Deutsche Akademie für Städteplanung und die Stadt Essen.

Gegendarstellung

In der Glosse „Was nicht sein darf..." in der WELT vom 21. Dezember 1983 wird in bezug auf den seit Jahren vom Gesamtdeutschen Institut herausgegebenen Kalender behauptet: „Oft waren schreibende Funktionäre der SED als Autoren zugezogen worden, so daß man sich einen Begriff machen kann, was da für eine ‚Objektivität' waltete." Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß nie schreibende Funktionäre der SED als Autoren für die Kalender des Gesamtdeutschen Instituts tätig gewesen sind.

Detlef Kühn
Präsident des Gesamtdeutschen Instituts
Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben

Mit feurigen Tests hat die US-Luftfahrtbehörde bewiesen, daß bei Feuer die größte Gefahr von jenen schmelzenden, qualmenden Kunststoffen der Innenausstattung ausgeht. FOTOS: FAA





Das tödliche Gift fliegt immer mit

A. BÄRWOLF, Washington

Die DC-9 der Air Canada des Fluges 797 von Dallas nach Toronto lag *in 10 058 Meter Höhe* wie ein Brett in der Luft. Captain Donald Cameron und Kopilot Claude Quimet hatten bei ihrer Arbeit im Cockpit etwas Luft. Da flogen drei Sicherungen heraus, die den Elektromotor der Toilettenspülung im Waschraum links hinten im Heck schützen. Vergeblich versuchte Captain Cameron, die drei Sicherungen wieder reinzudrücken.

Plötzlich roch es hinten in der Kabine wie angebrannt. Schwarzer Qualm wälzte sich durch den Passagierraum. Kurzschluß im Elektromotor der Spülung. Die Besatzung funkte die Alarmmeldung Mayday. Alle elektrischen Systeme fielen aus. Nur ein künstlicher Horizont zeigte noch die Lage der Maschine an. In einem Winkel von 20 Grad sank der Jet auf den Flughafen von Cincinnati zu, der *zufällig unter der DC-9 lag.*

Die Passagiere atmeten durch nasse Lappen, die die Stewardessen verteilt hatten. Der schwarze Qualm kam *jetzt aus allen Fugen. Captain Cameron* atmete durch eine Sauerstoffmaske, sah die Runwaylichter durch eine Rauchschutzbrille, als er die DC-9 in Cincinnati landete. Für 23 Menschen aber kam jede Hilfe zu spät.

Die Notlandung der DC-9 am 2. Juni 1983 hat die Luftfahrt bewegt. Warum gibt es keine Rauchdetektoren in den Bordtoiletten? Warum ist der Kunststoff unter den dekorativen Bezügen immer noch die Hauptquelle tödlicher Gase bei Feuer an Bord? Warum sind die schmucken Deckenverkleidungen, die hellen Seitenpaneele, die die Panoramafenster umkleiden, immer noch aus dem gleichen Material?

Damals, im Sommer letzten Jahres, gaben die Vertreter der amerikanischen Bundesluftfahrtbehörde FAA Auskunft. Sie gilt heute noch:

Die Passagiere in den modernen Jets sitzen auf fast flammfesten Sitzen. Der dekorative Sitzbezug ist sogar selbstlöschend. Aber die bunten Sitze und die schönen Kunststoffverkleidungen qualmen bei Feuer.

90 Prozent aller Opfer in der Zivilluftfahrt sterben den Erstickungstod, weil die Kabinen-Inneneinrichtungen nicht rauchfest sind. Sünder ist der Kunststoff Polyurethan. Dieser *hochmolekulare Werkstoff mit* seinen langgestreckten Makromolekülen ist leicht und wird deswegen in der Luftfahrt bevorzugt. Dieser durch Wasser aufgeschäumte vernetzte Schaumstoff muß einen Panzer erhalten, damit bei einem Feuersturm an Bord Zeit gewonnen wird. Ein Feuer-Blocker soll *künftig* diese Hilfe bringen.

Diese Sicherheitsschicht aus nicht brennbarer Substanz soll künftig verhindern, daß die Flammen das Polyurethan aufweichen und die giftigen Gase freisetzen. Der Feuerblocker soll auf den Sitzen zwischen den dekorativen Bezügen und dem Polyure*than-Schaumstoffsitz eingefügt* werden. Ebenso soll er den Rücken der Sitze schützen. Die Schwierigkeit liegt nicht in der Technik, sondern in der Bürokratie. Der FAA ist es bis heute nicht gelungen, die Auflagen für die Airlines durchzusetzen. Das gleiche gilt für die Rauchmelder in den Bordtoiletten, die *immer noch* nicht zum Pflichteinbau zählen.

Die Technik ist so weit fortgeschritten, daß elektronische Anzeigen auf Computerbasis bereits Navigatoren und Bordingenieure ersetzen können. Die Installation von Rauchdetektoren in den Jets sollten kein größeres technisches Problem sein. Das Problem ist der langwierige Einführungsprozeß der Feuerblocker als Schutzschild unter den Sitzbezügen.

Jumbo-Notlandung nach Explosion in 6000 Meter Höhe

AP/rtr, Islamabad

Eine explodierende Essigflasche im Koffer eines Passagiers *hat am Mittwoch* möglicherweise die Notlandung eines französischen Jumbo-Jets mit 261 Menschen an Bord in Pakistan verursacht. Wie die Sicherheitsbehörden in Karatschi mitteilten, sei die offenbar leicht entzündbare Flüssigkeit in Brand geraten und die Flasche explodiert. Sabotage werde ausgeschlossen. *Der Koffer gehörte einem* pakistanischen Passagier, der in Karatschi zugestiegen war. Bis auf eine Person wurde niemand verletzt. Mehrere von der Explosion verursachte Löcher in der Wand des Gepäckraums der Maschine hatten in 6000 Meter Höhe zu einem plötzlichen Druckabfall in der Kabine geführt. Wahrschein*lich* rettete der *Pilot die Maschine* durch einen Sturzflug, bis sich in 1600 Meter Höhe der normale Druckausgleich wieder einstellte. Die Maschine befand sich auf dem Weg von Manila nach Paris.

Verfahren ohne Herstatt

K. T. Bonn

*Die Verhandlung gegen den 70 Jah*re alten Kölner Ex-Bankier Iwan D. Herstatt wird ohne den Angeklagten weitergeführt. Diesen Beschluß faßte die 6. Große Strafkammer vorgestern abend. Nach Ansicht des Gerichts hat der Angeklagte seinen schlechten Gesundheitszustand vorsätzlich und schuldhaft herbeigeführt. Die Staatsanwaltschaft *prüft jetzt, ob sie gegen* Herstatts Arzt, Professor Kaufmann, ein Strafverfahren einleiten soll.

Polen zeigt „The Day after"

dpa, Warschau

Der stark diskutierte amerikanische Film über Ausbruch und Folgen eines möglichen Atomkrieges, „The Day after", wird auch im polnischen Fernsehen gezeigt. Dies berichtete die polnische Zeitung „Zycie Warszawy".

Intelligent?

AFP, Caracas

Venezuela, das als einziges Land der Welt seit fünf Jahren ein Ministerium für die Förderung der Intelligenz besitzt, wird künftig ohne es auskommen müssen. Die neue Regierung unter dem sozialdemokratischen Präsidenten Jaime Lusinchi hat kein solches Ressort mehr vorgesehen.

Über Labor explodiert

AP, Porton

Ein Flugzeug des Typs Jaguar ist direkt über einem Forschungslabor für biologische und chemische Kriegsführung im Südwesten Englands explodiert und in unmittelbarer Nähe des Geländes abgestürzt. Der Pilot konnte sich mit dem Schleudersitz retten.

Großrazzia in München

lz. München

Bei einer Großrazzia im Münchner Zuhältermilieu, an der gestern fast 100 Polizeibeamte beteiligt waren, wurden fünf Frauen und acht Männer festgenommen. Den Sicherheitsbehörden gelang damit der bisher größte Erfolg im Zuhälterkrieg, der seit einigen Wochen in der bayerischen Landeshauptstadt tobt.

Unter Tage eingeschlossen

AP, Tokio

Mehr als 90 japanische Bergleute sind gestern in der unterseeischen Kohlengrube Miike nahe der südjapanischen Stadt Omuta von der Außenwelt abgeschnitten. Nach Angaben der Polizei scheiterte bisher jeder Versuch, mit den Bergleuten Kontakt aufzunehmen. Zwei Arbeiter seien mit Sicherheit tot.

ZU GUTER LETZT

„Gott hat nicht nur Nachtigallen geschaffen, sondern auch Krähen." Antwort eines Heilsarmee-Offiziers auf die Frage im Bayerischen Rundfunk, ob jeder bei der Heilsarmee gut singen könne.

Am Valentinstag schlägt „Luckys" große Stunde

Chirurgenteam gab Seeschildkröte zwei künstliche Flossen

WERNER THOMAS, Islamorada

Als Jürgen Toft seinen Bekannten den Grund seines Fluges nach Florida nannte, blickte er in fassungslose Gesichter. *Einer erklärte ihn gar für* verrückt. Der orthopädische Chirurg aus Remscheid brauchte diese Reise jedoch nicht zu bereuen. Sie wurde ein voller Erfolg.

Der gebürtige Berliner, leitender Arzt einer Klinik in Remscheid, hatte die ungewöhnlichste Operation seines Lebens unternommen. Zusam*men mit seinem amerikanischen Kol*legen Patrick Barry verpaßte er der 350 Pfund schweren Seeschildkröte „Lucky", die unter Haie geraten war, zwei Flossen-Prothesen. Drei Stunden lang wurde geschnitten, gesägt, gehämmert, gemeißelt, gebohrt, geschraubt – und gebangt. Als der noch leicht benommene Patient dann in einem Wasserbecken die ersten zaghaften Schwimmversuche wagte, jubelte die Menge.

Das „Theater of the Sea", eine 45 Jahre alte Anlage mit dressierten Delphinen und Seelöwen, zwei Autostunden von Miami entfernt auf der Inselkette Keys gelegen, hatte noch nie eine solche Vorstellung gegeben. Sie fand im Freien statt. „Lucky" lag auf einem Holztisch. Jede Menge Publikum belagerte das acht Mann starke Operationsteam: Neben Toft und Barry arbeiteten noch die Anästhesisten Robert Foley und Jesse White sowie vier Assistenten an der Schildkröte.

Barry, der auch schon gebrochene Beine von Elefanten repariert hat, kommentierte die Prozedur für die Presse. Zunächst wurden die beiden Stümpfe aufgeschnitten. Dann bohr*ten die Ärzte in den freigelegten Kno*chen eine Öffnung, in der das Metallteil der Prothese festgeschraubt wurde. Am Schluß nähten die Chirurgen das Fleisch wieder zusammen. Links gab es mehr Probleme als rechts. Der auf dieser Seite übriggebliebene *Knochen war zu kurz und splitterte* immer wieder. Als dann aber auch diese Prothese saß, ging ein Aufatmen durch die Reihen.

Aufgeatmet hat besonders der Anästhesist White. Der im Seaquarium von Miami tätige Tierarzt hat zwar Erfahrungen mit Delphinen, See-Elefanten und Seelöwen, aber die Dosis *für Schildkröten kannte er nicht.*

Die Operation „Lucky" war eine koordinierte Gemeinschaftsarbeit. Die Reifenfirma Goodyear konstruierte die Gummi-Flossen. Zwei Mitglieder der Forschungsabteilung errechneten mit Computern die angemessene Größe der Prothesen und bestimmten das Material. Die Prothese umfaßt nur 70 Prozent der Fläche der verlorenen Flossen. Die aus Naturgummi gefertigten Prothesen wurden mit einer braunen Farbe überzogen, die Salzwasser abstößt. Braun ist die Farbe des Tieres. Howmedica, ein Unternehmen im US-Bundesstaat New Jersey für orthopädische Implantationsvorrichtungen, entwarf das Metallteil der Prothese und wählte Kobaltchrom.

Auf den Innenseiten der Prothesen steht die Aufschrift: „Lucky, die *Schildkröte – 17. Januar 1984 – Good*year Tire Company – Howmedica, inc. – Dr. Patrick Barry." Lucky muß aber auch anderen Personen dankbar sein. Monte Green beispielsweise. Der Grundstücksmakler hatte der Schildkröte im Mai vergangenen Jahres das Leben gerettet, als sie damals – zehn Kilometer vor der Keys-Küste – *bei der Kopulation von einem Hai* überfallen und verstümmelt wurde.

Marlin Simon, der Kurator des „Theater of the Sea", pflegte „Lucky" liebevoll: „Diese Gattungsart ist vom Aussterben bedroht." Das Alter des Haifischopfers schätzt Simon auf 35 Jahre. Schildkröten dieser Art können bis zu 200 Jahre alt werden.

Kenny McKenney, der Besitzer des Tierparks, war auf die Idee gekommen, der lädierten „Lucky" mit Prothesen zu helfen. Die Operation hat rund 195 000 Mark gekostet. Honorar verlangten die Ärzte nicht. Mehr noch. Sie zahlten ihre Kosten aus eigener Tasche.

„Lucky" soll nun zwei bis drei Wochen in dem Schwimmbecken bleiben und dann an Land getestet werden. Halten die Prothesen, soll die Schildkröte wieder ausgesetzt werden – am 14. Februar, dem Tag der Verliebten. (SAD)



„Lucky" und ihre Ärzte: Schon kurz nach der Operation machte die Seeschildkröte erste Schwimmversuche. FOTO: AP

LEUTE HEUTE

Zoll-Problem

Minuten nach der Landung des Ex-Beatles-Paares **Paul** und **Linda McCartney** wurde Linda auch in London wegen Rauschgiftbesitzes festgenommen. Erst einen Tag zuvor waren sie und ihr Mann auf Barbados wegen Haschischbesitzes zu einer Geldstrafe von 200 Dollar verurteilt worden (siehe WELT von gestern). Linda wurde formell beschuldigt, dann jedoch gegen Kaution bis zum Gerichtstermin auf freien Fuß gesetzt.

Pizza-Produzent

Der italienische Filmproduzent **Dino de Laurentis** will in Amerika bleiben. Wie er jetzt in einem Interview bestätigte, wird er nur noch zu den Dreharbeiten von zwei Filmen in seine Heimat reisen. In Amerika soll es allerdings nicht nur beim Filmgeschäft bleiben. De Laurentis plant den Aufbau einer Kette von italienischen Pizza-Restaurants.

Elefanten-Jagd

Der Regierungschef des indischen Bundesstaates Arunachal Pradesh, **Gegong Apang**, mußte mit einem Hubschrauber der indischen Luftwaf*fe aus einer mißlichen Lage* befreit werden. Eine Herde rasender Elefanten hatte ausgerechnet das Dorf, in dem sich der Politiker befand, umzingelt. Der Minister kam mit dem Schreck davon. 40 Dorfbewohner dagegen wurden von den Dickhäutern verletzt.

Eine ziemlich teure Ohrfeige schallt durch Fleet Street

Mit ungewöhnlichen Anzeigen will das britische Kommerzfernsehen Zeitungen Anzeigen abjagen

FRITZ WIRTH, London

Auf den ersten Blick sieht es wie ein sehr exklusiver Scherz aus: Ein offenbar wohlhabender Mensch kaufte zum Preise von 66 800 Mark bei der traditionell rosafarbenen „Financial Times" weißen Raum ein. Mit diesem weißen Raum „füllte" er eine ganze Seite dieses Blattes in Größe von 36 mal 54 Zentimetern. Im Zentrum dieses weißen Raumes brachte er jedoch – offenbar nur für Leute, deren Augenlicht durch die Dauerbesichtigung ihrer Fernsehschirme noch keinen Schaden genommen hat – in winzig kleiner Schrift eine Anzeige von einem Zentimeter Höhe und drei Zentimeter Breite mit einer höchst provokativen Botschaft unter: „Der Inserent hat beschlossen, diesen Raum freizulassen und nur noch im Fernsehen zu werben."

Eine gezielte Provokation

Der Trick, mit weißer Fläche zu werben, ist nicht neu. Die Methode jedoch, einer Zeitung 66 800 Mark zu zahlen, um ihr dafür geschäftlich eine Ohrfeige zu verpassen und zu bescheinigen, daß sie als Anzeigenmedium ineffektiv sei – das hat es bisher noch nicht gegeben.

Erdacht hat diese Anzeige Michael Gold von der britischen Werbeagentur „Gold, Greenlee's and Trott". Er zögert überhaupt nicht, zuzugeben, daß diese Anzeige eine gezielte Provokation gegen die Presse sei, und er gesteht ebenso offen ein, daß nicht alle britischen Zeitungsverlage bereit waren, sich für so teures Geld ohrfeigen zu lassen.

John Waring, Anzeigenchef der „Financial Times", sieht die Sache jedoch viel unbefangener als manche seiner Fleet-Street-Kollegen. „Es gibt", sagt er, „eine deutliche logische Unebenheit in dieser Anzeige. Dieser Inserent hat offenbar erkannt, *daß er, um eine Botschaft an die* Industrie durchzubringen, die ‚Financial Times' braucht. Hätte er volles Vertrauen in die Wirksamkeit jenes *Mediums, für das er wirbt,* wäre er mit seiner Botschaft gleich ins Fernsehen gegangen."

So kleingedruckt und provozierend die Botschaft auch sein mag, sie ist ein Kind der Not. Der Auftraggeber dieser Anzeige ist die „Independent Television Companies Association", eine Vereinigung aller britischen kommerziellen Fernsehanstalten, und diese stehen mit dem Rücken zur Wand. Die Geschäfte laufen schlecht. Das Kabel-Fernsehen steht vor der Tür, und jüngst feierte das Satelliten-Fernsehen in Großbritannien Premiere. Der Anzeigenkuchen ist kleiner, die Zahl der Mitesser größer geworden. Aus diesen Gründen beschloß man den großen Schlag ins Kontor der Zeitungskonkurrenz.

Erklärung ist plausibel

Für die unbequeme Frage, warum man denn weiterhin die Zeitungen braucht, um deren angebliche Werbe-*Wirksamkeit zu geißeln,* gibt es eine sehr naheliegende Erklärung: Das Fernsehen ist für solche Anzeigen zu teuer. Der Inserent hätte, um diese *Botschaft nur im Raume London* auf den Bildschirmen auszustrahlen, 100 000 Mark pro Minute hinblättern müssen. So gesehen, ist der von ihnen so geschmähte weiße Zeitungsraum spott- oder, um im Werbeslogan zu bleiben, spot-billig.

„Zirkus Krone" verlor seinen besten Mann

R.-M. BORNGÄSSER, München

Nichts, sagte er, würde er anders machen, hätte er noch einmal die Wahl. „Das Leben muß Höhen und auch Tiefen haben. Man lernt aus den Schwierigkeiten." Das war am 8. Dezember vergangenen Jahres, an seinem 75. Geburtstag. Nun ist Carl Sembach, Deutschlands legendärster *Zirkusdirektor, tot.* Er starb Mittwoch früh in München. Krone-Chef Sembach war Regent über ein stattliches Imperium mit 400 Künstlern und Mitarbeitern und mindestens ebenso vielen kleinen und großen Tieren. Auf und nieder wie auf dem Trapez verlief das Leben dieses Mannes. „Getroffen wie vom Blitz" nach einem Zirkusbesuch, beschrieb er Freunden sein ungewöhnliches Engagement.

Geboren wurde er als Sohn eines Frankfurter Finanzbeamten mit „garantiert keinem Tropfen Artistenblut in den Adern". Carl Sembach versetzte seine Familie in Erstaunen, als er *sich Knall auf* Fall der Manege verschrieb, während seine Geschwister Beamte mit Pensionsberechtigung wurden.

Begonnen hatte alles damit, daß er als Schüler ständig im Frankfurter Zoo zu finden war, wo er schließlich ein Lama mit der Flasche großzog. Später, als Volontär beim Zoo, wurden Löwen und Tiger seine Favoriten. So war der Schritt zum Raubtierbändiger bald getan. In Deutschlands größtem deutschen Zirkus „Krone" sorgte Carl Sembach ab 1933 in München Abend für Abend mit seinen Raubtier-Nummern für Sensation und Nervenkitzel. Hier traf er auf die „Zirkusprinzessin" Frieda Krone. Nach einem Jahr wurde geheiratet. Pferde statt Raubtiere – das war von nun an der Wunsch des Schwiegervaters, den Carl Sembach erfüllte.



Starb mit 75 Jahren in München: Carl Sembach FOTO: DPA

Schwere Zeiten durchlitt der Circus Krone während der Kriegs- und Nachkriegsjahre. Carl Krone starb 1943, seine Frau Ida 1957. Seitdem leitete Carl Sembach, mit seiner Frau und Tochter Christel, einer glänzenden Reiterin, das Unternehmen, umklippte alle Schwierigkeiten, die mit der Konkurrenz des Fernsehens und der Freizeitindustrie für alle Zirkusunternehmen auftauchten. Sembach paßte sich den Gegebenheiten der Zeit an, vertauschte die Rolle des Prinzipals im Frack mit der eines kühl-kalkulierenden Managers. Er verstand die Kunst der Balance zwischen traditionellem Zirkusrenommee und kalkulierter Rentabilität.

Seit 1919 besitzt „sein" Zircus ein festes Haus inmitten der bayerischen Landeshauptstadt, wo alljährlich am zweiten Weihnachtstag das neue Programm vorgestellt wird. Für München gehört dieser Zirkus längst zur Stadt wie das Hofbräuhaus oder der Alte Peter. Im Frühjahr und im Sommer geht das Unternehmen auf Tournee quer durch Deutschland, Österreich und die Niederlande. Die Münchner lieben „ihren" Zirkus. In einer Wintersaison allein sehen 400 000 Zuschauer das jeweilige Pro*gramm. Für zweieinhalb* Stunden will man den Alltag vergessen, will sich verzaubern lassen.

Die Großen waren samt und sonders hier: vom Clown Schöön bis zum russischen Clown Popow, die Valla-Bertini-Truppe mit der Hochradnummer und die Ben-Mohammed-Gruppe aus Marokko, die aus Körpern *Pyramiden baut.* Dompteure und Illusionisten, Männer mit „eisernen Kiefern" und Frauen mit „Schlangenleibern". Die so oft totgesagte Zirkuswelt ist zumindest in der bayerischen Landeshauptstadt putzmunter, von Flaute keine Spur. Manegen-Atmosphäre ist gefragt. Und der jetzt verstorbene Carl Sembach hätte eine ganz einfache Erklärung: „Zirkus im Fernsehen ist wie eine Rose hinter Glas – der Geruch der Tiere und Sägespäne fehlt eben." – Seine Tochter Christel will das Imperium weiterführen.

WETTER: Geringer Schneefall

Wetterlage: Von Nordwesten her wird maritime Polarluft nach Deutschland geführt. Ein von Frankreich südostwärts ziehendes *Tief erfaßt den* Süden des Bundesgebietes.

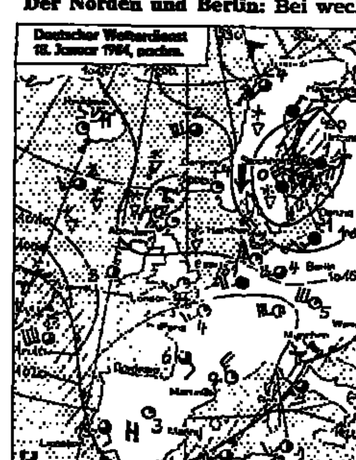
Vorhersage für Donnerstag:

Der Norden und Berlin: Bei wechselnder Bewölkung einzelne Schneeschauer. Höchsttemperatruen 2 bis 4 Grad. Nachts gering bewölkt und Ab*kühlung auf minus 2 bis minus 5 Grad,* dabei auf den Straßen verbreitet Glätte. Mäßiger, zeitweise böig auffrischender Südostwind, auf Ost drehend.

Der Süden: Zunächst noch örtlich aufgeheitert. Von Westen her rascher Bewölkungsaufzug und nachfolgend zeitweise Schneefall. Tagestemperaturen um 2 Grad, in den Mittelgebirgen um minus 3 Grad. Nachts Abkühlung auf null bis minus 3 Grad. Mäßiger Südostwind, auf Ost drehend.

Weitere Aussichten:

Im Osten noch gelegentlich Schneefall, sonst teilweise aufgeheitert und trocken. Null bis 2 Grad.



Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	4°	Kairo	14°
Bonn	3°	Kopenh.	2°
Dresden	3°	Las Palmas	19°
Essen	1°	London	4°
Frankfurt	4°	Madrid	3°
Hamburg	3°	Mailand	6°
List/Sylt	5°	Mallorca	13°
München	3°	Moskau	–5°
Stuttgart	1°	Nizza	13°
Algier	14°	Oslo	–1°
Amsterdam	4°	Paris	4°
Athen	12°	Prag	1°
Barcelona	9°	Rom	13°
Brüssel	1°	Stockholm	0°
Budapest	5°	Tel Aviv	11°
Bukarest	5°	Tunis	12°
Helsinki	1°	Wien	5°
Istanbul	7°	Zürich	3°

*Sonnenaufgang am Freitag: 8.16 Uhr, Untergang 16.50 Uhr, Mondaufgang: 19.19 Uhr, Untergang 9.54 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

„New York's Finest" sollen Taille zeigen

Neues Programm soll die Dicken bei der New Yorker Polizei von Beförderungen ausschließen

ERNST HAUBROCK, New York

„New Yorks's Finest", New Yorks Beste, wie die Polizisten der Acht-Millionen-Stadt früher aus Lokalpatriotismus, heute aber mehr mit *freundlicher Ironie genannt* werden, sind nicht die schönsten. Leibesfülle ist bei ihnen weit verbreitet, und kaum ein Karikaturist läßt sich die Gelegenheit entgehen, die Hüter von Gesetz und Ordnung mit schwer über den Revolvergürtel hängendem Schmerbauch zu stricheln.

Einmal im Monat auf die Waage

Der obersten Polizeispitze war das aus Gründen des Ansehens aber auch wegen der durch Übergewicht geminderten Leistungskraft ihrer Beamten schon immer ein Dorn im Auge. Vor geraumer Zeit versuchte deshalb ein wohl etwas weltfremder Polizeichef ein System einzuführen, bei dem die Männer in Blau einmal im Monat auf die Waage steigen und falls zu schwer befunden, verwarnt und in ernsten Fällen gar den Dienst quittieren sollten.

Daraus wurde verständlicherweise nichts. Quer durch die Ränge gab es Proteste. Die Polizeigewerkschaft lamentierte und sprach von „physischer Diskriminierung". Sang- und klanglos verschwand das Programm. „Schlanke Schutzleute" schließlich vom Tisch.

Jetzt überraschte die *Polizeileitung* die Öffentlichkeit mit einem neuen Plan: Die Beamten sollen zur besseren Taille nicht mehr gezwungen, sondern eher dazu verleitet werden. Und zwar durch ein kompliziertes Beförderungs- und Trimm-Dich-System mit halbjährlichen Leistungsprüfungen. Wer sie besteht, erhält halbe oder ganze Beförderungspunkte, die sonst durch herausragende Taten im Dienst vergeben werden.

Die zu absolvierenden Prüfungsaufgaben mögen durchschnittlich sportlichen Männern als Kinderspiel erscheinen, sind aber so angelegt, daß sie schwer Übergewichtigen kaum eine Chance lassen:

- Drei Treppen hoch laufen und dann eine 60-Kilogramm schwere Kiste fünfmal hintereinander über eine *Entfernung von sechs Metern* bewegen. Zeit: nicht mehr als 50 Sekunden.
- Aus drei Meter Anlauf eine 1,50 Meter hohe Mauer überwinden, weitere zehn Meter laufen, im rechten Winkel scharf abbiegen und eine 35 Meter lange Hindernisstrecke bewältigen, alles in 18 Sekunden.
- Eine 60 Kilogramm schwere Puppe neun Meter in 13 Sekunden schleppen.

Das Ziel – besser aussehende Beamte

Wer von den Uniformierten mit Bauchneigung künftig Karriere machen möchte, muß also ständig auf Mäßigung bedacht sein und im Schlepp- und Treppentraining bleiben. Die Erfinder des Sytems hoffen, mit dem neuen Anreiz bis zum Sommer, wenn „New Yorks's Finest" ohne Mantel und Jackett wieder Figur zeigen, besser aussehende Beamte präsentieren zu können. (SAD)

Hollywoods Niederlage

US-Gericht ließ sich nicht auf Verbot von Videorecordern ein

SAD, Washington

Videorecorder, *die Fernsehsendun*gen für den privaten Bedarf aufzeichnen, sind in den USA weiterhin erlaubt und verstoßen nicht gegen bestehende Copyright-Gesetze. Diesen Spruch *fällte jetzt das Oberste* Bundesgericht in Washington, womit es den hochgesteckten Erwartungen der US-Filmindustrie einen schweren Schlag versetzte.

Mit fünf zu vier Stimmen entschied das Gericht, daß die Video-Hersteller also nichts Unerlaubtes tun, wenn sie weiterhin ihre Geräte verkaufen. Inzwischen besitzt jede zehnte amerikanische Familie ein solches Gerät.

Angesichts der zu erwartenden Zuwachsraten – schon 1990 könnten es leicht 40 Millionen sein – hatte die Filmindustrie zwar ein Verbot der Recorder gefordert, aber auch durchblicken lassen, daß man ebenfalls mit einer gesetzlich verordneten Schutzgebühr leben könne.

Die Filmindustrie will sich jetzt an den Kongreß wenden. Er allein ist in der Lage, die Copyright-Gesetze im Sinne Hollywoods zu ändern.

Wie sehr die alten Gesetze hinter der Zeit herhinken, hatte Bundesrichter Paul Stephens mit dem Hinweis angedeutet, daß derzeit selbst Sendungen mit ausdrücklichem Copyright-Schutz ohne weiteres aufgezeichnet werden dürfen, sofern die Wiedergabe im privaten Rahmen erfolgt. Hätte sich das Gericht für die Gebührenabgabe entschieden, so ein Sprecher der Hersteller, wären Geräte und Kassetten vermutlich um hundert Dollar beziehungsweise einen Dollar teurer geworden. Derzeit kosten die Aufzeichnungsgeräte in den USA zwischen 1100 und 2200 Mark.

Die Filmindustrie hatte schon deshalb auf einen anderen Entscheid gehofft, als ein Bundesberu*fungsge*richt erst 1981 festgestellt hatte, daß die japanische Sony Corporation das Copyright-Gesetz verletzte. Seitdem hatte die Elektronikindustrie ihr florierendes Geschäft praktisch unter dem Damoklesschwert des Verbots geführt.

Beobachter gehen davon aus, daß die Filmindustrie nicht eher klein beigeben wird, bis sie zumindest einen Teil des gewaltigen Geschäfts mit Videorecordern für sich abzweigen kann. Bisher haben die Recorder-Hersteller in den USA einen Umsatz von 5,6 Milliarden Mark erzielt, und die Tendenz ist steigend.